

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

7-2022

Spendenempfehlung: 4,00 €

Das Geheimnis des Krieges

Der deutsche Imperialismus und der Ukraine-Krieg

**von
Renate Schiefer und Stephan Schindlbeck**

Redaktionsnotiz.....	3
Einleitung.....	4
...die reale Situation erklären: wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird.....	10
Von der Reichsgründung bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs.....	10
Der Krieg bleibt der Vater aller Dinge.....	18
Ab der Annexion der DDR.....	27
Die völkische Taktik rückt in den Hintergrund.....	31
Die deutschen Teilannexionen in der EU.....	36
Währungsunion.....	36
TARGET 2.....	37
EZB-Kitt und das Fallbeil „Schwarze Null“.....	40
Hartz I.....	43
Politische Osterweiterung.....	44
Das Schäuble-Papier von 1994 – Gesamtstrategie des deutschen Imperialismus.....	46
Geschichte der Ost-Achse Berlin-Moskau.....	50
Achsenpolitik.....	50
Warenhandel.....	53
Kapitalverflechtungen – Energiedeal.....	55
Militär.....	58
Die Ukraine – Schwachstelle der Achse.....	58
Wendepunkt „Euro-Maidan“.....	60
Die Antworten des Hauptgegners USA.....	62
Finanzwirtschaft.....	62
Digitalsektor.....	63
Energiesektor.....	64
Sanktionen.....	65
NATO- und EU-Osterweiterung.....	65
Militär.....	67
Die Ukraine – Kriegsprovokateur der USA gegen Russland.....	68
Risse in den Fundamenten des deutschen Imperialismus.....	70
Wie belastbar ist die Ost-Achse?.....	75
Cui Bono.....	75
EU-Sanktionen.....	75
Militärische Maßnahmen der BRD.....	77
100 Milliarden „Sondervermögen“ – Frühlingserwachen und Sommertheater.....	80
Russland wendet sich nach Osten.....	83
Weiter nach Osten, nach Peking.....	85

Warenhandel.....	85
Kapitalexporte.....	86
Wissenstransfer in Forschung und Entwicklung.....	87
Nach Osten und gegen die USA.....	87
Was tun, wenn das Geheimnis gelüftet ist?.....	89
Anhang: Chronologie der ökonomischen Beziehungen Deutschland-Russland....	92
Literatur und Quellen.....	127

Redaktionsnotiz

Wir freuen uns sehr, dass die Genossin Renate Schiefer und der Genosse Stephan Schindlbeck uns diese Arbeit angeboten haben.

Wir mussten in der jüngsten Vergangenheit mehrfach erleben, dass uns Genossinnen und Genossen im Zuge der aktuellen Unklarheiten über die Imperialismusfrage im Brustton der Überzeugung mitteilten, dass die USA die imperialistische Macht seien, dass die europäischen Staaten deren Vasallen seien und dass man deshalb nicht mehr vom deutschen Imperialismus sprechen könne.

Umso wichtiger ist diese Arbeit, die zeigt, dass der deutsche Imperialismus mit der Niederlage im II. Weltkrieg keineswegs sein Ende fand, sondern dass stattdessen das genaue Gegenteil der Fall ist.

Ausführlich in der Argumentation, solide recherchiert und übersichtlich dargestellt wird uns hier die Entwicklung und die Dynamik des deutschen Imperialismus vor Augen geführt, auch, aber nicht nur im Verhältnis zu Russland.

Wir wünschen Euch reichen Erkenntnisgewinn und bei aller Widerlichkeit des Gegenstandes der Untersuchung auch ein wenig Freude beim Lesen.

Und bitte denkt an unser Spendenkonto:

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Einleitung

Der Krieg in der Ukraine hat hierzulande kritische, demokratisch bis revolutionäre Menschen und Organisationen überrascht und zu ersten Erklärungsversuchen veranlasst, die sich bei genauem Hinsehen als hilflos erweisen.

Im allzu Grundsätzlichen verharret die vereinzelt zu hörende Erklärung: Nach vollendetem Sieg der Konterrevolution in der Sowjetunion über deren staatliche Überreste, treiben sich zuspitzende innere Widersprüche Russland in einen Angriffskrieg, Krieg nach außen, um die eigene Arbeiterklasse weiterhin und besser ausbeuten zu können. Das ganz Allgemeine ist zwar immer richtig: Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Aber es müsste doch zumindest untersucht werden: Wie zugespitzt ist die Klassenlage in Russland Anfang 2022 tatsächlich? Wie stark rebellieren die Arbeiter? Dieser Krieg birgt große Risiken für die russische herrschende Klasse. Angesichts der Schäden für die russische Bevölkerung, Inflation, Warenverknappung, zigtausend tote russische Soldaten könnte der Krieg die Klassenherrschaft mehr bedrohen als sichern, wären die Nachteile für die Herrschenden größer als die Vorteile.

Ein anderes Erklärungsmuster lautet: Die USA haben Russland bedroht und in einen Krieg getrieben. Wenn Russland militärisch ausgeblutet und international isoliert ist, können die USA sich umso leichter russischer Energiereichtümer an Öl und Gas bemächtigen. Richtig erkannt ist hierbei natürlich die massive militärische Bedrohung Russlands durch die USA. Der Erklärung des Kriegs aus kurzfristigen ökonomischen Vorteilen aber steht die Realität im Weg: Die USA nutzen seit gut zehn Jahren massiv die Fracking-Technik und wurden so zum größten Exporteur dieser fossilen Energieträger. Weshalb sollte der mächtigste Imperialist deshalb und gerade jetzt eine hochriskante militärische Lösung suchen?

Weiter geht der Blick auf China: Die aufstrebende Großmacht China, die der US-Imperialismus als seinen Hauptgegner betrachtet, bannt dessen Fokus auf den pazifischen Raum. Russland muss zerschlagen, mindestens gefügig gemacht werden, um einen mächtigen Gegenblock, eine Kooperation

zwischen Russland und China, zu verhindern. Die Widersprüche mit anderen Imperialisten, besonders mit dem europäischen Hauptkonkurrenten, dem deutschen Imperialismus, sind angesichts der Größe der Kontrahenten zu vernachlässigen. Berlin ist schlicht Junior-Bündnispartner von Washington. In dieser Erklärung steckt viel Konkretes und Reales – und ein logischer Fehler. Wenn das zur Großmacht gewordene China eigentliches Ziel einer amerikanischen Aggression ist, ob wirtschaftlich oder militärisch, gerade dann müssen doch BRD und EU fest zur US-Seite stehen. Der US-Imperialismus muss eine Annäherung, gar ein Bündnis der deutsch geführten EU mit Russland und noch weiter mit China stören, zerstören. Bewirkt der Ukraine-Krieg nicht genau das? Dieser Krieg offenbart doch gerade, wie wesentlich die strategische Ausrichtung Europas für die US-Gesamtstrategie ist. Die „China-Erklärung“ bestätigt, was sie zu widerlegen versucht.

Wie man es auch dreht und wendet: Das Agieren des deutschen Imperialismus auszublenden, ausgerechnet den eigenen Hauptfeind, einen der führenden Imperialisten, aus der Frontstellung herauszulösen, mündet nolens volens in eine Schonung des eigenen Hauptfeinds und birgt die Gefahr der Vaterlandsverteidigung: wütende, empörte Anklage der USA als Verursacher aller Kriege, abgrundtiefe Verachtung der russischen Staatsführung als Zerstörerin der Sowjetunion, Verteidigung der „friedliebend-harmlosen“ Verständigung der BRD mit Russland. Wir dürfen uns bei aller Empörung über die Verbrechen der Kriege des amerikanischen Imperialismus nicht über unseren eigenen Hauptfeind täuschen:

„Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor und wachsen ihrerseits aus Kriegen hervor, bedingen sich gegenseitig, erzeugen einen Wechsel der Formen friedlichen und nicht friedlichen Kampfes auf ein und demselben Boden imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik.“ Untrennbar ist daher *„das heutige friedliche [...] Bündnis aller Mächte [...] von dem morgigen nicht friedlichen Konflikt, der übermorgen wiederum ein ‚friedliches‘ allgemeines Bündnis [...] vorbereitet, usw. usf.“*¹

¹ Lenin. Imperialismus, S. 301

Bei der Neuaufteilung der Welt lassen sich die Imperialisten von Strategien und analogen Taktiken leiten, die, wie von Lenin betont, sich in ihren „*Formen friedlichen und nicht friedlichen Kampfes*“ gegenseitig bedingen. Ob das politische Personal die strategische Linie kennt, bewusst verfolgt, ausspricht oder niederschreibt, kann unsere Analyse erleichtern oder erschweren, sie uns aber nicht abnehmen. Solange die Völker dies nicht durchschauen und durchkreuzen, können imperialistische Strategien erfolgreich bleiben, den Fortbestand des verfaulten imperialistischen Systems gewährleisten, die Ausbeutung und Unterdrückung von Menschen und Völkern, die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Solange bleibt unsere Aufgabe ungelöst: „*diesmal vor dem Krieg die Kriegstreiber bezwingen*“²

Haben wir denn immer noch nichts aus 1914 gelernt? Damals konnte der gesunde Klassenhass der deutschen Arbeiter auf die zaristische Unterdrückung der Klassenbrüder in Russland in den Burgfrieden pervertiert werden. Ähnlich schlägt heute der Hass auf den US-Imperialismus mit all seinen Kriegen und Grausamkeiten um in eine Verharmlosung und Schonung des eigenen Hauptfeinds. Nein, unser Hauptfeind steht in unserem eigenen Land. Das mutige Wort von Karl Liebknecht galt nicht nur 1914, es gilt immer und es gilt mit unerbittlicher Strenge besonders für uns, die wir in einem der mächtigsten imperialistischen Zentren, in Deutschland, leben, das schon zweimal die Welt in den Krieg gestürzt hat. Es gilt nicht nur, weil wir hier leben und arbeiten, und eben hier am wirksamsten kämpfen können. Es gilt, weil sich bewahrheitet, was ein Genosse mahnend in Erinnerung rief: „*Das ist die Realität: Deutschland wird in Zukunft in der obersten Liga des Imperialismus mitspielen – was die Kriegsgefahr selbstverständlich vervielfacht.*“³

Deutschlands imperialistische Expansion nach Osten, mit Europa als Hinterland und mit und gegen Russland hat wesentlich zum Ukraine-Krieg geführt. Die schon zu weit gediehene Ost-Achse Berlin-Moskau zwang den immer noch stärksten Imperialisten USA zum Einschreiten, zur Eskalation im Stellvertreterkrieg in der Ukraine, „*für den Imperialismus [ist] wesentlich der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie, d. h. nach*

² Aus einem Antikriegslied des „Roten Wecker“

³ Frank Flegel, in: offen-siv 6-2009, S. 65

der Eroberung von Ländern, nicht so sehr direkt für sich als vielmehr zur Schwächung des Gegners und Untergrabung seiner Hegemonie“.⁴

Dagegen wird häufig und schnell eingewandt, dass der deutsche Imperialismus doch politisch und ökonomisch zu abhängig und zu eng verflochten mit dem US-Imperialismus sei, um gegen ihn strategisch vorzugehen, dass er die Hand, die ihn füttert, nicht beißen wollen würde. Diese Sichtweise macht die deutsche Hyäne zum Haushund. Seit wann verzichten wir so leichtfertig auf grundlegende Kenntnisse? Folgt man diesem Argument, hätte es weder den Ersten Weltkrieg noch den Zweiten Weltkrieg geben dürfen. Imperialismus bedeutet Herrschaft und Expansion, bei schon aufgeteilter Welt nicht anders möglich als in Konkurrenz zu und im Krieg mit denselben Imperialisten, mit denen man vor, während und nach dem Krieg Geschäfte macht. Das Abhängigkeitsargument geht fehl, weil es einen bestimmten Widerspruch herausgreift, aber die ganze Tiefe der innerimperialistischen Widersprüche ignoriert.

Die vorliegende Arbeit will zeigen, dass und wie es dem deutschen Imperialismus gelingt, aus politischen und ökonomischen Abhängigkeiten von dem alten Kriegsgegner genau die Potenzen zu entwickeln, die den erneuten Vorstoß auf die führende Position unter den Imperialisten ermöglicht. Und dies nicht erst seit dem Übergang zum Imperialismus, seit dem 20. Jahrhundert, sondern schon in der Zeit der Herausbildung des deutschen Nationalstaats gegen die damaligen Großmächte.

Aus der deutsch-russischen Annäherung der 70er Jahre wurde eine deutsch-russische Kooperation in den 90ern und aus dieser seit den 00er Jahren eine deutsch-russische Achse mit tiefen gegenseitigen Abhängigkeiten. Eine Achse zur Realisierung eines Wirtschaftsraums von Bordeaux bis Odessa, wie ihn der Großindustrielle Carl Duisburg 1931 forderte, oder von Lissabon bis Wladiwostok wie Angela Merkel 2015 in Davos – eine solche Achse durchkreuzt die Bündnis- und Expansionspläne Washingtons. Ernsthaft bedroht aber ist die Rolle des US-Imperialismus, sobald die Annäherung der beiden Hegemonial-Gebiete der Achse Berlin-Moskau, die Europäische Union und die Eurasische Union, an das erstarkte China belastbar wird. Nur die Schärfe dieser Widersprüche erklärt, warum der US-Imperialismus einen

⁴ Lenin. Imperialismus, S. 273

Krieg in Europa lostritt, der die Gefahr eines dritten Weltkriegs birgt. Zum ersten Mal seit 1945 kommt es zwischen der BRD und den USA zu einer Konfrontation, in der beide Imperialisten – wenn auch öffentlich vertuscht – auf verschiedenen Seiten der Kriegsfronten stehen. Ernsthaft bedroht durch diesen Krieg ist auch die hegemoniale Basis des deutschen Imperialismus, seine Europäische Union doppelt in Gefahr: durch die kriegsbedingt gestiegenen Energiepreise Gas, Öl und Strom und durch das beschleunigte Ende des Niedrigzinses. Die Nachteile, die dem deutschen Imperialismus Tag für Tag aus diesem Krieg erwachsen, offenbaren die Tiefe seiner Widersprüche zum US-Imperialismus. Diese Widersprüche sind die eigentlichen Ursachen dieses Krieges.

Kurz und gut: Es gibt keinen Grund zu glauben, die deutsche Großmachtstrategie zur Unterwerfung der Europäischen Union bei gleichzeitiger Kooperation mit Russland, um die Hauptmacht USA anzugreifen, sei ein unerhörter Gedanke und nicht nachvollziehbar.

Die Arbeit will vor allem zeigen, dass Deutschland nach wie vor, wie schon zweimal in der Vergangenheit, das Ziel der Weltherrschaft verfolgt, sich also notwendig gegen die USA als Hauptgegner wendet, dass sich aber die Strategie wesentlich verändert hat: Statt einer kriegerischen Unterwerfung und Einigung West- und Osteuropas im Zweifrontenkrieg kennzeichnet die neue Strategie eine friedliche Unterwerfung Westeuropas und eine langfristig angelegte Kooperation mit einem stabilisierten Russland, das seine Nachbarn in einer Eurasischen Union zusammenführt: Unterwerfung und Einigung in beiden Blöcken. Die geographische Mittellage Deutschlands innerhalb des europäischen Kontinents versetzt damals wie heute Deutschland erst in die Lage, eine West-Ost-Gesamtstrategie – ob kriegerisch oder friedlich – zu verfolgen. Das unterscheidet den deutschen Imperialisten von der Insel Großbritannien und dem westlichen Frankreich. Heute bleibt ihm in dieser „chancenreichen“ geographischen Lage auch gar keine andere Möglichkeit der Expansion, als West- und Osteuropa friedlich zusammenzuführen und auf das nächsthöhere Ziel weltweiter Expansion auszurichten.

Was diese Arbeit nicht leistet: Die Untersuchung der Widersprüche in Russland, inwiefern also womöglich dort die Arbeiterklasse sich ihrer großartigen Vergangenheit besinnt und die herrschende Klasse in Bedrängnis bringt. Ferner: Die Untersuchung der anderen europäischen Imperialisten und

die genaue Analyse des US-Imperialismus. Wie sehen die US-amerikanischen Anti-Imperialisten den deutschen Imperialismus? Vermutlich ist es dort besonders schwierig, angesichts des aggressiven und potenten eigenen Hauptfeinds andere Imperialisten gebührend zu „würdigen“. Wir verstehen diese Arbeit als Aufforderung, sie wo nötig zu korrigieren, den roten Faden aufzugreifen, an den Schwachstellen weiterzuarbeiten und Leerstellen zu füllen. Die Aufgabe ist zu groß, das Thema zu komplex ohne kollektive Arbeit.

Nehmen wir ernst, was Lenin zur Frage des Kampfs gegen den Krieg seinen Genossen ins Stammbuch schreibt: *„Antworten wir auf den Krieg mit dem Streik oder mit der Revolution!“, so sagen gewöhnlich alle angesehenen Führer der Reformisten zur Arbeiterklasse. Und sehr häufig befriedigt und beruhigt der Scheinradikalismus dieser Antworten die Arbeiter, Genossenschaftler und Bauern. [...] Man muß den Leuten die reale Situation erklären: wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird, und wie hilflos die gewöhnliche Organisation der Arbeiter, auch wenn sie sich als revolutionäre Organisation bezeichnet, angesichts eines tatsächlich heraufziehenden Krieges ist. [...] Man muß insbesondere die Bedeutung des Umstands erklären, daß die ‚Vaterlandsverteidigung‘ zu einer unvermeidlichen Frage wird, die die gewaltige Mehrheit der Werktätigen unvermeidlich zugunsten ihrer Bourgeoisie entscheiden wird. [...] Wünschenswert ist [...] ganz besonders konkret zu zeigen, daß die theoretische Anerkennung dessen, daß der Krieg ein Verbrechen, daß der Krieg für einen Sozialisten unzulässig ist usw., sich als leeres Gerede erweist, weil in einer solchen Fragestellung nichts Konkretes enthalten ist. Wir geben den Massen keinerlei wirklich lebendige Vorstellung davon, wie der Krieg hereinbrechen kann und hereinbrechen wird. [...] Ich glaube, daß man diese Frage mit ungewöhnlicher Ausführlichkeit klarstellen muß, und zwar in doppelter Weise: Erstens in der Weise, daß man schildert und analysiert, was während des vorigen Krieges gewesen ist, und allen Anwesenden erklärt, daß sie das nicht wissen oder daß sie so tun, als ob sie es wüßten, während sie in Wirklichkeit die Augen vor dem verschließen, was den eigentlichen Kernpunkt der Frage bildet, ohne dessen Kenntnis von einem Kampf gegen den Krieg gar keine Rede sein kann. [...] Zweitens muß man die gegenwärtigen Konflikte, und seien es die aller geringfügigsten, als Beispiele nehmen und an*

Hand dieser Beispiele klarmachen, wie der Krieg jeden Tag ausbrechen kann
...⁵

...die reale Situation erklären: wie groß
das Geheimnis ist, in dem der Krieg
geboren wird

Von der Reichsgründung bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs

Die große Frage am Anfang des 19. Jahrhunderts in Deutschland ist: Wie kann ein Land, das aus 39 Kleinstaaten besteht, zu dem werden, wozu die industrielle Entwicklung überall in Europa drängt, zu einem Nationalstaat?

In dem 1815 aus losen Kleinstaaten zusammengeführten „Deutschen Bund“ wird die Entstehung des Nationalstaats ökonomisch von zwei Seiten behindert. Von innen her durch den industriellen Rückstand des Reichs, das heißt durch eine schwach entwickelte Bourgeoisie und ein schwach entwickeltes Proletariat, gegenüber einem starken Feudaladel, der an seinem in der Kleinstaaterei wurzelnden Besitztum festhält. Und von außen her durch die industrielle Konkurrenz aus Frankreich und England, die droht, die industrielle Entwicklung in Deutschland mittels Exports im Keim zu ersticken. Neben diesen ökonomischen Hürden wird die Herausbildung des deutschen Nationalstaats politisch und militärisch bedroht von vier, unterschiedliche Interessen verfolgenden Großmächten: Österreich und Russland, die als feudale Völkergefängnisse im eigenen Interesse jede demokratisch-revolutionäre Bewegung auch im Ausland verfolgen, um die erodierende Adelsmacht auf dem Kontinent zu verteidigen, Frankreich und England, die ihre eigene industrielle Produktion schützen, indem sie die

⁵ Lenin. Aufgaben unserer Delegation, S. 434-437

deutsche Import-Abhängigkeit versuchen zu konservieren und deshalb politisch gegen die deutsche Reichseinigung intervenieren.

Diesen komplizierten Knoten kann eigentlich nur eine siegreiche bürgerliche Revolution durchschlagen, die 1848 auch in Deutschland heranreift. Sie hätte nach Vertreibung der Fürsten und Könige die besetzten Teile Polens befreien, in Österreich 30 Millionen Untertanen anderer Nationalitäten aus der Habsburger Gefangenschaft entlassen und alle deutschsprachigen Gebiete vereinen können. Eine große, demokratische, nach außen wehrhafte Republik mit 54 Millionen Bürgern wäre entstanden, anstatt – wie es dann nach der Niederschlagung der Revolution kommt – eine auf 40 Millionen geschrumpfte „kleindeutsche Lösung“, die den Drang zum Großdeutschen Reich von Anfang ebenso in sich trägt wie die völkische Mär *„von der Rolle der Preußen – bzw. der Deutschen – als eines von der Geschichte auserwählten Volkes, das berufen sei, alle anderen Völker zu ‚erlösen‘, d. h. zu beherrschen.“*⁶ Aus Angst vor der eigenen Arbeiterklasse verrät die Bourgeoisie die eigene Revolution und schlägt sich auf die Seite der alten herrschenden Klasse. Mit der Niederschlagung der Revolution bleibt der deutsche Knoten aus ökonomischer Rückständigkeit und äußerer Bedrohung unangetastet, die Widersprüche drängen auf eine andere Lösung.

Was zeichnet nun dieses Preußen aus, um diese Aufgabe zu lösen und als Reichseiniger „von oben“ ruhmreich in die Geschichte einzugehen, die dann umso unrühmlicher verläuft? Preußen ist derjenige deutsche Kleinstaat, der am erfolgreichsten den „Krieg zum Vater aller Dinge“ (Heraklit) macht. Bereits im 18. Jahrhundert erkennen die Preußischen Könige die Vorteile einer gewerblichen Produktion für das Steuereinkommen und damit für die Kriegskasse und die Kriegsfähigkeit gegenüber einer verarmten, zahlungsunfähigen Bauernschaft. Sehr früh investieren sie als Kapitalgeber in Tuch- und Wollmanufakturen und stellen mit dem Militär den Hauptabnehmer bei Uniformen. Angebot und Nachfrage in einer Hand zentralisiert, entwickelt der preußische Staat vom Rohprodukt bis zum Endprodukt einen gesamten Produktionszweig bis zur Exportfähigkeit. Kurz vor Mitte des 19. Jahrhunderts entdeckt der preußische Militarismus den Wert des Eisenbahnnetzes für Truppen- und Nachschubtransporte. Wiederum

⁶ Varga. Wurzeln, S. 16 f.

direkte staatliche Investitionen begründen nun einen flächendeckenden Eisenbahnbau und -betrieb⁷ begründen eine Form von Staatskapitalismus, wie ihn die anderen Industriestaaten nicht kennen. Auch andere Kleinstaaten wie Sachsen, Thüringen, Württemberg, Baden und Bayern gründen Staatsbahnen. Dadurch überholt der deutsche Eisenbahnbau bald den französischen und nähert sich – das Ziel der hiesigen Bourgeoisie – dem englischen. Mit dem Eisenbahnbau als Impulsgeber entwickeln sich der Bergbau, die Stahlindustrie und der Maschinenbau. Zum Schutz vor ausländischer Konkurrenz errichtet Preußen ein ausgeklügeltes Schutzzollsystem, das in der Welt so noch nicht erfunden ist.

Damit ist Preußen genau der Partikularstaat, dem – verhasst in allen anderen Teilen des Volkes – die Sympathien der Großbourgeoisie entgegenschlagen. Der Klassen-Kompromiss zwischen Feudaladel und Bourgeoisie grob zusammengefasst: Verzicht auf die feudale Kleinstaaterei und vielen daraus ererbten Besitztümern auf der einen Seite,⁸ Verzicht auf die bürgerliche Republik als Staatsform auf der anderen Seite. Dafür bietet der als Monarchie vereinigte Staat die Industrialisierung unter staatlichem Schutz und Formen des Staatskapitalismus, und die Bourgeoisie bietet Staatstreue und den Verzicht auf die politische Macht. Und beide zusammen gehen gegen die Organisierung des Proletariats vor. All das heißt: „Revolution von oben“. Natürlich ringt die Bourgeoisie mit dem Staat anhaltend um das Privateigentum an den neuen Produktivkräften und die Profite daraus. Aber niemals wieder nach 1848 stehen sich Feudaladel und Bourgeoisie in Preußen als antagonistische Klassen gegenüber, und so ergibt sich auch hier ein kompliziertes Geflecht aus Kompromissen und ein Hinüberwachsen der Feudal- in die Bourgeoisiklasse. Ihre Personifizierung erhält dieses Verhältnis zweier führender Klassen, eine ökonomisch, die andere politisch, in dem ostelbischen Junker Bismarck ab 1862.

⁷ Mottek, Wirtschaftsgeschichte, S. 160.

Bei Mottek auch der Widerspruch zwischen dem staatlichen Interesse des flächendeckenden Eisenbahnnetzes und dem der Bourgeoisie, ihren begrenzten Möglichkeiten entsprechend, nur in einzelne Städteverbindungen zu investieren. Der Militarismus brauchte die Bahnverbindung auch in Gebiete, die den einzelnen Kapitalisten als unrentabel erschienen. Die Bourgeoisie insgesamt wiederum profitierte vom staatlichen Eisenbahnbau dadurch, dass die Finanzierung nicht über Steuern, sondern mittels Staatsanleihen über Leihkapital erfolgte. S. 161

⁸ Natürlich mit Ausnahme des Verzichts auf den Großgrundbesitz.

Aber nicht nur die Industrialisierung bekommt ihre ersten Anstöße aus den Kriegsinteressen des preußischen Militarismus, auch die Demokratie. Wie gesagt: In Preußen ist der Krieg der Vater aller Dinge. Die bürgerliche Demokratie in Deutschland entsteht aus drei Quellen. Die erste und schwächste kommt mit dem Aufkommen der Manufakturen aus der zaghaften Entwicklung der Produktivkräfte, mit Handwerkern und Kleinbourgeois als Zentrum. Die zweite, etwas stärkere, vom äußeren Einfluss durch die Französische Revolution 1789 und der großen Begeisterung darüber im Bürgertum, mit Studenten und Professoren als Zentrum (Wartburgfest, 1817). Der revolutionäre Einfluss schlägt später um in ein Mittel französischer Hegemonie über die deutschen Mittel- und Südstaaten und gegenüber Preußen. Die stärkste Quelle mit dauerhaft praktischen Konsequenzen sind preußische Militärs und fortschrittliche Staatsmänner. Aus den preußischen Niederlagen, zuletzt gegen Napoleon Bonaparte 1806 ziehen sie die Lehren: Ohne begrenzte demokratische Reformen im Heer, in der Landwirtschaft und in der Industrie sind künftig keine Kriege mehr zu gewinnen. Ohne „*eine bürgerliche Erneuerung auf allen Gebieten des Lebens*“⁹ ist die napoleonische Fremdherrschaft, unter der Preußen bis 1813 besonders zu leiden hatte, nicht zu beenden. Und dieses Lockmittel überwindet schließlich nach durchaus harten Kämpfen auch die reaktionärsten adeligen Gegner. Es werden nach und nach Agrar- und Heeresreformen durchgesetzt, die die Kriegsfähigkeit wiederherstellen, ohne der Demokratie allzu großen Vorschub zu leisten. Doch die staatlich geförderte Entwicklung der Produktivkräfte sorgt nun ihrerseits für eine Revolutionierung großer Teile der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterbewegung, die weder durch preußische Reformen noch durch die bewaffnete Staatsmacht aufzuhalten ist.

Alles, was der Preußische Staat an Fortschrittlichem hervorbringt, gehorcht den Erfordernissen des Kriegs. Der sowjetische Historiker F. A. Rotstein schreibt: „*In der Tat blieb Preußen von Anfang bis Ende der räuberischste, kriegerrischste und militaristischste Staat nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Alles für den Krieg! Alles für die Machtausdehnung auf Kosten anderer Staaten! Alles für die Ausplünderung fremder Länder und Völker! das war das wichtigste Prinzip des preußischen Staates.*“¹⁰ Schließlich entpuppt

⁹ Streisand. Deutsche Geschichte, S. 137

¹⁰ Rotstein. Geschichte, Seite 16

sich auch der geeinte deutsche Nationalstaat nicht bloß als Erfordernis der Industrialisierung, sondern ebenso als Mittel, um weitere Expansionskriege gegen die im Weg stehenden Großmächte führen zu können. Und so wird die Reichseinigung „von oben“ zum Programm der preußischen Staatsführung und der Großbourgeoisie in den deutschen Partikularstaaten.

Einer der führenden Historiker der DDR, Joachim Streisand, schreibt: *„Es gibt keinen blind wirkenden Automatismus, wonach das weitere Schicksal einer Erscheinung durch die Umstände ihrer Entstehung unabänderlich würde. Die Menschen machen auch in dieser Hinsicht ihre Geschichte selbst. Wohl aber gibt es das Wirken der Tradition. Indem die preußischen Junker und die deutsche Großbourgeoisie die Reichsgründung mit Krieg und Expansion verknüpften, schufen sie eine solche Tradition für die Politik der herrschenden Klassen dieses Reichs.“*¹¹

Bismarcks Reichseinigung erfordert als Erstes den militärischen Sieg über Österreich. Zunächst jedoch marschieren Preußen und Österreich gemeinsam in die Herzogtümer Schleswig und Holstein ein, die dem dänischen König unterstehen, und teilen die beiden unter sich auf (1864). Zwei Jahre später besetzen preußische Truppen den österreichischen Beuteanteil Holstein und marschieren sofort – was alle Mächte Europas gegen Preußen aufbringt – auf Wien zu. Möglich ist dieser Krieg nur, weil sich Frankreich in Erwartung einer preußischen Kompensation neutral verhält. Preußen gewinnt den Krieg (1866) und vertreibt Österreich aus dem Deutschen Bund. Als besonders bedeutsam für die Reichseinigung erweist sich die Kooperation Preußens mit Russland. Zar und König verabscheuen gleichermaßen jede bürgerlich demokratische Regung im Volk. Bismarck überzeugt den Zaren, dass jegliche russische Einmischung gegen die deutsche Einigung von oben zu einer Neuaufgabe der Revolution von 1848 führen würde, also eine revolutionäre Einigung von unten mit den eingangs beschriebenen Folgen und der Ausbreitung der Revolution auf alle Feudalstaaten inklusive Russland. Gemeinsam schlagen russische und preußische Truppen einen zwei Jahre dauernden Aufstand im von Russland besetzten Teil Polens (1863/64) nieder und vereinbaren hierzu sogar den gegenseitigen Grenzübertritt ihrer Truppen auf das Terrain des Nachbarn. Mit der preußisch-russischen Kooperation über

¹¹ Streisand, Deutsche Geschichte, S. 211

fast dreißig Jahre entsteht zum ersten Mal so etwas wie eine Achse zwischen beiden Staaten, die sich gegen Dritte richtet.

Nach der Erledigung der Nummer eins im Deutschen Bund, Österreich, verlangt die deutsche Reichseinigung die Erledigung der gegnerischen Nummer eins auf dem Kontinent: Frankreich. Bismarck bringt Napoleon III mittels einer Intrige dazu, Preußen den Krieg zu erklären, den niemand will, außer Bismarck selbst (1870).¹² Um diesen Coup abzusichern, schließen Berlin und Moskau ein geheimes Neutralitätsabkommen gegen Frankreich. An Frankreich könnte Russland nun sehen, womit Preußen pflegt, seine Neutralitätsschulden¹³ zu bezahlen: Nach der Niederlage von 1871 erhält Frankreich als Preußischen Dank für seine Neutralität im Krieg gegen Österreich die Abtrennung von Elsass-Lothringen und eine horrende Zwangsabgabe an die deutschen Sieger von 5 Milliarden Reichsmark. Diese Erniedrigung hindert Napoleon nicht, die Unterstützung Bismarcks zu erbitten bei der Niederschlagung der revolutionären Pariser Commune, die unter Führung des Proletariats 72 Tage lang versucht, beiden Armeen standzuhalten. Das der Übermacht unterliegende französische Volk bezahlt das kurze Bonaparte-Bismarck-Bündnis mit an die 30.000 gefallenen, hingerichteten oder deportierten Pariser Communarden.¹⁴

Das neu geschaffene Deutsche Reich aber stellt mit der Annexion von Elsass-Lothringen die Weichen für einen kommenden Krieg, den die Welt später als Weltkrieg bezeichnen wird, und noch später als den ersten. Aber damals ahnt noch niemand etwas von diesen Ausmaßen, außer den Kommunisten.

¹² Der deutschen Reichseinigung steht weniger das drohende französische Veto im Weg als der Partikularismus der deutschen Kleinstaaten, insbesondere Bayern und Württemberg. Um diesen Partikularismus zu überwinden, organisiert Bismarck in einem legendär gewordenen Schurkenstreich (Emser Depesche) einen „vaterländischen Krieg“ gegen eine französische Bedrohung von außen, die längst nicht mehr existierte. (siehe Franz Mehring. Zur Deutschen Geschichte Band III. Berlin. S. 240)

¹³ Damals werden Territorien und Landeskinder als hauptsächliche Produktivkräfte verschoben und gehandelt wie heute die Produktivkraft Fabrik. Das Nationalbewusstsein ist überall, außer in Frankreich, noch in Opposition zur jeweiligen Regierung. Mehr als bei anderen Staaten gehört in Deutschland der Betrug beim Handel mit politischer Neutralität gegen ökonomische Kompensation zum Handwerkszeug der Nationalstaatsbildung. Ein Betrugssystem, das nur mit einem folgenden Krieg gegen den Betrogenen gesichert werden kann. Dieser Kriegsgrund ist der Vorläufer des späteren dominanten Kriegsgrunds vor dem Ersten Weltkrieg: der Ausgleich des Widerspruchs zwischen ökonomischer Potenz des Deutschen Reichs und seiner politischen Ohnmacht gegenüber England und Frankreich.

¹⁴ Villain. 72 Tage, S. 328

Friedrich Engels kündigt ihn der deutschen Arbeiterklasse 1887 mit folgenden Worten an:

„Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich, als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankerott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehn, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird; nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse.“¹⁵

Als das Reich schließlich geeinigt ist, gelingt ihm innerhalb von 40 Jahren, was keinem anderen Staat in so kurzer Zeit gelingt, der Aufbau einer – wiederum mit Staatshilfe – monopolisierten Industrie, die es nach der Jahrhundertwende in die Reihen der größten Imperialisten hievt. Auch diese erstaunliche Entwicklung erklärt sich, ähnlich wie der Beginn der deutschen Industrialisierung, nicht allein aus der ökonomischen Aufholjagd gegenüber der Konkurrenz im Westen, sondern mindestens ebenso aus der militärischen Aggression. Auf diese laufen sämtliche nunmehr imperialistischen Visionen hinaus, die Einigung Deutschlands in den europäischen Einigungskrieg zu überführen. Kaum ist die ökonomische Aufholjagd erfolgreich verlaufen, kommt es im Jahr 1914 genau zu dem, was Engels so exakt beschrieb. Deutschland führt den Krieg gegen Russland, gegen Frankreich, gedacht als bloße Durchgangsstation per Blitzkrieg, und schließlich gegen die Macht, die wegen ihrer Industrie-, ihrer See- und ihrer Kolonialmacht als Nummer eins rangiert: Großbritannien. In diesem Weltkrieg sollte es dem ehemaligen

¹⁵ Engels. Borkheims Broschüre, S. 350 f.

Zarenreich – wir erinnern uns an die Neutralität Russlands in den preußischen Einigungskriegen – ebenso ergehen wie zuvor Frankreich. Mit dem Frieden von Brest-Litowsk 1917 verliert das neue Russland unter der Arbeitermacht der Sowjets 26% seines europäischen Territoriums und ein Drittel seiner Gesamtbevölkerung.

Der Ausgang des Ersten Weltkriegs ist bekannt. In der Folge gelingt es Deutschland erneut, Frankreich zu isolieren und mit Hilfe der USA und Großbritanniens¹⁶ schrittweise den Versailler Vertrag zu entschärfen. Die Kommissionen unter Dawes (1924) und Young (1929) revidieren Höhe und Terminierung der Zahlungen und der Locarno-Vertrag (1925) fixiert die Westgrenzen des Reichs, nicht jedoch die Ostgrenzen. Deutschland wird der Weg nach Osten gegen die sozialistische Sowjetunion von seinen imperialistischen Konkurrenten geöffnet. Mit riesigen „Auslandskrediten in Höhe von rund 25 Milliarden Mark, mit deren Hilfe das deutsche Monopolkapital den Wiederaufbau der Wirtschaft durchführte“, überholt es „im Jahre 1929, elf Jahre nach der Niederlage, trotz der Abtrennung wichtiger Wirtschaftsgebiete, Frankreich und England wieder ebenso ... wie vor dem Krieg.“¹⁷

Es folgt der zweite Weltkrieg, diesmal von Deutschland, mit Italien und Japan im Schlepptau, alleine ausgelöst. Wie nicht anders zu erwarten, bleibt es nach der Annexion Österreichs und – per „Münchener Abkommen“ in die Wege geleitet – der Annexion der Tschechoslowakei nicht beim Angriff auf Polen 1939 und Frankreich 1940. Mit der "Luftschlacht um England“ ab 13. August 1940 und der Kriegserklärung an die USA am 11. Dezember 1941 greift Deutschland erneut die Großmächte in der ersten Reihe an, die ihm zuvor beim Weg nach oben behilflich waren. Erst der Angriff auf die Sowjetunion 1941, nach grober Fehleinschätzung der Potenzen einer sozialistischen, von einer Sowjet-Staatsmacht geführten Ökonomie, bricht den deutschen Räubern das Genick – in dieser Generation.

Jede Niederlage in einem Weltkrieg endet für die deutschen Imperialisten mit einem Gebietsverlust, der folgende größer als der vorherige. Aber die

¹⁶ Zu den deutsch-englischen Beziehungen bis 1939, siehe: https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_4_2_metzmacher.pdf

¹⁷ Varga, Wurzeln, S. 26

deutsche Großbourgeoisie versteht es von Anfang bis heute, kleindeutsche Lösungen in großdeutsche Reiche zu überführen. Und jeden erneuten Anlauf begleitet die Illusion im Volk, diesmal werde es gut gehen. Die geschilderten eineinhalb Jahrhunderte zeigen: Die Gemeinschaft einer Nation, die wie in Frankreich und Großbritannien durch die bürgerliche Revolution besiegelt wird, wächst in Deutschland anders heran, nämlich aus dem Krieg und aus der Annexion. Sicher haben wir nichts dagegen, wenn die fürstlichen Kleinstaaten von einem größeren königlichen Kleinstaat auf dem Weg der Annexion beseitigt werden. Aber was entsteht da für eine Art von nationaler Bindung? Die Revolution ist der Krieg nach innen im Bündnis aller unterdrückten Klassen gegen den gemeinsamen Klassengegner. Dieser nationale Zusammenhalt basiert auf dem Klassenzusammenhalt gegen die Obrigkeit. Der Krieg nach außen ist das genaue Gegenteil: Er ist der Krieg im Bündnis mit dem Klassengegner gegen die eigenen Klassenbrüder in anderen Ländern.¹⁸ Dieser nationale Zusammenhalt basiert auf dem Klassenverrat, auf der „Volksgemeinschaft“ mit dem Klassengegner. Dies erklärt, weshalb die faschistischen Staaten des 20. Jahrhunderts diejenigen waren, die im 19. Jahrhundert die bürgerliche Revolution nicht siegreich beendeten. Wenn der anhaltende Klassenverrat sowohl die Entstehungsgeschichte einer Nation prägt als auch in den folgenden Jahrhunderten weiter vorherrscht, was ist das dann für eine Nation? Brecht nennt sie 1920 in einem Gedicht: „*Deutschland ... das Aasloch Europas.*“¹⁹

Der Krieg bleibt der Vater aller Dinge

Der Zweite Weltkrieg ist vorbei. Ein Teil der ehemals deutschen Gebiete wird unter polnische Verwaltung gestellt, und die Devise des ersten BRD-Kanzlers, Konrad Adenauer, lautet: „*Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb.*“ Dazu muss das Land in zwei Teile gespalten werden, um den Einfluss der führenden Macht bei der Niederschlagung Nazi-Deutschlands, der Sowjetunion, einzudämmen. Kleindeutsch die Dritte.

¹⁸ Siehe die Niederschlagung der Pariser Commune durch die französische mit Unterstützung der deutschen Armee.

¹⁹ Brecht. Werke 8, S. 68 f.

Am Boden liegt nicht nur der Imperialist, sondern auch nach zwölf Jahren Faschismus die deutsche Arbeiterklasse. Die „Stalin-Note“ von 1952, die in Wirklichkeit aus vier Noten der Regierung der UdSSR an die drei anderen Siegermächte besteht,²⁰ richtet sich gegen die Spaltungspolitik Adenauers. Sie bildet mit dem Vorschlag gemeinsamer freier Wahlen zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland auf der Basis des Potsdamer Abkommens ein Programm, mit dem sich die Arbeiterklasse wieder aufrichten könnte und ein Volksfrontprogramm für das ganze deutsche Volk zur Verhinderung der Spaltung in zwei deutsche Staaten. Diese Taktik ist die Fortsetzung der antifaschistischen Einheits- und Volksfront-Taktik, wie sie 1935 Georgi Dimitroff vor dem Kongress der Kommunistischen Internationale dargelegt hatte, die Überführung des antifaschistischen Kampfs in den antiimperialistischen Kampf. Allen an dieser Taktik Beteiligten in der DDR, in der BRD und der UdSSR ist klar, dass die Stalinschen Vorschläge nur eine Chance haben, wenn sie vom deutschen Volk selbst aufgegriffen werden und in eine gesamtdeutsche Volksfront-Bewegung gegen die Spaltung führen. Dagegen wenden Adenauer und Truman die Kontroverse in einen Systemkampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus, wissend, dass dies die Sowjetunion nicht anstrebt und dass die deutsche Arbeiterklasse nach zwölf Jahren Faschismus auf eine solche Kraftprobe nicht vorbereitet ist und daher unterliegen muss.²¹ Ihre Rechnung geht auf. Das deutsche Volk führt den Abwehrkampf auf der Basis des Potsdamer Abkommens und der „Stalin-Note“ nicht. Und sofort nach der erfolgreichen Spaltung Deutschlands wird von der westdeutschen Reaktion das Ziel der deutschen „Wiedervereinigung“

²⁰ Dokumentensammlung Beziehungen DDR-UdSSR 1949 bis 1955. Berlin, 1975.

Das Hauptziel dieser Noten ist allerdings die sofortige Beendigung des Notenaustauschs und die Rückkehr der vier Siegermächte zu direkten Verhandlungen. Denn während diese Noten hin- und her ausgetauscht werden, verhandeln die Westmächte mit der BRD durchaus direkt und schließen am 26. Mai einen Separatvertrag („Generalvertrag“), der die Spaltung Deutschlands besiegelt.

²¹ Was Stalin von Anfang an verfolgt, vereitelt Chruschtschow und zieht die gesamte DDR-Führung in die imperialistische Falle des Systemkampfes. Gewiss kann man - nicht erst den Mauerbau, sondern - bereits die DDR selbst als die Verkörperung des Scheiterns der deutschen Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit sehen. Aber erstens geht dieses Scheitern auf das Konto der westdeutschen Arbeiter und ihrer Gewerkschaftsführung. Mit ihrer Weigerung, die Anerkennung der DDR sowie die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu erkämpfen, erheben sie das Scheitern zur Permanenz. Und zweitens ist das Verdienst der DDR-Bürger, mit einem antifaschistisch-demokratischen Staat dem deutschen Imperialismus über zwei Generationen hinweg die militärische Ostexpansion zu verunmöglichen und damit den dritten Weltkrieg hinauszuzögern, ein menscheitsgeschichtlich unvergängliches Verdienst.

ausgegeben und die Heimholung der verlorenen Ostgebiete. Dieser revanchistische Plan nimmt einen erneuten Weltkrieg in Kauf, und so beschreibt Bertolt Brecht 1954 dieses Jahrzehnt mit den Worten:

*„Die Kapitalisten wollen keinen Krieg,
Sie müssen ihn wollen.*

*Die deutschen Kapitalisten haben zwei Möglichkeiten in einem Krieg:
Sie verraten Deutschland und liefern es an die USA aus (Pétain).
Sie betrügen die USA und setzen sich an die Spitze.“²²*

Schon in dieser Prophezeiung Brechts aus dem Jahr 1954, als der deutsche Imperialismus ohne Unterstützung der anderen Imperialisten kaum mehr lebensfähig ist, sehen wir bestätigt, was wir bei dem knappen Jahrhundert vor der Reichsgründung und danach herausgearbeitet haben: Ein imperialistisches Deutschland im zweiten oder dritten Glied wird sich immer wieder aufrichten, um gegen die führende Großmacht anzutreten und um die Weltherrschaft zu kämpfen. Gedacht, um die Kriegsziele des deutschen Kapitals zu entlarven, bringt dieser kurze Brecht-Text letztlich die gesamte (west-) deutsche Nachkriegsgeschichte auf den Punkt. Er teilt den gesamten Zeitraum bis heute ziemlich exakt in zwei Abschnitte von jeweils 40 Jahren ein: Punkt eins umfasst die Zeit von 1943, den ersten Geheimverhandlungen deutscher Unterhändler in den USA über einen Separatfrieden, bis 1983, der Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in der BRD. Punkt zwei umfasst die Zeit ab dem von Franz Joseph Strauß eingefädelt Milliardenkredit an die DDR, ebenfalls 1983, bis heute. Mit diesem Kredit beginnt die friedliche Annexion der DDR, die den deutschen Imperialismus in die Lage versetzt, den Status quo der Nachkriegsordnung aufzuheben und sich für die Neuaufteilung der Welt als Hauptakteur zu positionieren.

Streisand schreibt: *„Ende der fünfziger Jahre war die BRD zur zweitstärksten Wirtschaftsmacht in der kapitalistischen Welt geworden. [...] Der Widerspruch zwischen seinen beträchtlichen ökonomischen Potenzen und dem begrenzten politischen Machtbereich und internationalen Einfluss verschärfte sich. Weil die herrschenden Kreise der BRD (erneut, d.V.) versuchten, diesen Widerspruch durch eine Erweiterung ihres Machtbereiches*

²² Brecht. Werke 20, S. 324

nach Osten auszugleichen, spitzte sich die Lage in diesen Jahren immer mehr zu und noch nie seit dem Ende des zweiten Weltkriegs war der Frieden in Europa so gefährdet wie im Sommer 1961. In einer Erklärung des Bundesvorstandes der CDU vom 11. Juli 1961 wurde es als ausdrückliches Ziel bezeichnet, die DDR zu annektieren und ‚ein wiedervereinigtes Deutschland [...] zu schaffen, das in die europäische Gemeinschaft integriert‘ ist. Landsmannschaften organisierten groß angelegte Veranstaltungen in der Bundesrepublik und in Westberlin, und General Heusinger teilte provokatorisch mit, sieben Divisionen der Bundeswehr seien bereit, ‚unverzüglich jede Mission auszuführen‘. Franz Joseph Strauß, damals Kriegsminister, erklärte im Juli 1961 auf einer Reise in die USA (!), die Bundesrepublik sei entschlossen, die Krise ‚bis zur letzten Konsequenz zuzuspitzen.‘“²³

Und beim Herausgeber des „Streitbaren Materialismus“, Stefan Eggerdinger, lesen wir: *„Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung legte im Sommer 1961 einen detaillierten Plan (Grauen Plan) zur Umgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der DDR vor. In der Bonner Rundschau kann man lesen: ‚Alle Mittel des Kriegs müssen eingesetzt werden, des Nervenkrieges und des Schießkrieges.‘ Strauß erklärt: ‚Wir müssen uns auf einen Bürgerkrieg vorbereiten.‘ Bundeswehrmanöver für den Herbst ‚an der Zonengrenze‘ werden angekündigt.“*²⁴ Doch dann kommt abrupt und unerwartet die Antwort der anderen Imperialisten zu den deutschen Kriegsplänen: No! No! Non! *„Und der deutsche Imperialismus stellt fest, dass die anderen Imperialisten nicht bereit sind, mit ihm ‚mit klingendem Spiel‘ durchs Brandenburger Tor zu marschieren. So wird der 13. August 1961 (der Tag des Mauerbaus in der DDR, d.V.) zu einem Wendepunkt der BRD-Geschichte.“*²⁵ Diese herbe Niederlage führt den deutschen Kapitalisten vor Augen, wie sehr ihr Imperialismus noch im dritten Glied festhängt. Und ein weiteres Signal beinhaltet dieser 13. August: Ohne Kommando aus Washington wird es in Europa keinen Krieg geben. Und falls doch, falls die BRD auf eigene Faust einen Krieg vom Zaun brechen sollte, so würden daraus die USA noch stärker hervorgehen als zuvor aus zwei Weltkriegen.

²³ Streisand. Geschichte, Seite 445

²⁴ Eggerdinger. Krokodil, S. 22

²⁵ A.a.O. S. 23

Die militärische Kastration des deutschen Imperialismus hält bis heute an. Hier liegt der Grund für seine Neuausrichtung auf Taktiken friedlicher Bündnisse, die sich schon bald als Teilannexionen entpuppen würden.

Durch die erneute Unterstützung der imperialistischen Großmächte konsolidiert sich die BRD zu einer ebenbürtigen Großmacht, die sich so weit ins zweite Glied zurückgekämpft, dass sie die Rückholung der DDR alleine bewerkstelligen und die anderen Imperialisten zur Zustimmung zwingen kann. Äußerst dienlich ist ihr dabei die Tatsache, dass der Revisionismus in den sozialistischen Staaten Osteuropas und in der DDR seit den 60er Jahren die Ökonomien derart heruntergewirtschaftet hatte, dass nun auch die Rudimente sozialistischer Staatsmacht zum Abdanken bereitstehen.

Zwölf Jahre nach der Annexion der DDR verrät Michail Gorbatschow in einem Brief an den deutschen Autor A. v. Plato, weshalb er als sowjetisches Staatsoberhaupt im Jahr 1990 der Auflösung desjenigen deutschen Staates, der 45 Jahre lang die Ostexpansion des deutschen Imperialismus verhindert hatte, so bedingungslos zugestimmt hatte. Sein Anliegen damals sei es gewesen, schreibt Gorbatschow, dass *„die neuen Beziehungen zwischen unseren beiden Nationen und Staaten zur friedliebenden Achse des ganzen europäischen Prozesses werden und ein großes Gewicht in den weltweiten Angelegenheiten erhalten“*.²⁶ Gorbatschow selbst kann nur noch als Zuschauer verfolgen, wie die deutsche Seite in den folgenden 30 Jahren den Widerspruch „friedliebend“ und „Achse“ löst: Solange Russland militärisch nicht zu nehmen ist, sollte es als Achsenpartner des neuen Großdeutschland dienen gegen den Hauptgegner im imperialistischen Lager, der als der Stärkste die Geschäfte weltweit nach seinen Regeln abwickelt, die USA. Die „friedliebende Achse“ Gorbatschows konzipiert die Berliner Annexionsrepublik von Anfang an als Intrige gegen die weltweite Vorherrschaft der USA. Unter der Fahne der „multipolaren Weltordnung“, die gegenüber der monopolaren der USA mehr Gerechtigkeit vorgaukelt, lässt sich alles sammeln, was innerhalb oder außerhalb Europas gegen diese Vorherrschaft bereit ist zu rebellieren.

So wie die deutsche Reicheinigung 1871 von einer preußisch-russischen Kooperation gegen andere Mächte abhing, so wiederholt sich 1989 das

²⁶ Zitiert nach: Plato. Vereinigung Deutschlands, S. 406

Verhältnis bei der erneuten „Lösung der deutschen Frage“. Gorbatschow beschreibt es am 10. Februar 1990 in jenem legendären Gespräch mit Helmut Kohl in Moskau: „*Unter den kapitalistischen Ländern steht die BRD für die UdSSR an erster Stelle. Also sind die Deutschen für uns die wichtigsten Partner. Und das heißt, uns verbinden starke Interessen.*“²⁷ Und 14 Tage zuvor sagt er im internen Kreis seiner Berater: „*Ganz Westdeutschland ist doch daran interessiert, die Verbindung zu uns nicht zu verlieren. Sie brauchen uns, und wir brauchen sie.*“²⁸ Gorbatschows Linie besteht darin, von Anfang an „die deutsche Frage“ im Sinne der westdeutschen Revanchisten zu lösen, um sich die beste Ausgangsposition für ein Achsen-Bündnis in der Zeit danach zu sichern.

Die USA versuchen, was bis heute verborgen gehalten wird, am selben Thema das Gleiche, aber etwas früher. Während in der CDU sich Anfang 1989 Stimmen häufen, ob die Union nicht „*das Thema Wiedervereinigung nicht nur aus dem Vokabular streichen, sondern überhaupt eine Politik betreiben sollte, die in Richtung einer politischen Anerkennung der DDR ging*“²⁹ kommt es am 31. Mai 1989 – zur ersten Auswanderungswelle aus der DDR sind noch zwei Monate hin – fast zum Eklat, als US-Präsident George Bush bei seinem Deutschlandbesuch in der Rheingold-Halle in Mainz das genaue Gegenteil als Linie ausgibt: „*Wir streben die Selbstbestimmung für ganz Deutschland und alle Länder Osteuropas an. ... Berlin muss die nächste Station sein.*“ Und das ohne Absprache mit der Bundesregierung und ausgerechnet bei einem NATO-Jubiläum. Was sechs Monate später allenthalben als Ohrwurm die Welt bedroht, ist im Mai noch ein Affront gegen Bonn. Der Urheber des US-amerikanischen Schwenks in der Deutschlandfrage im Nationalen Sicherheitsrat (NSC), Philipp Zelikow, begründet diesen Schwenk in seinem Buch 1997 in einer Passage, die Plato

²⁷ Galkin/ Tschernjajew. Gorbatschow. Dokument Nr. 72: Gespräch Gorbačevs mit Bundeskanzler Kohl am 10. Februar 1990 [Auszug] Aus dem Vieraugengespräch M. S. Gorbačevs mit H. Kohl 10. Februar 1990

²⁸ A.a.O. Dokument Nr. 66. Diskussion der deutschen Frage im Beraterstab von Generalsekretär Gorbačev am 26. Januar 1990 - Erörterung der deutschen Frage im kleinen Kreis im Arbeitszimmer des Generalsekretärs des ZK der KPdSU - 26. Januar 1990

²⁹ Horst Teltschik am 27.9.2000 im Interview mit A. von Plato. Abgedruckt in: Plato. Vereinigung Deutschlands, S. 25. Wobei Teltschik einschränkend hinzufügte: „Nur das waren Einzelne, und die hatten bei Helmut Kohl keine Chance.“ Diese „Einzelne“, deren Bedeutung Teltschik hier herunterspielt, waren immerhin Kanzleramtsminister Schäuble (Plato. S. 23), Teltschik selbst (Plato. S. 24) und CDU-Generalsekretär Geißler, der sogar einen Parteitags-Antrag vorbereitete, die Wiedervereinigung aus dem Parteiprogramm zu streichen, was Kohl in letzter Minute verhinderte.

wie folgt zusammenfasst: „*Inoffiziell stand das Interesse dahinter, den sowjetischen Einfluss insbesondere in Europa zu verringern und den der USA zu verstärken.*“³⁰ Und Plato bestätigt nach Auswertung aller Quellen diesen Grund Bushs, die deutsche Wiedervereinigung Anfang 1989 im Alleingang auf die Tagesordnung zu setzen. „*Dahinter stand vermutlich die Sorge, dass Gorbatschows Politik die USA aus Europa drängen oder zumindest ihre Stärke beschneiden könnte.*“³¹ Eine Peinlichkeit historischen Ausmaßes, die sich daraus für die Bundesregierung später ergeben sollte: Mit der Bush-Initiative gut fünf Monate vor dem Fall der Mauer verliert Bonn seine Rolle als Initiator der deutschen Wiedervereinigung. Die Rede des US-Präsidenten verschwindet umgehend aus den Akten des Bundeskanzleramts und auch in diplomatischen Protokollen taucht nichts mehr davon auf.³²

Gorbatschow und Bush verfolgen mit ihrer Zustimmung zur Annexion der DDR in Konkurrenz zueinander das gleiche Ziel: die Bindung der BRD zu gewinnen bzw. weiter zu erhalten. Bereits am 2. Mai 1989 malt die New York Times aus, was den Verlust des US-amerikanischen Einflusses in Europa auslösen kann: „*Es ist diese Furcht: Westdeutschland, schon jetzt beherrschende ökonomische Macht in Westeuropa, will Gorbatschows Politik der Öffnung nutzen, um die beherrschende ökonomische Macht in Ost- und Zentraleuropa zu werden. Riesige Beiträge westdeutschen Geldes und Technologie werden der Sowjetunion und ihren Alliierten zufließen und zu einer wirtschaftlichen und politischen Allianz zwischen Westdeutschland und der Sowjetunion führen. Die Angst vor einer sowjetisch-deutschen Allianz war mit ein Anlass für die Schaffung der westlichen Allianz.*“³³ Daher also der Vorstoß des US-Präsidenten in Mainz anlässlich des 40jährigen Bestehens der NATO. In allen Facetten taucht sie über die Jahrhunderte immer wieder auf, die deutsch-russische Achse, die sich aus der Mittellage Deutschlands zwischen Ost- und Westeuropa ergibt und die als Bedrohung des Weltfriedens die Politik aller anderen dominiert.

Der Hauptgegner der Revidierung europäischer Grenzen, der aus eigener Erfahrung weiß, dass jeder deutsche Gebietsgewinn das Sprungbrett für den

³⁰ A.a.O. S. 20 f.

³¹ A.a.O., S. 27.

³² A.a.O. S. 22

³³ A.a.O. S. 51

nächsten sein würde, ist England. Der Thatcher- Regierung aber wird umgehend von ihrem Washingtoner Spiritus Rector signalisiert, dass ihre isolierte Position keinerlei Chance auf ein wirksames Veto hat.

Aufschlussreich ist die Rolle Frankreichs, das anfangs ebenfalls gegen die Gebietsvergrößerung des Konkurrenten ist, ohne öffentlich so deutlich Stellung zu beziehen wie London. Mitterrand versucht vehement durch Gespräche in London und Moskau, dass von dort aus der Kampf gegen das Duo Kohl/Genscher geführt wird, wodurch Paris seine alte Rolle einnehmen könnte: abwarten und, falls Deutschland nicht aufzuhalten sei, an dessen Seite von der Expansion profitieren. Als Königsweg erscheint Mitterrand, die deutsche „Wiedervereinigung“ von einer europäischen Einigung abhängig zu machen. Nach und nach wird er von Kohl/Genscher „überzeugt“: erst die deutsche, dann die europäische Vereinigung. Als nächstes wird Mitterrands Plan auf eine Wirtschafts- und Währungsunion zurechtgestutzt. Der Vertrag hierzu wird zwar 1991 in Maastricht ausgehandelt, tritt aber erst 1999 (Euro als Bankgeld) bzw. 2002 (Euro als Bargeld) in Kraft. Bonn ist anfangs ganz und gar nicht für eine schnelle Vereinigung Europas, weil klar ist: Die staatlichen Kosten der Annexion der DDR, die sich schließlich auf 1,2 Billionen Euro summieren, würden dafür sorgen, dass von einer zu frühen Währungsunion nur Frankreich und ggf. England profitieren könnten. Damit wäre die Annexion der DDR statt zu einem Sprungbrett in die Weltherrschaft zu einem gefährlichen Klotz am Bein geworden. Genscher gelingt es, das Inkrafttreten der Wirtschafts- und Währungsunion exakt so zu terminieren, dass einerseits die Franzosen befriedet sind, andererseits die deutsche Seite überwiegend davon profitiert. Dieser Plan gelingt. Bereits zwei Jahre später kann Kohl sagen: „*Es wäre ein Versagen vor der Geschichte, wenn wir uns mit der deutschen Einheit begnügten.*“³⁴ Die französische Illusion, durch eine Einbindung Deutschlands in ein „Europäisches Haus“ würde sich der deutsche Drang nach Expansion und Hegemonie im Zaum halten lassen, blendet die Frage aus, wer dann Herr im Haus ist. Und diese Illusion hat Geschichte.

1915 notiert der damalige Kanzler Bethmann-Hollweg in sein Tagebuch: „*Gestern lange mit dem Kanzler zusammengesessen, um ihm mein neues*

³⁴ Helmut Kohl in der Süddeutschen Zeitung vom 16.6.1992. Zitiert nach: Eggerdinger. Großdeutschland, S.114

*Europa, d.h. die europäische Verbrämung unseres Machtwillens auseinanderzusetzen. Das mitteleuropäische Reich deutscher Nation. Das bei Aktien übliche Schachtelsystem, das Deutsche Reich, eine AG mit preußischer Aktienmajorität [...] um das Reich herum einen Staatenbund, in dem das Reich ebenso die Majorität hat wie Preußen im Reich – daher denn Preußen auch in dem Staatenbund die tatsächliche Leitung hat [...] Dann Österreich so behandeln, dass es von selbst hineinwächst. Das wird es und muss es. Dann den europäischen Gedanken in Skandinavien und Holland stärken. Man braucht gar nicht vom Anschluss an die Zentralmacht zu reden. Der europäische Gedanke, wenn er sich weiterdenkt, führt ganz allein zu solcher Konsequenz.*³⁵

28 Jahre später, im Jahr 1943 nach der Niederlage bei Stalingrad, entwirft Joachim von Ribbentrop, seit 1938 Außenminister des Dritten Reichs und 1946 vom Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal zum Tod verurteilt und hingerichtet, einen Vertragstext, der den europäischen Staaten nach Kriegsende zur Unterzeichnung vorgelegt werden sollte: *„1. Der Europäische Staatenbund ist eine Gemeinschaft souveräner Staaten, die sich gegenseitig ihre Freiheit und Unabhängigkeit gewährleisten. 2. Die Gestaltung ihrer innerstaatlichen Verhältnisse bleibt der souveränen Entschließung der einzelnen Staaten überlassen. 3. Die im Staatenbund vereinten Nationen werden die Interessen Europas nach außen hin gemeinsam wahren. [...] 5. [...] Zoll- und andere Schranken zwischen den einzelnen Gliedern des Staatenbundes sollen unter Schonung und Sicherung der lebensnotwendigen Wirtschaftszweige, insbesondere der kleineren Wirtschaftsgebiete, fortschreitend beseitigt werden. 8. Die an der Gründung des Staatenbundes nicht beteiligten europäischen Staaten werden eingeladen, dem ‚Europäischen Staatenbund‘ beizutreten.*³⁶

Ribbentrops großer Wurf liest sich wie das 50 Jahre später in Maastricht unterzeichnete Gründungsdokument der Europäischen Union. Beiden gemeinsam ist die deutsche Einsicht in die Notwendigkeit: Die vorherrschende Großmacht kann nicht besiegt werden mit einem schwachen Hinterhof. Bei Ribbentrop hört sich das so an: *„Die Einigung Europas, die sich in der Geschichte bereits seit längerem abzeichnet, ist eine zwangsläufige*

³⁵ Zitiert nach Eggerdinger, Anschluss, S. 6

³⁶ Zitiert nach Hass/Schumann. Anatomie. Dokument 47, S. 218 f.

*Entwicklung. [...] Europa ist zu klein geworden für sich befehrende und sich gegenseitig absperrende Souveränitäten. Ein in sich zerspaltenes Europa ist auch zu schwach, um sich in der Welt in seiner Eigenart und Eigenkraft zu behaupten und sich den Frieden zu erhalten. [...] Die Einigung Europas wird durch den Deutschland von England, dem alten Feind des Kontinents, aufgezwungenen Krieg beschleunigt. Der Kampf Deutschlands gegen England ist der europäische Einigungskrieg. [...] Es ist natürlich, dass in Europa der Anstoß zu einer neuen Ordnung von den Achsenmächten ausgeht.*³⁷ Die Achsenmächte bilden damals das Deutsche Reich und Italien. 50 Jahre später tauchen sie wieder auf, diesmal aber bestehend aus einer um ein Drittel vergrößerten BRD und aus Frankreich. In einem Strategie-Papier Wolfgang Schäubles vom 1. September (!) 1994 werden sie benannt als Zentrum eines neuen Kerneuropas. Die französische Illusion, mit der Einigung Europas die deutsche Vorherrschaft zu bändigen, zerplatzt. Das Gegenteil tritt ein. Die Europäische Union wird zum Fundament einer weit größeren deutschen Expansion. Und Gorbatschow liefert den entscheidenden Hebel: die deutsch-russische Achse. Nicht nur im bürgerlichen Lager bleibt der zum Krieg treibende Charakter dieser friedlichen Strategie unerkannt.

Ab der Annexion der DDR

Aber vorerst bleibt all das noch Zukunftsmusik. Zehn Jahre lang bremsen die ökonomische Schwäche mit drei krisenhaften Produktionseinbrüchen³⁸ und die finanziellen Lasten aus der Annexion der DDR mit 1,2 Billionen Euro das neue Großdeutschland aus. Die BRD sieht sich noch gezwungen, auf traditionelle Fähigkeiten zurückzugreifen, nämlich andere Nationalstaaten mittels völkischer Expansion im eigenen Hegemonialgebiet zu schwächen und aufzulösen: *„Durch Annexion, durch Unterwerfung. Wobei die entscheidende Frage noch gar nicht ist, ob er [der deutsche Imperialismus, d.V.] sich ein anderes Land staatlich einverleibt, gar nicht ist, wie die Grenzziehung nun aussieht. Die Frage ist: wessen politischer Wille bestimmt? In wessen Auftrag und auf wessen Kommando agiert die Staatsgewalt?*³⁹

³⁷ A.a.O. Dokument 44, S. 203 f.

³⁸ Krüger. Entwicklung, S. 30

³⁹ Eggerdinger, Heute gehört, S. 40

Der 2+4 Vertrag entlässt die BRD nach über 20 Jahren de facto-Emanzipation nun auch formal aus der Kontrolle der Siegermächte, legt dem deutschen Revanchismus aber Fesseln an: die Anerkennung und Endgültigkeit seiner Außengrenzen und speziell die Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze zu Polen „in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag“ (Artikel 1) und die Verpflichtung, dass „von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird“ und jede Störung des friedlichen Zusammenlebens, „insbesondere die Führung eines Angriffskrieges (!), verfassungswidrig und strafbar“ sei (Artikel 2).⁴⁰ Am 12. September 1990 unterzeichnen die sechs Außenminister der Staaten Großbritannien, Frankreich, USA, UdSSR, sowie der DDR und der BRD feierlich diesen 2+4 Vertrag⁴¹. Wenn aber in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag ausdrücklich noch einmal verlangt werden muss, dass die BRD einen „völkerrechtlich verbindlichen Vertrag“ abschließt, so verrät dies die Erfahrungen der Völker, was der deutsche Imperialismus mit solchen Verträgen zu tun gedenkt. Er zerreißt sie gewöhnlich in der Luft, kaum dass sie unterzeichnet sind. So auch diesmal:

Den ideologischen Generalangriff auf bestehende Staatsgrenzen startet die BRD-Führung in den 90er Jahren mit der Losung vom „Europa der Regionen“ oder „Europa der Ethnien“. Die mit Staatsgeldern aus halb Europa finanzierte FUEV (Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen) macht in der Tradition der Organisierung fünfter Kolonnen einige Dutzend deutsche nationale Minderheiten in ganz Europa aus. „Wobei der deutsche Imperialismus zunehmend die Rolle der ‚deutschen Minderheiten‘ darin sieht, zu bleiben, wo sie sind, und die Staaten, in denen sie leben, zu destabilisieren.“⁴²

Bis 1994 händigen deutsche Konsulate in Polen an ca. 2 Millionen polnische Bürger deutsche Pässe aus, ohne Wissen der polnischen Behörden.⁴³ Nach einer Auswanderungswelle leben laut einer Volkszählung aus dem Jahr 2011 nur noch 150.000 polnische Bürger mit deutscher Staatsangehörigkeit im

⁴⁰ zitiert nach Plato, Vereinigung Deutschlands, S. 402

⁴¹ Und alle sechs schieben sie, selbst beeindruckt von der Feierlichkeit und der Größe dieses historischen Moments, instinktiv und heimlich die russischen Füllfederhalter ein, mit denen sie soeben das historische Dokument unterzeichnen durften. (a.a.O. S. 405)

⁴² Eggerdinger, Maastricht II, S. 47

⁴³ A.a.O. S. 48

Land.⁴⁴ Bei den polnischen Kommunalwahlen 2010 werden 23 Bürgermeister und Gemeindevorsteher von der deutschen Liste gewählt. Außerdem verfügt die deutsche Minderheit in den Kreistagen von Groß Strehlitz, Oppeln und Rosenberg über die Mehrheit der Mandate. Im Sejmik der Woiwodschaft Oppeln ist die deutsche Liste mit sechs Sitzen zweitstärkste Kraft.⁴⁵ Nachweislich wird die deutsche Minderheit in 90er Jahren durch Organisationen instrumentalisiert wie dem „Verein für das Deutschtum im Ausland“, der sich *„als lebendige Brücke zwischen der deutschen Heimat und den circa 14 Millionen Auslandsdeutschen sieht“*⁴⁶ und finanziert wird vom Innen- wie vom Außenministerium.⁴⁷ *„Wohl das wichtigste imperialistische Instrument aber sind die Euro-Regionen“*, wovon vier in den ehemals deutschen Gebieten errichtet werden. *„Diese vier westlichen Regionen bekommen das 40fache der finanziellen Mittel aus Brüssel, Berlin und auch aus Warschau wie die Regionen im Osten des Landes.“*⁴⁸

„In der Tschechoslowakei war es die Hanns-Seidel-Stiftung, die den Separatisten Meciar in der Slowakei unterstützte.“ Und die tschechische Regionalpresse wird, *„was Böhmen und Mähren betrifft, nahezu vollständig von reaktionären bundesdeutschen, vor allem bayerischen Verlagen vom Schlag der ‚Passauer Neuen Presse‘ aufgekauft.“*⁴⁹ 1993 gründet sich die Partei der Sudetendeutschen. Und schließlich berichtet das Neue Deutschland am 15.7.1993, *„dass der ungarische Ministerpräsident Antall seinem Kollegen Klaus einen Brief geschrieben habe, in dem er weisungsgemäß (gemeint ist: aus Berlin, d.V.) die Benes-Dekrete anzweifelte.“*⁵⁰ Sofort erklärt die tschechische Zeitung ‚Lidove noviny‘, *„dass die Benes-Dekrete (welche die Aussiedlung der deutschen Minderheit nach 1945 regelten, d.V.) anzuzweifeln ‚prinzipiell auch die gesamte Nachkriegsgestaltung berührt [...] Ihre Anzweiflung würde das Infrage stellen der Grenzen von europäischen Staaten bedeuten und eine Lawine auslösen.“* Aber genau dies ist das Ziel der Bonn/Berliner Auftraggeber. Bekannt wird auch, dass hierfür *„die BRD*

⁴⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Minderheit_in_Polen#Volkszählung_2002

⁴⁵ A.a.O.

⁴⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Verein_für_Deutsche_Kulturbeziehungen_im_Ausland

⁴⁷ Goldendach/ Minow. Deutschtum erwache

⁴⁸ Eggerdinger, Ergebnisse, S. 81

⁴⁹ Eggerdinger, Großdeutschland, S. 124f.

⁵⁰ A.a.O.

*über ungarische Diplomaten die Prager Regierung unter Druck zu setzen versuchte.*⁵¹ Dies alles sind nur Schlaglichter aus einer Fülle von Fakten. All dies geschieht unmittelbar nach Unterzeichnung des 2+4 Vertrags.

Insbesondere die deutsche Jugoslawien-Politik ab 1991 zeigt, wie Artikel 2, dass „*von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird*“, sich ins Gegenteil verkehren lässt. Die deutsche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, die zum ersten Krieg in Europa nach 1945 führt, geschieht im Alleingang. Trotz Warnung durch Mitterrand vor einer Ausweitung des Bürgerkriegs in Jugoslawien folgt 1992 die deutsche Anerkennung von Bosnien-Herzegowina. Der darauffolgende drei Jahre dauernde Krieg liegt voll auf der deutschen Linie: Tschechoslowakei und Jugoslawien, die nach 1918 einen Cordon Sanitaire gegen den deutschen Expansionismus bilden, sind zu liquidieren. Hier liegt der Grund für die deutsche Unterstützung aller Separatisten wie Meciar (Slowakei), Kučan (Slowenien), Tudjman (Kroatien), Izetbegović (Bosnien), Thaçi (Kosovo) usw. in Ost- und Südosteuropa, und deshalb auch ab 1996 die militärische und finanzielle Unterstützung der kämpfenden Truppe der Kosovo-Separatisten, die UCK. *„Ein westdeutscher Diplomat berichtet: ‚Es war hart; es war das erste Mal, dass Deutschland andere dazu brachte, zu tun, was sie nicht wollten. Wir hatten ein paar Verbündete, nicht sehr viele, plus den Papst. ‚Das erste Mal nach 1945 lehnt der Bonner Staat sich gegen UN-Beschlüsse, gegen die USA, gegen die Mehrheit der europäischen Imperialisten offen und provokativ auf. Allein dies zeigt den Stellenwert, der dem Jugoslawienkonflikt für den deutschen Imperialismus zukommt.‘*⁵²

Den Bürgerkrieg zwischen Kosovo und Serbien nehmen der deutsche und der US-Imperialismus 1999 aus unterschiedlichen Gründen zum Anlass, um gemeinsam elf Wochen lang die jugoslawische Hauptstadt Belgrad zu bombardieren, wobei die deutsche Seite die Aufklärungsflugzeuge liefert und die amerikanische die Bomber. Ausreichend entlarvt sind inzwischen – natürlich ohne strafrechtliche Konsequenzen, was der 2+4 Vertrag verlangen würde – die Lügen aus Scharpings Kriegsministerium vom serbischen Hufeisenplan zum Völkermord an den Kosovaren. Unbeachtet bleiben bis

⁵¹ A.a.O.

⁵² A.a.O. S. 114. Dort zitiert nach: John Newhouse. Der Westen und die Auflösung Jugoslawiens. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 10/92. S. 1198

heute die gegeneinander gerichteten Kriegsziele der gemeinsam kämpfenden Imperialisten USA und BRD. Die Deutschen führen zum ersten Mal seit 1945 wieder einen Angriffskrieg und können so den 2+4 Vertrag liquidieren. Zusätzlich dürfen sie sogar wieder ein militärisch geführtes Protektorat auf fremdem Territorium errichten, das sog. UNMIK-Protektorat im Kosovo. Der US-amerikanischen Seite geht es darum, den deutschen Imperialismus in seine Schranken zu weisen, ihn davor zu warnen, weiter auf der völkischen Schiene die Grenzen in Europa in Frage zu stellen. Widrigenfalls es auf der 4er-Seite des 2+4 Vertrags sehr wohl die Bereitschaft gäbe, mit militärischen Mitteln zu reagieren. Die US-amerikanischen Bomber transportieren also zwei Arten von Sprengstoff: den materiellen gegen Belgrad, den politischen gegen Berlin. Bereits im Juni 1993 – sechs Jahre vor dem Jugoslawienkrieg – berichtet die Zeitschrift Konkret über die Haltung in Clintons Nationalem Sicherheitsrat, „dass die USA wiederum ihre immer wieder aufgegriffenen Erwägungen, auf dem Balkan militärisch einzugreifen, u.a. mit der Notwendigkeit begründen, deutschem Expansionismus in ganz Osteuropa einen Riegel vorzuschieben.“⁵³

Die völkische Taktik rückt in den Hintergrund

Der Wink mit dem US-imperialistischen Zaunpfahl beinhaltet: keine weiteren Expansionen nach Osten. Die militärische Hegemonie über Europa bleibt bei den USA. Er wird verstanden. Inzwischen erlaubt es die Konsolidierung der BRD-Wirtschaft, von der aggressiven völkischen Expansion in eine andere Taktik zu wechseln. Mit seinem bereits erwähnten Papier „Überlegungen zur europäischen Politik“ von 1994 formuliert Wolfgang Schäuble nicht bloß eine neue Taktik gegenüber Europa, er präsentiert eine Gesamtstrategie des deutschen Imperialismus:

„Die Kerneuropa-Gruppe [...] aus fünf bis sechs Ländern.

Keine wesentlichen außen- und europapolitischen Aktionen ohne vorangehende deutsch-

französische Abstimmung [...]

⁵³ A.a.O. S. 128

Politik umfassender Partnerschaft zwischen der Union (gemeint ist die EU, d.V.) und Russland“.

Und was natürlich in einem Strategiepapier niemals offen, sondern nur verklauusliert angesprochen werden kann, die Benennung des strategischen Gegners: „*da die USA nach Ende des Ost-West-Konfliktes ihre Rolle nicht mehr in der gleichen Weise spielen können [...]*“. Damit entpuppt sich Schäuble als neuer Großmachtstrategie, der für das Ziel, die Nummer eins abzulösen, die einzig in Frage kommende Strategie entwirft: Teilannexionen im Westen kombiniert mit der EU-Russland-Achse im Osten.

Mit dem Wechsel in der deutschen Expansionstaktik dürfen die Grenzen nicht mehr demontiert werden, jetzt müssen sie stabil bleiben und geschützt werden. Jetzt müssen innen wie außen die ganzen Ostlandritter, der ganze Separatisten-Pöbel ins zweite Glied zurückgepfiffen werden. Der „Verein für das Deutschtum im Ausland“, schon 1998 umbenannt in „Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e.V.“, darf noch eine Zeit lang dahin dümpeln und wird 2019 schließlich aufgelöst. Die deutschen Minderheiten in Osteuropa sollen dort plötzlich staatsreu werden, und die Landsmannschaften ihre Verbindungen zum faschistischen Lager stilllegen. Die chaotisch völkische Destabilisierung Osteuropas wird eingestellt.

Als in Spanien im Oktober 2017 das katalanische Regionalparlament für die Konstituierung einer unabhängigen Republik Katalonien stimmt, entmachtet die Madrider Zentralregierung das Regionalparlament, stellt die Region zwangsweise unter Zentralverwaltung und die Separatisten – fest auf die bisherige Berliner Politik der Anerkennung von Separatisten vertrauend – stehen plötzlich vor Gericht. Als Unterstützer bleibt ihnen hierzulande nichts als ein abgehalfterter Bayern-Trainer. Kein Staat erkennt die Unabhängigkeit Kataloniens an, und auch in Berlin ist von Selbstbestimmungsrecht nichts zu hören. Zu sehr ist Spaniens Verbleib in der EU nach der Eurokrise 2010 bedroht. Zu sehr birgt das Ausscheiden eines der vier südlichen Euro-Staaten die Gefahr einer unkontrollierbaren Kettenreaktion und den Einsturz des ganzen fragilen Konstrukts der deutschen Teilannexionen.

Jetzt wird anders in den Osten eingedrungen: In bilateralen Abteilungen der bewaffneten Staatsmacht, militärisch innerhalb der NATO, polizeilich innerhalb der EU, agieren deutsche Ordnungsmächte mit denen der östlichen

Partner gemeinsam. Dadurch wird der anderen Seite das Gefühl vermittelt, die Sache unter Kontrolle halten zu können. Für die deutsche Seite ermöglicht das Vorgehen wertvolle Einblicke in fremde staatliche Strukturen und legt Schwachstellen und Stärken offen: gratis Geheimdienstinformationen für eventuelle spätere Intervention und Okkupation.

2017 zieht die Bundeswehr mit einer „deutschen Battlegroup“ im Rahmen der NATO mit einer kompletten Panzerbrigade und mittlerweile 1.600 Soldaten in Litauen ein. In der Stadt Rukla wird ihnen eine eigene Kaserne hingestellt.

2007 wird im Grenzort Świecko ein gemeinsames deutsch-polnisches Polizei-Zentrum mit zunächst 60 Beamten eingerichtet, das weitere gemeinsame Dienststellen bilden soll. Ein neues deutsch-polnisches Polizeiabkommen von 2015 regelt den Einsatz bewaffneter Polizeikräfte auf dem jeweils fremden Territorium. Die Fahrzeuge sind seit 2021 zweisprachig gekennzeichnet mit der Aufschrift: „Gemeinsame Streife“.

2006 gründen deutsche und polnische Streitkräfte im Rahmen der EU das „Multinationale Korps Nord-Ost“ und die „Weimar Battlegroup“. In einem Kooperationsabkommen wird vereinbart, *„bei Militärübungen ein polnisches Bataillon einer deutschen Brigade unterzuordnen und umgekehrt.“*⁵⁴ Aber die Zusammenarbeit stockt mit der Neuausrichtung Polens auf den US-Imperialismus. Nach dem Wahlsieg der PiS 2015 *„sagte Jaroslaw Kaczyński, der Parteivorsitzende der PiS, mit Blick auf Versuche der polnischen Regierung, die Präsenz der Nato in Polen zu stärken, dass deutsche Truppen ‚für mindestens sieben Generationen‘ nicht auf polnischem Boden zugelassen werden sollten.“*⁵⁵ Hier wirkt ein frühes US-amerikanisches Störfeuer gegen die deutsche Achsenpolitik mit Moskau.

Erst 2021 kommt es wieder zu einem deutsch-polnischen Abkommen, diesmal in Bezug auf den gemeinsamen Luftkrieg. Es erlaubt *„Kampfflugzeugen als Quick Reaction Alert, in den jeweiligen Luftraum einzufliegen und dort zu operieren.“* Bezeichnend allerdings, dass dieses Abkommen nicht von

⁵⁴ <https://www.bpb.de/themen/europa/polen-analysen/316827/analyse-die-deutsch-polnische-sicherheits-und-verteidigungszusammenarbeit-gepraegt-von-nicht-ausgeschoepftem-potential-oder-struktureller-fragilitaet/>

⁵⁵ A.a.O.

offiziellen Regierungsvertretern, sondern von zwei Luftwaffenoffizieren unterzeichnet wird.⁵⁶

Im Land, in dem der „*Krieg der Vater aller Dinge*“ ist, hat die Außenpolitik die Innenpolitik im Schlepptau.⁵⁷ Der Wechsel in der Außenpolitik vom Expansionismus mittels größtenteils Landmannschaften und „diskriminierter“ deutscher Minderheiten hin zur inquisitorischen Allmacht des deutschen Finanzministers Schäuble, der nicht mit Grenzpfählen exekutiert, sondern mit der Schwarzen Null, wird ebenfalls innenpolitisch nachvollzogen:

2011 lässt der Bundesnachrichtendienst den Verfassungsschutz und dessen Verbindungen zum Terrornetzwerk NSU hochgehen und pfeift damit die Linie offen staatlicher Organisation der Faschisten über „V-Männer“ zurück ins zweite Glied.⁵⁸ Die neue Linie heißt: Faschisten weg von der Straße und rein in den Staatsapparat, zur Polizei und zum Militär, wo sie leichter unter Kontrolle zu halten sind und ihre Ausbildung an der Waffe kein öffentliches Aufsehen mehr erregt. Also keinerlei Verbesserung im demokratischen Sinn, zunehmende Polizei- und Militär-Skandale, brutale Polizeimorde an Jugendlichen und Einwanderern.⁵⁹

2013 gründet sich als Gegenreaktion auf den imperialistischen Taktikwechsel die halbfaschistische AfD in Gegnerschaft zum Euro-Regime und zur „neuen Offenheit“ der Regierung Merkel gegenüber Flüchtlingen. Sie wird zum Bindeglied im schwarz-braunen Lager zwischen CDU/CSU und der gesellschaftlich zu sehr isolierten NPD. Keine der Staatsparteien kann sich wirksam gegen die Angriffe der AfD zur Wehr setzen. Denn in der Tat zahlt ja das Volk hierzulande mit Steuergeldern die Milliarden der „Rettungsschirme“ für bankrotte EU-Mitglieder, während die Monopole im Produktions- wie im Finanzsektor ein Vielfaches der Opfer des hiesigen

⁵⁶ <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/luftwaffe/aktuelles/deutsch-polnische-zusammenarbeit-im-luftraum-gefestigt-5083332>

⁵⁷ Den Zusammenhang von Außen- und Innenpolitik weist der DDR-Historiker Kurt Pätzold im Faschismus nach. Der Weltkriegsverlauf erzwingt die Eskalation von Verfolgung und Liquidierung jüdischer Bürger erst im Reich und dann in ganz Europa.

⁵⁸ Führend in der Berichterstattung über die Morde des NSU war von November 2011 bis Mitte 2012 der als „investigativer Journalist“ geltende und für die SZ schreibende BND-Kontaktmann Hans Leyendecker.

⁵⁹ Zuletzt in Dortmund am 8. August, wo 11 Polizisten einen 16-jährigen Jugendlichen aus Senegal erst zweimal mit Taser-Attacken angreifen und dann - weil er sein Messer angeblich nicht weglegen will - mit fünf Schüssen gezielt exekutieren.

Volks aus den anderen Völkern herauspresst. Diese neue Sammlungsbewegung in Richtung Faschismus mit magnetischer Wirkung auf enttäuschte Bürger aus den Mittelschichten versteht es, von Krise zu Krise ihren Zulauf weiter zu vergrößern.

Der führenden Macht in Europa stehen die faschistischen Terroranschläge der 80er und die brüllenden Nazihorden und Pogrome der 90er Jahre gegen Einwanderer schlecht zu Gesicht. Zugleich aber spülen die Berliner Austeritätsdiktate gegen schwächere EU-Staaten dort zunehmend halbfaschistische Parteien in die Regierungen, weil diese vermeintlich besser um ihre staatliche Souveränität kämpfen würden als die bürgerlichen Parteien. Diese unmittelbare Folge deutscher Europapolitik nützt Berlin, um die demokratische Fassade Deutschlands nach außen herauszuputzen. Den Delinquenten in Polen, in Ungarn und in Italien kann der schein-demokratische Dompteur aus Deutschland auch politisch hineinregieren. Ökonomische und politische Fremdbestimmung fügen den Faschismus als verstecktes Exportgut den deutschen Warenexporten hinzu.

Gleichzeitig werden hierzulande Grundsätze der bürgerlichen Demokratie sauber und rechtsstaatlich in einem gründlichen Staatsumbau ausgehebelt: Allmacht der Geheimdienste gegenüber Polizei und Justiz in gemeinsamen Terrorismus-Abwehrzentren; Unterordnung der Justiz unter die Polizei und Freibrief für die Polizei gegenüber den Bürgern. Die letzten Stationen hierbei: neue Polizeiaufgabengesetze und der Strafrechtsparagraf 114, der kollektive Proteste, Demonstrationen und Streiks, kriminalisiert, indem er bei bloßem Körperkontakt mit Polizisten Mindeststrafen von 3 bzw. 6 Monaten Gefängnis erzwingt. Der Staatsumbau beinhaltet ferner den Einsatz der Armee im Inneren gegen die eigenen Bürger und nicht zuletzt ein Leitkultur-Gesetz, in dem die völkische Staatsdoktrin ihren Platz zum Überwintern erhält.

Die deutschen Teilannexionen in der EU

Währungsunion

Wenn wichtige Bestandteile der staatlichen Souveränität ausgehöhlt werden, sprechen wir von Teilannexionen. Die Begriffe Annexionen und Teilannexionen verweisen auf eine ähnliche Entwicklung bei anderen Imperialisten mit der Inbesitznahme von Kolonien und Halbkolonien, also ausgewiesenen Besitztümern außerhalb des eigenen Kontinents, ergänzt durch vereinnahmte Hegemonialgebiete mit nur formaler Souveränität, die als Halbkolonien bezeichnet werden. Es ist bekannt, dass dem deutschen Imperialismus der Weg zur Eroberung von Kolonien und Halbkolonien außerhalb des eigenen Kontinents durch seine verzögerte kapitalistische Entwicklung weitgehend verbaut blieb und er sich auf Expansionen innerhalb des eigenen Kontinents spezialisieren musste. Annexionen werden das Mittel zum Zweck, um den Mangel an Kolonien auszugleichen. Analog der Halbkolonie werden schwächere Staaten innerhalb des eigenen Kontinents mit nur formaler Selbständigkeit unterworfen. Treffend ist hier der Begriff Teilannexion. Wie tiefgehend Teilannexionen sein können, schildert dieses Kapitel.

Wie immer im bürgerlichen Recht so auch im internationalen Recht schließen formal gleiche, aber ökonomisch sehr ungleiche Partner Verträge. Auch die EU-Verträge zwischen Ungleichen gewähren dem Schwächeren kurzfristig geringe Vorteile, etwa die Teilnahme am steigenden Export, gegen enorme, auf lange Sicht nicht revidierbare Nachteile, bis sie aus der halben in die totale Abhängigkeit zurückfallen. Die eigene Währung ist ein bestimmender Teil der Souveränität eines formal selbstständigen Staates. Das Währungsreglement tangiert automatisch andere Teilbereiche wie Wirtschaft (Staatsausgaben und -investitionen), Finanzen (Staatshaushalt), Innenpolitik (Arbeiterbewegung, siehe 2012-15 Griechenland), Außenpolitik (internationale Verträge). Fremde Staaten können nach einer Aufgabe der Landeswährung in diesen Teilbereichen mitbestimmen und hineinregieren. Bei den 17 nicht imperialistischen Staaten des Euro-Raums sprechen wir daher von Teilannexionen durch die Imperialisten Frankreich und Großdeutschland. Die BRD als stärkerer Imperialist ist Hauptprofiteur aus der Gesamtlage. Die

starken Staaten pochen auf Einhaltung der vereinbarten Kriterien, die Schwächeren können sie nicht einhalten. Bei denen, die die Kriterien einhalten, braucht von außen nicht eingegriffen zu werden, so die Theorie. In der Praxis zeigt sich: Wenn Frankreich und Deutschland z.B. die Schuldenkriterien durchbrechen, sanktioniert niemand. Die Arbeiterbewegung drückt das in ihrem Lied „Die Internationale“ so aus: „*Leeres Wort des Armen Rechte, leeres Wort des Reichen Pflicht*“.

Der Maastricht-Vertrag von 1992/93⁶⁰ sieht die Einführung der gemeinsamen Euro-Währung ab 1999 für damals 11 von 15 EU-Staaten vor, zunächst nur als Buchgeld für die Banken, ab Januar 2002 als Bargeld. Heute unterliegen 19 EU-Staaten dem Euroregime, 8 EU-Staaten nicht. Mit dem Euro können schwächere Wirtschaften den Export und die Produktion im eigenen Land nicht mehr durch Geldabwertung schützen. Es gewinnt die nationale Wirtschaft, die am meisten exportiert, die deutsche. Kredite zu niedrigen Zinsen verdecken anfangs noch den Ruin der südlichen EU-Staaten. Seit der Euro-Krise 2010 müssen die Zinsen künstlich noch niedriger gehalten werden, um den Staatsbankrott der abhängigen Staaten nicht sichtbar werden zu lassen. Dieser Niedrigzins senkt den Eurokurs in einem Ausmaß, das den deutschen Warenexport außerhalb der Euro-Staaten in nie gekannte Höhen treibt. Gäbe es noch die D-Mark, würde ihr Kurs steigen, die Export-Preise steigen und den deutschen Export drosseln. Der Kurs einer gemeinsamen europäischen Währung steigt aber kaum. Denn für den Euro-Kurs zählt nur der Gesamtexport des Euroraums – und der bleibt weit hinter dem deutschen Export zurück. Mit dem Mittel des Euro wird ein anfänglich nur ökonomischer Vorsprung innerhalb der Währungsunion potenziert. Die politische Unterwerfung durch Teilannexionen erscheint als bloß ökonomische Expansion, als Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. In Wirklichkeit ist der Ruin des Südens die Grundlage des deutschen Export-Weltmeisters.

TARGET 2

Damit nicht genug. 2007 wurde das Clearingsystem des Euroraums TARGET reformiert. Der Name bedeutet **T**rans-European **A**utomated **R**eal-time **G**ross

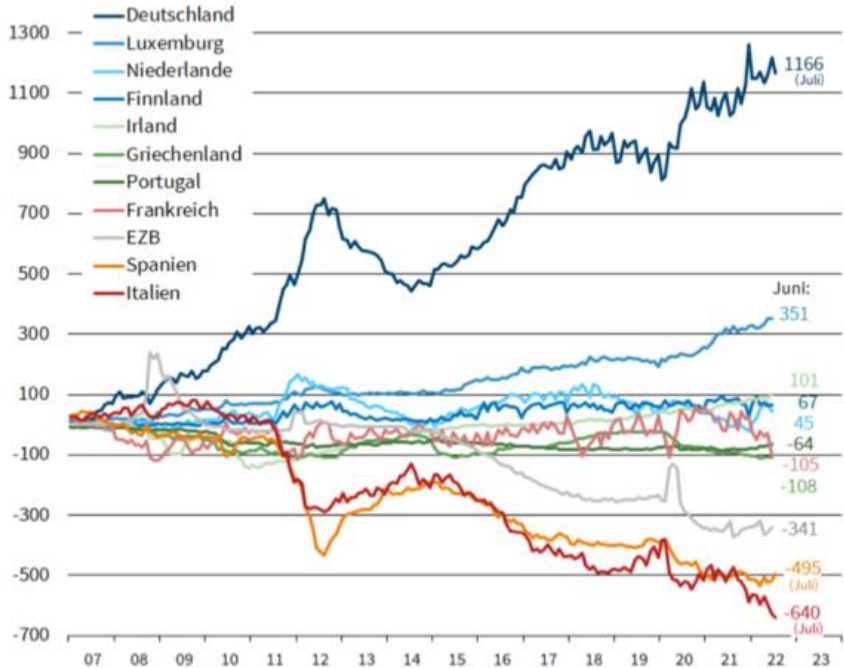
⁶⁰ Genannt sind hier die Jahre der Unterzeichnung (9.2.92) und des Inkrafttretens (1.1.93).

Settlement Express Transfer System, zu Deutsch etwa Transeuropäisches automatisches Echtzeit-Brutto-Express-Abwicklungssystem. Es ermöglicht den Ausgleich der Zahlungen zwischen den Euro-Staaten, genauer: zwischen deren Nationalbanken und deren größten Geschäftsbanken. Mit der TARGET 2 Reform können grenzüberschreitende Zahlungen in „Echtzeit-Zahlungen“ getätigt und sofort ausgeglichen werden. Das ist zunächst ein enormer Fortschritt. Aber seit der Finanzkrise 2010 zeigen sich die Fallstricke: Die Zentralbanken der starken Ökonomien können beliebig hohe Forderungen anhäufen gegenüber den Zentralbanken der schwächeren, ohne unmittelbare Folgen für die Geschäftsbeziehungen der europäischen Unternehmen und deren Geschäftsbanken. Mit weitreichenden Folgen. Normalerweise müsste seit 2010 der deutsche Export in den zahlungsunfähigen Süden abnehmen oder zum Erliegen kommen. Tut er aber nicht. Denn die finanzielle Haftung wird mittels der Regularien der Europäischen Zentralbank (EZB) – natürlich mit Sitz in Frankfurt am Main – auf die anderen zahlungsfähigen Euro-Staaten verteilt. Aus dem deutschen Warenexport in den und der Kapitalflucht aus dem Süden summieren sich bis 2022 Forderungen der deutschen Bundesbank an die EZB auf 1,17 Billionen Euro.⁶¹ Diese Forderungen werden durch TARGET 2 nun anteilig nach einem politisch festgelegten Schlüssel auf alle Nationalbanken des Euroraums verteilt: auf die BRD selbst entfallen nur 26,4%! Vor der Einführung des Euro hätte die deutsche Bundesbank die Risiken für ihre Forderungen zu 100% getragen. Frankreich ist jetzt durch die deutschen Forderungen mit 20,4% belastet, Italien mit 17%, Spanien mit 12%, Niederlande mit 5,8%, Belgien 3,6%, Österreich mit 3%, Finnland mit 1,8%, baltische Staaten mit 1,3%.⁶² Für die aus dem deutschen Export belasteten Staaten ändert sich zunächst gar nichts – solange die Währungsunion besteht.

⁶¹ Die TARGET-Salden werden relativ niedrig verzinst. Für Fachleute: zum jeweils geltenden marginalen Zinssatz, der bei den Tenderoperationen des Eurosystems für seine Hauptrefinanzierungsgeschäfte Anwendung findet.“ (<https://fragenstaat.de/anfrage/target2-salden/>)

⁶² Dieses Machtverhältnis, das sich hinter divergierenden Target-2-Salden der Euro-Staaten seit 2011 verbirgt, wird leicht übersehen, wenn man die materielle Macht des fiktiven Kapitals unterschätzt.

Target-Salden ausgewählter nationaler Zentralbanken und der EZB, Juli 2022
 In Milliarden Euro; Monatsendwerte



Quelle: Sinn/Wollmershäuser "aktualisiert" (2012) »Target Loans, Current Account Balances and Capital Flows: The ECB's Rescue Facility«, International Tax and Public Finance; Europäische Zentralbank; Deutsche Bundesbank; Banca d'Italia; Banco de España; Bank of Greece. © Hans-Werner Sinn

Legende:

Die oberste Kurve zeigt Deutschlands Entwicklung. Dann folgen noch mit leichtem Plus Luxemburg, die Niederlande und Finnland, gefolgt von den Ländern, die in etwa gleich geblieben sind: Irland und Griechenland. Leichte Verluste verzeichneten Portugal und Frankreich. Die EZB selbst zeigt schon ein stärker fallendes Saldo, Spanien und Italien heftige Verluste.

EZB-Kitt und das Fallbeil „Schwarze Null“

Warum scheiden die abhängigen Staaten nicht einfach aus dem Maastricht-Vertrag aus? Maastricht I und II beinhalten keine Regelungen für den Austritt. Die Antwort lautet: Ein Austritt aus der EU wäre der größere Ruin als der Verbleib in der Schuldenfalle. Der Süden würde sich in doppelter und dreifacher Hinsicht ruinieren. EZB-Schulden müssten verzinst und bezahlt werden, bei sinkendem Export, sinkender Produktion und steigenden Staatszinsen.

Auf der anderen Seite können die abhängigen Staaten bei Wohlverhalten auf geringe Unterstützung durch ihren Peiniger hoffen, der darauf bedacht sein muss, das Gesamtsystem zu erhalten. Hier reproduziert sich auf zwischenstaatlicher Ebene das Verhältnis von Kapital und Proletariat: herauspressen, was geht, ohne die Quelle zu ruinieren. Auf Staatsebene ist bei abhängigen Staaten der Zins das, was beim Proletariat der Lohn ist. Nur umgekehrt: Der niedrigere Zins entspricht dem höheren Lohn. Und so wie sich im 19. Jahrhundert das System kapitalistischer Ausbeutung erst mit dem Verständnis des Lohnsystems erschließt, so hängt die Entlarvung des imperialistischen Ausbeutungssystems der Teilannexionen mit Beginn des 21. Jahrhunderts am Verständnis des Zinsmechanismus.

Die Höhe der Staatszinsen wird primär nicht vom Leitzins der EZB bestimmt, sondern vom Markt, auf dem die Staatsanleihen gehandelt werden. Staatsanleihen haben eine begrenzte Laufzeit mit festem Zinssatz. Danach werden sie an den Käufer zurückbezahlt. Das nennt man den Primärmarkt. Mit dem Großteil der Staatsanleihen aber wird während ihrer Laufzeit ein reger Handel durch das Spekulationskapital getrieben. Und dieser Handel auf dem sog. Sekundärmarkt verändert den laufenden Zins der Staatsanleihe. Je höher der Preis (Kurs), je „beliebter“ eine Staatsanleihe bei den Investoren, umso niedriger automatisch ihr Zins (Rendite). Auslaufende Staatsanleihen müssen auf Staatsseite laufend durch neue Staatsanleihen ersetzt werden. Das ganze Finanzsystem des Staates beruht – neben dem Steuereinkommen – auf der laufenden Umschuldung alter Staatsschulden. Die Zinsen für die neuen Staatsanleihen sind dabei genau jene Zinsen, die auf dem Sekundärmarkt gerade herrschen. D. h. je niedriger die Zinsen einer stark nachgefragten Staatsanleihe, umso billiger können sich die emittierenden Staaten neu

verschulden. Und umgekehrt, je mehr die Investoren eine Staatsanleihe meiden, umso höher deren Zins, umso teurer die Staatsschulden.

Gegen zu hohe Staatszinsen im Süden kauft nun die EZB seit über 10 Jahren Staatsanleihen aller EU-Staaten auf. Sie simuliert quasi eine erhöhte Marktnachfrage nach Staatsanleihen, erhöht deren Preis und senkt deren Zins. Das ist der Mechanismus in der Hand der EZB zur „Rettung“ insolventer Staaten, die vom deutschen Imperialismus ausgepresst werden. Die EZB kauft bis 2022 anteilig und abgestuft nach dem TARGET-2-System Staatsanleihen aller EU-Staaten auf. Das heißt: Von der „Rettung“ profitieren wiederum die reichen Staaten am meisten. Dieser Mechanismus erlaubt es dem deutschen Imperialismus, nach Belieben verantwortliche EU-Positionen von Italienern, Franzosen und Spaniern besetzen lassen. Jeder ihrer Schritte zur Rettung des fragilen Gesamtsystems, ob „Rettungsschirme“ auf der Basis billiger Kredite, wie ESM, EFSF, EFSM, ob Senkung des Leitzinses, oder die erwähnten EZB-Ankäufe von Staatsanleihen⁶³ usw. – alles dient dem Erhalt des Gesamtsystems und baut gleichzeitig die deutsche Vormacht weiter aus.

Diese Zwangsjacke hält die EU zusammen. Zugleich ist damit der Zins aber auch die Schwachstelle, an dem das ganze System platzen könnte. Wenn der Zinssatz auf Dauer steigt, steht der gesamte Süden vor einer Reihe von Staatsbankrotten, die auch das TARGET-2-System und die EZB nicht mehr aufhalten können. Und genau damit kalkuliert der US-Imperialismus, wenn der Ukraine-Krieg die weltweit steigenden Zinsen noch weiter hoch treibt.

Noch ein Instrument zieht die Daumenschrauben der abhängigen EU-Staaten an: Wer in der Schuldenfalle sitzt, den fesseln Rating-Agenturen noch fester. Die Rating-Agenturen bewerten die Wahrscheinlichkeit, dass Staaten und Unternehmen ihre Zinsen nicht mehr bezahlen können. Für Staaten bedeutet dies den Staatsbankrott. Das TARGET-2-System verschleiert zwar den Staatsbankrott einzelner Euro-Staaten, aber die Ratingagenturen täuscht dies nicht. Sie bewerten die Wahrscheinlichkeit einer Insolvenz in Zukunft, und von ihren Signaturen hängt die gegenwärtige Höhe der Staatszinsen mit ab. Wie Katalysatoren verstärken sie die vorherrschende Kurs-/Zins-Tendenz beim Handel mit Staatsanleihen und verstärken so die Differenzen in den

⁶³ Alles einigermaßen komplizierte Mechanismen, bei deren Ausführung die BRD als „Zahlmeister“ erscheint, in Wirklichkeit aber der Haupt-Nutznießler ist.

Zinshöhen der unterschiedlichen Staaten. Das vertieft die Schwächung der abhängigen Staaten.⁶⁴ Automatisch und im ungefähr gleichen Maße zu den Staatszinsen steigen die Leihkapital-Zinsen für alle in den jeweiligen Ländern tätigen Unternehmen. Wieder dreht sich das Karussell aus Schwächung kleinerer Gesamtökonomien, steigender Staatsverschuldung, erneuter Schwächung der Unternehmen. Das Karussell bewirkt aber auch, dass der finanzielle Aufwand der EZB bei den „Rettungsaktionen“ zunehmend steigt und damit auch der Beitrag, den die imperialistischen Ausbeuter dafür selbst zu leisten haben. Den Streit unter den zahlungsfähigen Staaten des Nordens darüber, wer die Mehrkosten am besten auf andere abwälzen kann, entscheidet die Frage, wer die niedrigste Staatsverschuldung und den ausgeglichensten Haushalt hat.

Zwischen 2014 und 2019 kann der deutsche Staat seinen Haushalt auf Kosten seiner „EU-Partner“ vollständig ausgleichen, seine Ausgaben bleiben – Rechenricks eingeschlossen – unter seinen Einnahmen. Wie das Fallbeil eines mittelalterlichen Henkers saust die Schäublesche „Schwarze Null“ auf die Staatsführungen im Süden herab. 2015 hilft kein OXI des griechischen Volks, es hat das Diktat des deutschen Finanzministers zu erleiden. Die Arbeiterklassen in den imperialistischen Ländern regen sich kaum. Im Bürgertum taucht er augenblicklich wieder auf, der deutsche Herrenmensch, der sich über faule, unfähige Südländer mit korrupten Regierungen mokiert und sich brüstet mit „seiner“ Kreditgroßzügigkeit.⁶⁵

Ursprünglich sehen die Maastricht-Kriterien der EU vor, Neuverschuldung unter 3% des BIP und Gesamtverschuldung unter 60% des BIP zu halten. Da diese Kriterien von den ökonomisch schwächeren Staaten kaum einzuhalten sind, bilden sie das Einfallstor für Fremdherrschaft. Seit mit der deutschen „Schwarzen Null“ ein anderes „Kriterium“ die Bühne betritt, gelten sie als veraltet. Die „Schwarze Null“ bestimmt fortan, wer im Süden wie „gerettet“

⁶⁴ Es ist anzunehmen, dass die EZB-Forderungen an verschuldete Zentralbanken in die Risiko-Bewertungen der Ratingagenturen einfließen. Denn sicher sind die Rating-Agenturen, deren Nachlässigkeiten gegenüber den Bankmonopolen 2007/08 zum Ausbruch der Finanzkrise beitrugen, bei der Risiko-Bewertung abhängiger Euro-Staaten besonders gründlich.

⁶⁵ Besonders laut die Klagen in den Medien des reaktionären Ex ifo-Institutschefs Hans-Werner Sinn, der die deutschen Forderungen aus den Target 2 Salden für verloren erklärt und die politischen Auswirkungen der Teilannexionen als Professor Doktor naturgemäß einfach ausblendet. Keine Gelegenheit lässt er sich entgehen, mit völkisch-rassistischen Schuldzuweisungen aufzuwarten.

wird und wer in den Staaten des Nordens wieviel dafür bezahlen muss. Es ist ein Henkerbeil mit Doppelklingen. Charakteristisch dabei, dass die BRD die „Schwarze Null“ quasi „personifiziert“, auch dann noch, wenn ihre rechnerische Null längst Geschichte geworden ist. Der Henker braucht keine Kriterien, er entscheidet, bei wem ab 2022 die Staatsanleihen einseitig, d. h. ohne abgestufte Synchronisierung aufgekauft werden, um die steigenden Staatszinsen einzudämmen, und bei wem nicht. Und er entscheidet, wie viel im zahlungsfähigen Norden jeder übernehmen muss.

Diese zweite verborgen wirkende Quelle lässt den ursprünglich ökonomischen Vorsprung mit politischen Mitteln weiter anschwellen.

Hartz I

Ein weiterer perfider Trick beflügelt den Vorsprung deutscher Konzerne. Die Hartz-IV-Reform ist ab 2005 als Spardiktat gegen Arbeitslose in aller Munde und weckt Proteste bis hinein in sozialdemokratische Reihen. Ihr Mechanismus, die wenig originelle Kürzung von Sozialleistungen, kommt überall zum Einsatz und wird von den deutschen Austeritätsdiktaten ausdrücklich vorgeschrieben. Was woanders nicht zum Einsatz kommt, ist der Mechanismus von Hartz I. Zwei Jahre vor Hartz IV passiert das weniger spektakuläre Hartz I-Gesetz – unter Mitwirkung der deutschen Gewerkschaften – den Bundestag. Es hebt sämtliche Beschränkungen der Leiharbeit in den Betrieben auf. Der deutsche Gesetzgeber legt 2003 Equal Pay für alle Arbeiter innerhalb eines Unternehmens fest, egal ob Leiharbeiter oder Stammarbeiter. Aber warum hebt das Gesetz die Gleichbezahlung mit einer Öffnungsklausel wieder auf? Diese Öffnungsklausel wird von den Gewerkschaften von Anfang an klammheimlich mit Tarifverträgen zur Leiharbeit aktiviert. Erst als 2008 die EU mit einer fast gleichlautenden EU-Richtlinie⁶⁶ nachzieht, entfaltet der deutsche Coup seine Wirkung: Nicht in Frankreich, nicht in Italien, nicht in Spanien, nicht in Großbritannien finden sich derart degenerierte Gewerkschaften, die die Öffnungsklausel aktivieren, die Leiharbeit auf ca. ein Drittel des Tariflohns absenken und den Austausch von bis zu 50% der Belegschaften durch entrechtete Leiharbeiter ermöglichen. Nur in der BRD sorgt die IGM und mit ihr der DGB genau dafür.

⁶⁶ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32008L0104&from=DE>

Wohlwissend, dass kein einziges Wort im Arbeitsvertrag eines Leiharbeiters, außer der Lohnauszahlung, von dem einzelnen Arbeiter gegen den Konzern, der ihn ausleiht, durchgesetzt werden kann. Beharrt er auf seinem Arbeitsvertrag, riskiert er seine sofortige Kündigung, die nicht einmal begründet zu werden braucht: Deutschland, das Niedriglohnland.

Die Kapitalisten der anderen europäischen Länder bleiben in puncto Leiharbeit auf weit höheren Lohnkosten sitzen als die deutsche Konkurrenz. Sie können ihre Arbeiter nicht massenhaft und in aller Stille von heute auf morgen entlassen, ohne dass die Öffentlichkeit und die Aktionäre eine Schwankung oder eine Schwäche alarmieren würde. In Spaltung, Lähmung und Atomisierung der gesamten Arbeiterklasse liegt jedoch der größte Nutzen der Leiharbeit fürs Kapital. Wer der Entrechtung von bis zur Hälfte der eigenen Belegschaft zustimmt, sie nicht einmal mehr als zum eigenen Betrieb zugehörig betrachtet, bei dem kommt kein Gedanke an den Streik auf. Für den bedeutet der Theaterdonner der IGM-Warnstreiks das höchste der Gefühle. Das deutsche Kapital hat die Vorteile der Zwangsarbeit im Krieg nicht vergessen, sie sauber transformiert in friedliche Produktion und in ein System der Teilannexionen, das die ausländische Konkurrenz bereits bei der Mehrwertaneignung benachteiligt. Und die deutschen Gewerkschaften spielen nicht nur mit, sie lösen mit den Zeitarbeitsverträgen den Annexionsmechanismus aus.

Politische Osterweiterung

Ab 2004 geht es Schlag auf Schlag mit der Osterweiterung der EU, zehn weitere Länder – Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern – kommen dazu. 2007 folgen Bulgarien und Rumänien. Nur ein Beispiel der unmittelbaren Folgen sei angeführt: Die polnische LKW-Produktion, eine der größten in Europa, wird umgehend liquidiert. Die Fahrzeuge seien zu laut, und der Verbrauch zu hoch. Was zwar stimmt, aber nicht zur sofortigen Einstellung der Produktion führen müsste. Schließlich sind Ausnahmen und Übergangszeiten versprochen. Aber Daimler und VW schlagen sofort zu, übernehmen z. T. über Strohmänner die Fabriken und lassen sie schließen. Vier Jahre später läuft kein LKW und kein Bus mehr aus den bis dahin riesigen polnischen Fabriken in Starachowice und Jelcz. Und es geht weiter nach Osten: Georgien, Armenien und Aserbaidschan

sind seit 2004 im „Nachbarschaftsstatus“, einer Vorform der Vorform einer „EU-Assoziierung“. Diese ganzen Vorstadien einer EU-Mitgliedschaft sind nichts anderes als Besitzmarkierungen des deutschen Imperialismus. Auch diese Vorstadien der Teilannexion diktieren den Kandidaten, was sie in Bereichen ihrer Innenpolitik innerhalb welcher Zeiträume zu erfüllen haben. Eine reale Aufnahme dauert in der Regel mehr als ein Jahrzehnt.

2008 starten Verhandlungen über die Assoziierung der Ukraine, Belarus und der Republik Moldau im Rahmen der „Östlichen Partnerschaft“. Und 14 Jahre später, im Juni 2022, verleiht der Europäische Rat auf einer „historischer Konferenz“ der Ukraine und Moldau den „Kandidatenstatus“, einem neuen Zwischenstadium zwischen Assoziierung und Mitgliedschaft. In neun Bereichen müssen sie ihre Hausaufgaben abliefern, u. a. in Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Justiz, Korruptionsbekämpfung und Minderheitenschutz. Allesamt Bereiche, in denen die BRD wegen grober Mängel längst aus der EU ausgeschlossen werden müsste. Aber darum geht es ja nicht. Aktuell hat die EU 27 Mitgliedsstaaten und durch die Osterweiterung etwa 75 Millionen Menschen mehr, billige Arbeitskräfte in Hülle und Fülle und entsprechende Binnenabsatzmärkte für die Monopole, aber auch jede Menge Sprengfallen, die der US-amerikanische Konkurrent eine nach der anderen hochgehen lässt. Zudem blockiert Frankreich seit 2019 die weitergehende EU-Erweiterung um Nordmazedonien (ehemaliger Teil Jugoslawiens) und Albanien.

Es ist genau das eingetreten, wovor Wolfgang Schäuble in seinem Strategie-Papier „Überlegungen zur europäischen Politik“ 1994 gewarnt hatte: *„Der europäische Einigungsprozess ist an einem kritischen Punkt angelangt. Wenn es nicht gelingt, in den nächsten Jahren eine Lösung für die Ursachen dieser gefährlichen Entwicklung zu finden, dann wird die Union sich entgegen der im Maastrichter Vertrag beschworenen Zielsetzung eines immer engeren Zusammenwachsens unaufhaltsam zu einer lockeren, im Wesentlichen auf einige wirtschaftliche Aspekte beschränkten Formation mit verschiedenen Untergruppierungen entwickeln. Mit einer solchen ‚gehobenen‘ Freihandelszone wären die existentiellen Probleme der europäischen*

Gesellschaften und ihre äußeren Herausforderungen nicht zu bewältigen.“⁶⁷
Ribbentrop lässt grüßen.

Das Schäuble-Papier von 1994 – Gesamtstrategie des deutschen Imperialismus

Schäuble weiß: Die „*äußeren Herausforderungen*“ der EU liegen darin, innere Strukturen zu entwickeln, die denen der USA in puncto Handlungsfähigkeit nicht nachstehen. Als Strategie des deutschen Imperialismus ist sein Hauptanliegen: die institutionelle Vertiefung der Union mittels eines festen Kerneuropas auf der Basis einer deutsch-französischen Kooperation, „*neben einem wieder stabilisierten und demokratisierten Russland*“ als zweitem „*maßgeblichen Ordnungsfaktor des Kontinents*“. Das Ganze natürlich „*im Bündnis mit den USA*“, die aber „*nach Ende des Ost-West-Konfliktes ihre Rolle nicht mehr in der gleichen Weise spielen können*“.

Sein Credo lautet: „*Deutschland hat aufgrund seiner geographischen Lage, seiner Größe und seiner Geschichte ein besonderes Interesse, ein Auseinanderdriften Europas zu verhindern, durch das es in seine alte Mittellage zurückversetzt würde.*“ Abgesehen davon, dass man eine Mittellage, in der man sich nun einmal befindet, weder „*überwinden*“ noch in sie „*zurückversetzt*“ werden kann, zielt die Passage ab auf „*eine grundlegende Änderung des europäischen Staatensystems*“. Als imperialistischer Strategie erkennt er: „*Diese Lage zwischen Ost und West hat es Deutschland in der Vergangenheit erschwert, seine innere Ordnung eindeutig auszurichten und eine dauerhafte stabile außenpolitische Balance zu errichten.* Der Schlüsselstelle hierzu ist: „*Die Versuche, diese Lage im Zentrum aller europäischen Konflikte durch die Errichtung einer Hegemonie zu überwinden, scheiterten.*“ Die „*Katastrophe 1945 [...] ließ Deutschland [...] erkennen, dass seine Kräfte hierzu nicht ausreichen.*“⁶⁸

Das ist keine generelle Absage an die Errichtung einer Hegemonie. Wenn die Kräfte eines einzelnen Imperialisten hierzu nicht ausreichen, dann tun es vielleicht die von zweien, so das Angebot an Frankreich. Und damit könnte

⁶⁷ CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages. Überlegungen zur europäischen Politik. Bonn, 1994 S. 1.

⁶⁸ A.a.O., S. 10, S. 2

die „*Lage zwischen Ost und West*“ von dem Problem des einen zur Chance beider werden. Das hat er im Auge. Er kämpft um Frankreich, als jemand der die Urangst der Franzosen vor der deutschen Hegemonie kennt, als jemand, der die deutsche Vormacht durchaus eingesteht und versucht, sie positiv zu wenden, indem er – natürlich ohne Wahrheitsgehalt – sagt: „*Innerhalb dieses Systems (der Eingliederung der BRD in die EU, d.V.) wirkte sich die relative wirtschaftliche Überlegenheit Deutschlands nicht dominierend, sondern zum allseitigen Nutzen aus.*“⁶⁹ Gleich darauf plädiert er dafür, dass man endlich über die Reform der EU-Institutionen, also die „*grundlegende Änderung des europäischen Staatensystems*“ miteinander redet, statt sich in öffentlichen Reden die unterschiedlichen Positionen um die Ohren zu schlagen. Die regelmäßigen Präsidenten-/Kanzler-Konsultationen sind ihm zu unproduktiv, er plädiert dafür, „*die entsprechenden deutsch-französischen Räte (Wirtschafts- und Sozial- bzw. Verteidigungsrat) endlich einmal zu nutzen.*“⁷⁰ Paris und Berlin sollen „*gemeinsam erkennbar gemeinschaftsorientierter handeln als andere und gemeinsame Initiativen einbringen.*“⁷¹ „*Neben der Effizienzsteigerung muss die Demokratisierung als leitendes Prinzip für alle Reformen Anerkennung finden.*“⁷² Und deutet an, wenn er es nur bei der deutschen Hegemonie über Frankreich belassen wollte, könnte ihm die „*gehobene Freihandelszone*“ doch genügen. Dann zeigt er dem Bündnispartner, dass zwischen dessen Wunsch nach Vertiefung der Union und der deutschen Linie der Erweiterung kein Widerspruch besteht. „*Deswegen ist die Frage einer – vorhergehenden – Vertiefung für Frankreich von so zentraler Bedeutung.*“⁷³

Sicher, all dies sagt Schäuble nicht, weil er plötzlich Demokrat geworden ist oder weil er der deutschen Vorherrschaft abgeschworen hätte. Schäuble braucht diesen Bündnispartner Frankreich unbedingt und am meisten von allen. Er braucht ihn nicht als bloß politisch und ökonomisch unterworfenen, er braucht ihn primär als handlungsfähigen Bündnispartner, um ihn in ein vorrangiges, geostrategisch weit höheres Ziel einzubinden: „*Gemeinsame Politik zur Stabilisierung von Mittel- und Osteuropa. Entwicklung der*

⁶⁹ A.a.O. S. 3

⁷⁰ A.a.O. S. 10

⁷¹ A.a.O. S. 7

⁷² A.a.O. S. 5

⁷³ A.a.O. S. 8

*Beziehungen zu Russland mit dem einen Ziel einer umfassenden Partnerschaft.*⁷⁴ Und weiter hinten: *„Mit der Einbeziehungen ostmitteleuropäischer Staaten in die Europäische Union muss eine Politik umfassender Partnerschaft zwischen der Union und Russland einhergehen. Sie muss Russland die Gewissheit geben – soweit dies von außen möglich ist – neben der EU als das andere politische Zentrum auf dem Kontinent anerkannt zu sein.*“⁷⁵ Das ist die Strategie der West-Ost-Achse.

Der vielzitierte Satz, sonst *„könnte Deutschland [...] versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europa allein und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen“*, hat nach der Publikation des Papiers für große Empörung gesorgt. Er wurde als Kriegserklärung gegen die Staaten Osteuropas verstanden. Wenn man aber weiterliest, zeigt sich, dass Schäuble genau diese Konfrontation vermeiden will – und zwar aus einer sehr aufschlussreichen Argumentation heraus: *„das aber würde seine Kräfte bei weitem überfordern und zugleich zu einer Erosion des Zusammenhalts der Europäischen Union führen, zumal die geschichtliche Erinnerung daran, dass die Ostpolitik Deutschlands in der Geschichte im wesentlichen im Zusammenwirken mit Russland auf Kosten der dazwischen liegenden Länder bestand, noch allenthalben lebendig ist.“* Das ist ein Plädoyer dafür, die BRD, deren Kräfte nicht ausreichen, nicht mehr alleine zu lassen bei ihrem *„Zusammenwirken mit Russland“*. Mit seinem Werben um Frankreich ist das Werben um Russland verbunden.

Schäuble warnt 1994 vor dem Stehenbleiben bei einer *„gehobenen Freihandelszone“*. Schröder/Fischer kämpfen von 1998-2005 für Kerneuropa und beißen gegenüber Paris auf Granit. Ihre Niederlagen spiegeln wider, dass die Mechanismen der Teilannexionen noch nicht die Zeit hatten, sich gegenseitig zu potenzieren. Aber ab 2005 kann der deutsche Imperialismus zunehmend die Zügel lockern und die politischen Initiativen zur Einigung Europas den Franzosen überlassen. Wie kommt Angela Merkel gegenüber François Hollande ins Hintertreffen, wie sehr wird sie angegriffen, sie würde den deutschen Einfluss in der EU verspielen. Und wie sehr wiederholt sich dieser Eindruck, mit gesteigerter Panik, bei Scholz und Macron. Heute kann die Berliner Diplomatie weit flexibler reagieren: Wenn der kurze Weg zum

⁷⁴ A.a.O. S. 11

⁷⁵ A.a.O. S. 14

Kerneuropa mit Paris nicht möglich ist, dann eben der lange Weg über Amsterdam (1997) Nizza (2001) Lissabon (2007). Solange das Fundament der deutschen Teilannexionen steht und die Schere zwischen den Ökonomien sich weiter auseinander bewegt, sollen sich doch die Franzosen am „föderativen Staatsaufbau“ Europas die Zähne ausbeißen.

Beim legendären EU-Gipfel-Treffen am 23./24. Juni 2022 in Brüssel, wo dem „Assoziierungs-Trio“ Ukraine, Moldau, Georgien eine „europäische Perspektive“ eröffnet wird, legt Frankreich einen völlig neuen Plan vor: *„Frankreich hat mit dem Vorschlag einer Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) ein neues Spielfeld eröffnet. Der Europäische Rat hat sich dem nicht verweigern können. [...] Die EPG soll demnach eine Plattform für politische Koordinierung unter allen Ländern des Kontinents sein, zu denen die EU enge Beziehungen unterhält. [...] Es geht um politischen Dialog und Zusammenarbeit bei den Themen Sicherheit, Stabilität und Wohlstand – in einer inklusiven »Gruppe Europa«, die sich über gemeinsame Herausforderungen und Grundlinien für ihr jeweiliges Handeln austauschen will. Der ursprüngliche Vorschlag von Präsident Macron [...] konnte so gedeutet werden, dass die EU damit ein Zwischenstadium auf dem Weg zur Mitgliedschaft schaffen will. Die 27 haben im Europäischen Rat ausführlich über eine EPG diskutiert, sich dabei aber vor allem auf deren Grenzen verständigt. Sie soll kein Ersatz für die Erweiterung der EU sein, und sie darf deren Autonomie in der Beschlussfassung in keiner Weise einschränken.“*⁷⁶ All den französischen Initiativen kann Berlin gelassen zusehen⁷⁷ und dabei die Kooperation mit Moskau vorantreiben – und zugleich aller Welt die Harmlosigkeit und den scheinbaren Einflussverlust des deutschen Imperialismus vor Augen führen. Das Täuschungsmanöver verfängt zunächst.

Die Bismarcksche Prellerei beherrscht Wolfgang Schäuble aus dem Effeff. Als Architekt der West-Ost-Strategie verkauft er dem Westen die Teilannexionen als Integration und Bändigung deutschen Hegemoniestrebens. Den Bau der Ost-Achse nach Russland überlässt er anderen (Schröder, Merkel). So kann er als treuer Transatlantiker die USA dazu bewegen, sich

⁷⁶ Stiftung Wissenschaft und Politik - Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://www.swp-berlin.org/publikation/die-naechste-eu-osterweiterung-wird-kompliziert-und-teuer>

⁷⁷ Nicht dass diese deutsche Haltung in Brüssel explizit so vertreten würde, aussagekräftig ist aber, welche Sorte Personal in den Verhandlungskommissionen agiert, ob die erste oder die dritte Wahl.

ihrer eigenen Entmachtung gegenüber neutral zu verhalten. Rückwirkend zeigt sich: Zwanzig Jahre hat er damit Erfolg. Die US-Amerikaner verfolgen die ganze Entwicklung distanziert, aber nicht feindlich, obwohl ihnen die deutsche Seite genug Gelegenheiten zum dazwischen Grätschen liefert. Die Geduld der USA gegenüber einem entstehenden „*Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa*“, wie es der Industrielle Carl Duisburg schon 1931 forderte, reicht bis 2014. Bis zu dem Punkt, an dem Washington die Krimkrise zum Anlass nimmt, der deutschen Strategie ein deutliches Stopp zu signalisieren. Bis zum Jahr 2022 läuft dies ohne direkte Konfrontation beider Imperialisten. Mit Beginn des Ukraine-Kriegs am 24. Februar 2022 stehen sich erstmals seit 1945 beide Imperialisten wieder auf zwei verschiedenen Seiten einer Kriegsfrent gegenüber.

Geschichte der Ost-Achse Berlin-Moskau

Achsenpolitik

In Zeiten des Imperialismus ist jede Kooperation immer auch Mittel zu anderen Zwecken, ob zwischen Imperialisten und abhängigen Ländern, ob zwischen Imperialisten und regionalen Mächten und natürlich ob zwischen Imperialisten selbst. Die aufgeteilte Welt zwingt alle ausnahmslos in Konkurrenz gegeneinander. Der Begriff Achsenpolitik soll deutlich machen: Die deutsch-russische Kooperation geht weit über ökonomische Zusammenarbeit hinaus, wie sie überall und ständig in der globalen Arbeitsteilung stattfindet. Sie ist angelegt als tief gehende, breit und langfristig wirtschaftliche Kooperationen, nimmt gegenseitige, existentielle Abhängigkeiten in Kauf und zielt auf politische Verständigung und Zusammenarbeit nicht nur zwischen zwei Ländern, sondern zwischen zwei Blöcken. Damit richtet sich die Kooperation gegen einen Dritten, gegen den noch stärksten Imperialisten, die USA.

Der verwickelte Knoten aus Abhängigkeit des Bankenkapitals von den Finanzplätzen New York und London und aus Abhängigkeit des produktiven Kapitals von Russlands Energielieferungen beschreibt, trotz Verflechtungen

auf Kapital- und Personalseite zum Finanzkapital, Ausgangslage und die moderne Fassung der „Mittellage“ des deutschen Imperialismus. Nur eine Achse mit zwei starken Partnern birgt heute die Chance auf Eroberung des ersten Platzes in der imperialistischen Welt. Nach der Annexion der DDR ermöglicht der ergaunerte Aufschwung der deutschen Wirtschaft durch die ökonomisch-politische Expansion in der EU die Expansion weiter nach Osten, nach Russland. Die Expansionen Deutschlands in beide Richtungen gehören zusammen: ohne EU-Vorherrschaft keine Ost-Achse, ohne stabile Ost-Achse keine sichere Beherrschung der EU.

Während Deutschland seine Machtbasis in der EU nach 1989 entscheidend erweitert und festigt, formiert sich auf der anderen Seite der Achse der eurasische Block. Zunächst laufen die Bündnisbestrebungen der BRD und die Bündnisbestrebungen Russlands parallel. Während die EU 2009 die Länder an der West- und Südflanke Russlands – Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Ukraine, Republik Moldau, Belarus – in der Östlichen Partnerschaft an sich heranzieht, tritt Russland 2004 dem Freundschafts- und Kooperationsvertrag der südostasiatischen ASEAN-Staaten bei. Eine Ostasiengemeinschaft ist in Planung, eine erste Freihandelszone mit China tritt 2010 in Kraft. Im selben Jahr gründet Russland eine Zollunion, die Russland, Belarus, Kasachstan, Ukraine umschließt, und erweitert sie später durch ein Freihandelsabkommen, das auch Armenien, Kirgisistan, Republik Moldau und Tadschikistan einbezieht. Zwei Jahre darauf, 2012, werden die Einflussgebiete abgesteckt: Auf Intervention von Russland wird einzig die Östliche Partnerschaft der EU mit Belarus nicht weiter ausgebaut. Belarus verbleibt also im russischen Einflussbereich. Anders die Ukraine: 2013 beantragt die Ukraine Beobachterstatus in der Eurasischen Wirtschaftsunion, die 2014 offiziell mit Russland, Belarus, Kasachstan, Armenien und Kirgisistan gegründet wird. Zugleich führt die Ukraine mit der EU Verhandlungen über eine Assoziierung. Die von Putin und später Merkel jahrelang unisono anvisierte Wirtschaftsgemeinschaft „von Lissabon bis Wladiwostok“ lässt den Status der Ukraine offen.

Seit Langem sprechen auch die öffentlichen Bekenntnisse der Achsenpolitiker auf beiden Seiten eine eindeutige Sprache. Putin spricht 2001 als erster russischer Staatschef vor dem deutschen Bundestag – auf Deutsch: Das Herz Russlands sei *"für eine vollwertige Zusammenarbeit und Partnerschaft*

geöffnet [...] Niemand bezweifelt den großen Wert der Beziehungen Europas zu den Vereinigten Staaten. Aber ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbständiger Mittelpunkt der Weltpolitik langfristig nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-Kultur- und Verteidigungspotentialen Russlands verbinden wird.“. Der Bundestag zollt stehend Beifall. Kriegsminister Rudolf Scharping deutsch weiter aus und wünscht eine „multipolar und kooperativ“ strukturierte „neue Weltordnung“ jenseits der einseitigen Bindung an die USA.⁷⁸ Dass die Kooperation sich gegen den amtierenden Weltherrscher USA richtet, wird in Washington nicht überhört – 14 Tage nach 9/11, das Symbol der US-Macht direkt getroffen. Die friedliche Achsenbildung des imperialistischen Gegners verstärkt die Rolle der USA als Welt-Aggressor und hält sie dort fest. Seit 2001 kommen im „Petersburger Dialog“ Russland und BRD jährlich zusammen, um in Arbeitsgruppen die Zusammenarbeit zu verschiedenen Themen zu vertiefen. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 bezeichnet Putin ohne „übermäßiges Höflichkeitsgetue“ das „monopolare Modell“ als „für die heutige Welt unannehmbar“⁷⁹. Gerhard Schröder wechselt nach 2005 vom Kanzleramt in Aufsichtsräte und betreut den deutsch-russischen Energiedeal bei Nord Stream AG und Rosneft.

Zu diesem Zeitpunkt ist die Ukraine noch kein Streitpunkt zwischen Berlin und Moskau. Russland begnügt sich damit, dass Angela Merkel 2008 die Aufnahme der Ukraine in die NATO per Veto verhindert. Putin formuliert 2010 das große Ziel: „die Gestaltung einer harmonischen Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok. In Zukunft kämen eventuell auch eine Freihandelszone, gar noch fortgeschrittenere wirtschaftliche Integrationsformen in Frage.“⁸⁰ Die deutsche Initiative einer EU-Russland-Kommission auf Außenministerebene scheitert 2010 am Widerstand der britisch besetzten Stelle für Außen- und Sicherheitspolitik in der EU. 2015 positioniert sich Merkel umso deutlicher zu den "Möglichkeiten einer Kooperation in einem gemeinsamen Handelsraum" zwischen Europäischer Union und der Eurasischen Union. Ihren Wirtschaftsminister

⁷⁸ zitiert nach Kronauer. Meinst du, S. 131

⁷⁹ zitiert nach Kronauer. Meinst du, S. 146

⁸⁰ <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/putin-plaedoyer-fuer-wirtschaftsgemeinschaft-von-lissabon-bis-wladiwostok-1.1027908-0#seite-5>

lässt sie wortgleich Putins Formel wiederholen von der „*Freihandelszone zwischen Lissabon und Wladiwostok*“. Die deutsche Presse wertet Merkels Angebot als etwas übertriebenes Signal deutscher Gesprächsbereitschaft an Putin und verkennt oder vertuscht die wirkliche Dimension: all dies auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos 2015, also unmittelbar nach Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion, in der heiklen Situation nach der Krim-Rückholung durch Russland 2014 und just in dem Moment, in dem die Verhandlungen mit den USA über das Freihandelsabkommen TTIP kippen – und im Oktober 2016 scheitern.⁸¹ Im August 2016 veröffentlicht der deutsche Think-Tank Bertelsmann-Stiftung ein „Focus-Paper“: „*Eine Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok – Ein Mittel für Frieden und Wohlstand: Die Effekte einer Freihandelszone zwischen der EU und Eurasischen Union*“.⁸²

Warenhandel

So weitreichend die Pläne, soweit zurückreichend die Vorgeschichte der ökonomischen Kooperation.⁸³ Schon Ende des 19. Jahrhunderts liefert Mannesmann Hochtechnologie zur Erdgas-Förderung und -pipelines, nahtlose Stahlrohre, ins Zarenreich. Die innovative Technik ermöglicht Bohrungen bis zu 2.000 Meter Tiefe. Mit Mannesmann entsteht 1900 mit 850 km die weltweit längste Erdöl-Pipeline von Baku nach Batumi. Den Export von langen nahtlosen Stahlrohren in die Sowjetunion unterbindet 1958 die CoCom-Embargoliste der NATO, was der NATO-Rat auf Druck der USA 1962 bekräftigt. Schon ein paar Jahre später aber gelingt der Warenhandel wieder: Import von Erdgas aus der Sowjetunion gegen Export von Erdgas-Röhren. Mannesmann und Thyssen umgehen das Verbot über Österreich und seine „Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke“ VOEST. 1970 zeichnen dann die Wirtschaftsminister der BRD und der Sowjetunion den Vertrag über das erste staatliche Erdgas-Röhren-Geschäft: Lieferung bis 1973 von 3 Mrd. m³ russisches Erdgas jährlich durch Sojuzgas an Ruhrgas gegen

⁸¹ auf dem Wirtschaftsgipfel in Davos 23. Jan. 2015. zitiert nach:

<https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-konflikt-merkel-und-gabriel-machen-putin-ein-angebot-1.2316286>

⁸² https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/NW_Focus_Paper_EU_Eurasien.pdf

⁸³ Die meisten Fakten sind den beiden Büchern von Jörg Kronauer entnommen: „Meinst du die Russen wollen Krieg?“, 2018, und „Der Aufmarsch - Vorgeschichte zum Krieg“, 2022

1,2 Mio. Tonnen Stahlrohre der Mannesmann-Röhrenwerke für den Bau einer Erdgaspipeline von Sibirien bis nach Deutschland. Der Umfang der Lieferungen weitet sich bis 1981 auf 20 Mrd. m³ aus. Dem Ausfuhrverbot der US-Regierung Reagan für Kompressoren und andere Maschinen für Rohstofflieferungen widersetzen sich Bonn, Paris und London erfolgreich, Ende 1982 muss die US-Regierung die Sanktionen einstellen. 1985 importiert die BRD 24% ihres jährlichen Gasverbrauchs aus der Sowjetunion, bei Erdöl liegt der Anteil bei 11%. Mit den jahrzehntelangen Erlösen bis zum Jahr 2000 tilgt die sowjetische Seite den Kredit bei der Deutschen Bank. Die Ruhrgas AG geht aus dem Geschäft als größtes Pipeline- und Handelsmonopol für Erdgas der BRD hervor.⁸⁴

1988 schlägt der Vorstand der Deutschen Bank, Christians, dem sowjetischen Ministerpräsidenten Ryschkow und Außenminister Schewardnadse vor, das Gebiet um Kaliningrad zu einer „Sonderwirtschaftszone“ mit freier Industrieansiedlung und Freihandelszone umzuwandeln. Russlanddeutsche sollen dort angesiedelt werden statt sie in die BRD auszusiedeln. Diese Ausweitung wirtschaftlicher Zusammenarbeit in völkisch-territoriale Ansprüche geht der Sowjetunion dann doch zu weit: Kaliningrad wird zu einer Sonderwirtschaftszone, jedoch ohne Ansiedlung der Russlanddeutschen.

Russland verfügt heute mit 13,4 Mrd. Tonnen über die siebtgrößten Erdölreserven weltweit und mit 35,5 Mrd. Tonnen über die drittgrößten Erdölressourcen. Noch attraktiver sind die weltweit größten Reserven an Erdgas mit 47,8 Bio. m³ und die weltweit größten Erdgasressourcen mit 152 Bio. m³. Reserven sind die nach gegenwärtigem Stand der Technik gewinnbringend abbaubaren, Ressourcen sind die zukünftig gewinnbringend abbaubaren Bestände. Wenn $\frac{3}{4}$ der Bestände als Ressourcen in den Böden liegen, braucht Russland die Kooperation mit Ländern, die den Ausbau der Fördertechnik und -infrastrukturen leisten können.

Bei allen Erfolgen des Exportweltmeisters Deutschland: Rohstoffmangel und eine missglückte Energiewende bedrohen schon lange vor der Ukraine-Krise mit exorbitanten Strompreisen die ökonomische Vormacht in der EU und gefährden den nächsten Anlauf auf die Vorherrschaft in der Welt. Um diese

⁸⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/E.ON_Ruhrgas#Bis_2002

Schwäche in Stärke gegen den Hauptgegner USA zu verwandeln, braucht die BRD die Ost-Achse. Die produktive Industrie der BRD hat ein vitales Interesse an russischer Energie. Das sind die materiellen Grundlagen der Achse Berlin-Moskau, deren Bildung und Festigung in den Jahren 1991 bis 2022 erfolgt und die erst jetzt, da der US-Imperialismus sie angreift, in ihrem ganzen Ausmaß und in ihrer ganzen Bedeutung ans Licht tritt. 2012 liegt Russland mit 38 Mrd. Euro auf Platz 11 der deutschen Exportrangliste, der Export nach Russland hat sich seit 2000 fast vervierfacht. Das ist zwar wenig für die deutsche Seite, umso wichtiger aber für Russland. Die EU ist 2013 Russlands wichtigster Handelspartner. 88% der Erdöl- und 79% der Erdgasexporte gehen in die EU.

Kapitalverflechtungen – Energiedeal

2013 lassen in Russland 6000 deutsche Unternehmen produzieren im Wert von 22 Mrd. Euro. 1995 sind es noch 0,3 Mrd. Euro. Tiefe und Ausmaß der wirtschaftlichen Verflechtungen und Abhängigkeiten zeigt erst der Kapitalexport im Energiesektor. Nach der Annexion der DDR und dem Zusammenbruch der Sowjetunion knüpft die BRD die Fäden der wirtschaftlichen Verflechtungen fester denn je. Fädenzieher sind auf deutscher Seite der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft, der damalige Ministerpräsident von Niedersachsen, Gerhard Schröder, und auf russischer Seite der damalige Stadtreferent von Petersburg, Vladimir Putin. Ausgehend von einer Partnerschaft Niedersachsens mit der Oblast Tjumen in Sibirien, „Russlands Saudi-Arabien“, gründen sich Joint Ventures zwischen deutschen und russischen Konzernen. Führend hierin sind BASF/Wintershall, zeitweise auch die Ruhrgas AG, auf deutscher Seite und Lukoil und Gazprom auf der russischen Seite. 2003 gelingt BASF/Wintershall, die eine 100%ige Tochter von BASF ist, mit Gazprom der Durchbruch. Zur Gasförderung in Sibirien, in Urengoi in der Oblast Tjumen, gründen sie mit jeweils 50%igem Anteil das Joint Venture Achimgaz. Neue Schichten in 4000m Tiefe werden erschlossen. Zur Förderung des Gasfeldes Juschno-Russkoje, ebenfalls in der Oblast Tjumen, wird das Joint Venture SevernefteGazprom gegründet, 35% in Besitz von Wintershall, 40% Gazprom, 25% Uniper, der damals noch deutschen Tochter von E.ON. Teile der EU werden in Folge in den Energiedeal eingebunden: Die österreichische OMV kauft 2017 den 25%igen Anteil am

Joint Venture von Uniper. Mehrheitseigner von Uniper wird die finnische Fortum Oyj.

Die Verträge zwischen Gazprom und BASF/Wintershall müssen zwar Anfang 2014, nach der russischen Krimrückholung kurzzeitig auf Eis gelegt werden, bis sich die Wogen wieder geglättet haben. Umso entschiedener erfolgt ab 2015 die Umsetzung des Gasdeals. Während die amerikanische ExxonMobil gerade von Sanktionen einen Schaden von 1 Mrd. Dollar plus dem Verlust eines gesamten Erdöl-Förderprojekts mit Rosneft in der russischen Arktis erleidet, vereinbaren Gazprom und BASF/Wintershall einen Asset-Tausch von wertgleichen Vermögensgegenständen in Höhe von geschätzten 4,19 Mrd. Euro⁸⁵ – rückwirkend zum 1. April 2013, als habe es keine Sanktionen gegeben! 50% der russischen Gaslieferungen an die BRD besitzt nun BASF/Wintershall. „*BASF [wird] ihre Öl- und Gasförderung weiter ausbauen und sich vom Gashandels- und Speichergeschäft trennen.*“⁸⁶ Gazprom erhält im Gegenzug den Wintershall-Anteil an der Infrastruktur des deutschen Gashandels, inklusive Gasspeicher und Leitungen. Mit 27% ist der russische Ölmagnat⁸⁷ Michail Fridman wiederum an Wintershall beteiligt. Noch wichtiger als die Größenordnung ist aber die Qualität der Verflechtung in Bezug auf die deutsche Energieversorgung mit Gas. Ein deutscher Konzern besitzt also nicht mehr große Anteile an den Pipelines, sondern an den Gasfeldern selbst, im Tausch gegen wesentliche Teile der Infrastruktur zur nationalen Versorgung!

⁸⁵ Die Höhe des Asset-Tauschs, die im Vertragstext nicht benannt ist, kann aus dem angegebenen EBIT-Ergebnis von Wintershall errechnet werden. Als Referenzwert dient der Verkauf von Monsanto an Bayer. Bei diesem lag ein Verhältnis, Verkaufspreis zu EBIT, von 28,7 vor. Bei einem Asset-Tausch ist der Zuschlag abzuziehen, den ein Käufer auf den Börsenwert des Kaufobjekts normalerweise bezahlt: bei Monsanto 44%. So kommt man für einen Asset-Tausch auf den Faktor: 44% von 28,7 = 16,1. Der Faktor 16,1 entspricht tatsächlich der in der Chemie-Branche damals üblichen Gewinnkapitalisierung von ca. 6%. Das Wintershall-Ergebnis von 2014, das näher am Vertragsabschluss Dezember 2013 liegt, ergibt: 260 Mio. € x 16,1 = 4,19 Mrd. €. Da die Preissummen der Konzernanteile auf beiden Seiten als gleich hoch angegeben werden, kann dieser Betrag als Höhe des Asset-Tauschs angenommen werden. Zusätzliche Informationen zur Wertermittlung aus dem EBIT nach Wirtschaftssektoren: <https://www.deutsche-mittelstandsberatung.de/leistungen/unternehmenskauf-unternehmensverkauf>.

⁸⁶ <https://www.basf.com/global/de/media/news-releases/2015/09/p-15-330.html>

⁸⁷ Bezüglich des Begriffs Oligarchen sollten wir es mit der Definition in Liebknechts Volksfremdwörterbuch von 1953 halten: „*Oligarchie, Herrschaft einiger weniger (früher der Aristokraten, heute, in den imperialistischen Ländern, der Finanzkapitalisten = Finanzoligarchie, auch Monopololigarchie usw.)*“ In diesem Sinne verwendet auch Lenin den Begriff. Dass ihn das Bürgertum heute anders verwendet, hat also seinen guten Grund, dem wir nicht folgen sollten.

Damit das Gas auch ungestört von materieller und politischer Einflussnahme von Polen, Belarus und der Ukraine direkt in Deutschland ankommt, verläuft die Pipeline Nord Stream 1 am Meeresboden der Ostsee, wo nicht unmittelbar Hoheitsgebiete anderer Länder berührt werden. Nord Stream 1 wird 2004 von Wintershall und Gazprom beschlossen, 2005 auf höchster Regierungsebene bestätigt und 2011 in Betrieb genommen. Nord Stream 1 ist in Besitz von Gazprom, Wintershall, E.ON, Gasunie aus den Niederlanden und Engie aus Frankreich. Mit 59,2 Mrd. m³ garantiert sie über die Hälfte des BRD-Verbrauchs von 95 Mrd. m³. Mit dem zweiten Strang durch die Ostsee, Nord Stream 2, sollte sich die Menge des nach Deutschland transportierten Gases verdoppeln, die Hälfte der Liefermenge von Nord Stream 2 ist für den Verkauf an andere EU-Staaten gedacht. Nord Stream 2 wird 2005 beschlossen, ab 2013 konkret geplant, Baubeginn 2018 und trotz aller Widerstände im In- und Ausland im September 2021 fertiggestellt und im Dezember befüllt.

Auch die Stromversorgung Russlands ist Gegenstand des deutsch-russischen Energiedeals. Der von E.ON abgespaltene Düsseldorfer Konzern Uniper unterhält in den Industrieregionen Zentralrussland, Ural und Westsibirien fünf Kraftwerke, die 5% des landesweiten Strombedarfs erzeugen. Zwischen 2018 und 2020 übernimmt der finnische Energiekonzern Fortum die Aktienmehrheit an Uniper. Wie zuvor Österreich, Niederlande und Frankreich, wird nun Finnland in die Achsenpolitik einbezogen. Das verläuft aber nicht wie geplant. Ab Juli 2022 kommt der Konzern wegen hoher Gaspreise in Bedrängnis. Die BRD kauft 30% Uniper-Anteile und gewährt als Miteigentümerin zusammen mit der KfW Kredite im Wert von 20,7 Mrd. Euro, obwohl Fortum weiter die Aktienmehrheit mit 56% hält.⁸⁸

Lange reden die Medien die deutsch-russische Energiekooperation klein, geht sie doch viel tiefer und ist sie doch viel existentieller als schlichter Warenhandel: eine gegenseitige Verflechtung von produktivem Kapital, wohlgemerkt von produktivem, nicht fiktivem Kapital! Noch tiefer und existentieller wirkt die Verflechtung von Kapital in Infrastruktur gegenüber der von Kapital in Konsumgüterproduktion wie bei Autowerken in den USA. Der deutsch-russische Energiedeal von 2013, der den bisherigen Gasimport

⁸⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Uniper#Geschäftskrise_2022

umschlagen lässt in Besitzrechte an russischen Produktionsanlagen, trifft auf einen Zeitpunkt, an dem sich die USA mit Fracking-Technik an die Spitze der Öl- und Gasförderer setzen. Das Gas aus Russland garantiert die Unabhängigkeit vom imperialistischen Hauptgegner auf dem Energiesektor. Es garantiert auch die Loslösung aus der Abhängigkeit vom Erdöl der OPEC-Staaten, die mit Saudi-Arabien von einem Staat aus dem Hegemoniebereich der USA dominiert werden. Die geostrategische Orientierung der BRD spiegelt sich darin in einer Deutlichkeit, die aus den bloßen Zahlen des Kapitalexports nicht ersichtlich ist.

Militär

Auch auf militärischer Ebene werden erste Schritte zur Kooperation beobachtet: Schon 2005 empören sich polnische Militärs über Deutschland, „das einzige westliche Land [...], das mit Russland bilaterale Militärmanöver durchführt“.⁸⁹ 2011 erhält Rheinmetall den Auftrag, ein Hightech-Gefechtsübungszentrum in Mulino, westlich von Nischni Nowgorod, zu errichten. Es entsteht „die weltweit modernste Trainingsbasis mit simulationsgestützter Ausbildung, in der pro Jahr 30.000 Soldaten ausgebildet werden können.“⁹⁰

Die Ukraine – Schwachstelle der Achse

Die Ukraine ist – nach Russland – der größte Staat in Europa mit über 40 Millionen Einwohnern und der 1,7fachen Fläche Deutschlands. Trotz bedeutender Agrarexporte und wichtiger Bodenschätze ist die Ukraine mit einem monatlichen Pro-Kopf-Einkommen von 370 US-Dollar ein armes Land. Seine Lage in Osteuropa, am Schwarzen Meer mit einer Grenze von 2.300 km zu Russland, langen Grenzen zu Belarus, Polen und kürzeren Grenzen zur Slowakei, zu Ungarn und Moldau macht es zur Schnittstelle zwischen Europa und Asien. Dem amerikanischen Großmachtstrategen Zbigniew Brzezinski galt sie als geopolitischer „Dreh- und Angelpunkt“: „Wenn Moskau allerdings die Herrschaft über die Ukraine [...] wiedergewinnen sollte, erlangte Russland automatisch die Mittel, ein

⁸⁹ Zentrum für Oststudien, zitiert nach Kronauer. Meinst du, S. 77

⁹⁰ Das Profil. Zeitung des Rheinmetall-Konzernes. 3/22, S. 1

*mächtiges Europa und Asien umspannendes Reich zu werden“.*⁹¹ In der Geschichte der Kooperation zwischen der Deutsch-EU und Russland stellte sich die Ukraine denn auch als Schwachstelle der Achse heraus. Dabei geht es für Russland um die militär-strategische Bedeutung der Ukraine als Sicherheitskordon, dessen existentielle Bedeutung sich schon in den Kriegen von Napoleon bis zum Zweiten Weltkrieg erwiesen hat. Russland favorisiert außerdem eine Doppelmitgliedschaft der Ukraine in der EU und der Eurasischen Union als festes Bindeglied. Es geht nicht – jedenfalls nicht wesentlich – um bloß ökonomische Vorteile, etwa um die agrarischen und Bodenschätze der Ukraine.

Die deutsch geführte EU meldet seit März 2007 ihren Anspruch auf die Ukraine an. Zu diesem Zeitpunkt spielt Moskau noch selbst mit dem Gedanken, der „Östlichen Partnerschaft“ beizutreten. Es protestiert 2008 lediglich gegen die Aufnahme von Belarus in den Assoziierungsplan, nicht aber gegen die Aufnahme der Ukraine. Erst nach vier Jahren, als Putin 2011 den Plan einer Eurasischen Wirtschaftsunion ernsthafter verfolgt als zuvor, beginnen die Differenzen. Da sind die EU-Verhandlungen mit Kiew schon in vollem Gang. Kiew startet 2013 den Versuch, sich beiden Seiten zu assoziieren: im August als Beobachter bei der Eurasischen Union und im November die Assoziierung an die EU. Nach beiden Seiten steht noch kein fertiger Mitglieder-Status, aber auch keine Absage – so der Plan, der unter Janukowytsch sicher nicht ohne Absprache mit Moskau entwickelt wird. Direkten Verhandlungen mit den Deutschen steht entgegen: Die Transatlantiker, die „Falken“ im NATO-Apparat, hinter denen die vom Finanzplatz New York abhängigen Bankmonopole stehen, pochen genau jetzt darauf, dass Russland keinerlei Anrecht auf die Ukraine habe, erst einmal grundsätzlich nicht, und schon gar nicht, nachdem es viereinhalb Jahre lang, von März 2007 bis Oktober 2011, zu den deutschen Ukraine-Plänen geschwiegen hat. Und auch die Ost-Achsenpolitiker können nicht akzeptieren, dass Russland die Ukraine plötzlich als rote Linie gegenüber der EU behandelt, nachdem Merkel es war, die 2008 die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine verhinderte.

⁹¹ Brzezinski. Weltmacht, S. 58, S. 65

Zwischen Merkel und Putin bleibt die strategische Ausrichtung der Ukraine lange ungeklärt. Während die EU die Assoziierung forciert, formuliert Putin 2011 seinen Plan einer „Eurasischen Wirtschaftsunion“ (EAWU) nach europäischem Vorbild, die von Russland, Belarus, Ukraine und Kasachstan gebildet und später erweitert werden soll. Eine der EU ebenbürtige Eurasische Union (EaU) soll entstehen, ist aber ohne die Ukraine nicht denkbar. Mit der Ukraine hätte die EaU 227 Mio. Einwohner; die EU hat zu der Zeit 515 Mio. Einwohner. Zum Vergleich: Die USA haben damals 312 Mio. Einwohner. Der ukrainische Präsident Janukowytsch strebt eine Doppelmitgliedschaft an und verlangt von Berlin Verhandlungen darüber. Das findet kein Gehör in einem Deutschland, das es sich nicht mit den USA verderben kann. Um das doppelte Spiel Deutschlands nicht zu gefährden, verweigert Merkel Verhandlungen und versucht, stattdessen die eigene Machtbasis in der „Euro-Maidan“-Bewegung gegen Janukowytsch zu stärken. Die pro EU-Bürgerbewegung erscheint zunächst als durchaus nützliches und begrenztes Druckmittel gegen Moskau. Mit der Konrad-Adenauer-Stiftung ist ein Instrument der Falken in Kiew fest verankert, und der Boxer Vitali Klitschko entsprechend instruiert. Schließlich bereiten schon seit der Gründung des Deutschen Reiches völkische Netzwerke die deutsche Ostexpansion vor. Also befeuert Berlin die Opposition in der Ukraine – gemeinsam mit den USA, also im Bündnis mit dem Hauptgegner – und pokert bis zuletzt, bis zum 28. November 2013, und damit zu lange.

Wendepunkt „Euro-Maidan“

Am 21. November 2013 verweigert die Regierung Janukowytsch die Unterzeichnung des von Berlin initiierten EU-Assoziierungsabkommens mit der Ukraine, das zuvor lange mit der EU ausgehandelt worden war. Bis zu diesem Zeitpunkt ringt Berlin mit dem Achsenpartner Russland um die Ukraine. Erst am 28. November lenkt Merkel ein: *„Der Präsident (Janukowytsch, d.V.) hat mir noch einmal gesagt, 50% der Exporte gehen nach Russland oder in die Republiken der Zollunion, 45% in die Europäische Union, also Bindung nach beiden Seiten. Und die Aufgabe für uns, die EU, wird sein, noch stärker mit Russland zu reden, wie wir aus dem Entweder-Oder, entweder Bindung an Russland oder Bindung an Europa – herauskommen und ich glaube, da liegt auch eine Aufgabe für*

*Deutschland.*⁹² Völlig unerwartet akzeptiert die Berliner Regierung Janukowytschs EU-Verweigerung, zu massiv sind die Widerstände Moskaus und zu gefährdet ist die deutsch-russische Energie-Kooperation. Das deutsche Einlenken kommt verschämt und verbrämt, die Ukraine sei noch nicht reif für Europa, aber vor allem zu spät und kostet die deutschen Imperialisten vieles von den 30jährigen Expansionen. Der damalige EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen formuliert es so: Brüssel hat sich „fürchterlich verkalkuliert“.

Denn jetzt greifen die USA massiv ein, um den deutschen Einfluss zurückzudrängen. Legendär das „*Fuck the EU*“ Victoria Nulands. Die Aufzeichnung des abgehörten Telefonats der Abteilungsleiterin im US-Außenministerium mit dem US-Botschafter in Kiew wird anonym veröffentlicht und sorgt für ersthafte Verstimmung zwischen den „engsten Partnern“ USA und EU.⁹³ Wie perfekt es dem US-Imperialismus gelingen wird, eine pro-EU-Bürgerbewegung für seine anti-EU-Ziele umzupolen, ist Ende 2013 noch nicht absehbar. Die von Berlin wie von Washington quasi im Wettlauf gegeneinander organisierte Maidan-Bewegung führt nicht nur zum Sturz Janukowytschs. Sie gerät völlig unter den Einfluss Washingtons und wird geschickt gegen den Organisator der EU-Osterweiterung gewendet. Sofort im Januar 2014 trifft sich der US-Botschafter mit Swoboda-Faschisten, der deutsche Botschafter zieht im April 2014 nach. Für uns ist unerheblich, wer mehr auf die Organisation ukrainischer Faschisten und deren Beförderung in Regierungsämter setzt, beide Imperialisten nehmen sich nichts darin. Den Deutschen gelingt die Installierung der eigenen Figur, Vitali Klitschko, die nach ihrem Wahlsieg möglichst gemäßigt gegenüber Russland auftreten soll, nicht. Klitschko zieht zurück und wird mit dem Kiewer Bürgermeisteramt abgespeist. In bewährter Manier des Regime Change übernehmen die USA das Ruder in den Unruhen 2013/2014 und lassen sich den Putsch gegen den ausgleichenden Janukowytsch zu Gunsten ihrer Marionetten 5 Mrd. Dollar kosten. Die Ukraine soll wie vormals Afghanistan zur Falle werden, zum Kriegsprovokateur und Frontstaat gegen Russland.

⁹² https://de.wikipedia.org/wiki/Assoziierungsabkommen_zwischen_der_Europäischen_Union_und_der_Ukraine#Aussetzung_des_Abkommens

⁹³ siehe den Abdruck des Wortlautes im Anhang. Chronologie, S. 109 ff.

Die Antworten des Hauptgegners USA

Ein Deutschland, das schon zweimal Anlauf genommen hat, die Weltherrschaft an sich zu reißen, das einige Jahrzehnte nach der katastrophalen Niederlage Europa wieder im Würgegriff hat, das sich darin mit seinem ehemaligen Erzfeind Frankreich arrangiert, das sich aus den ökonomischen und politischen Abhängigkeiten vom ehemaligen Befreier und Gönner USA emanzipiert, das sich strategisch nach Osten orientiert und mit Russland verbündet und mit der aufstrebenden Weltmacht China langfristig kooperiert und mit öffentlichem Abrücken von der transatlantischen Achse in empfindlichsten Momenten provoziert, muss entsprechende Antworten hervorrufen. *„Die Urangst der USA ist, dass deutsches Kapital und deutsche Technologien sich mit russischen Rohstoffen und russischer Arbeitskraft verbinden – eine einzigartige Kombination, vor der die USA seit Jahrhunderten eine Höllenangst haben.“*⁹⁴

Finanzwirtschaft

Seit den 90er Jahren expandiert die Deutschen Bank in den US-Investmentsektor und in den US-Finanzmarkt, um an der Spitze der Finanzwelt mitzuspielen. In der Krise 2008/09 fliegen die kriminellen Geschäftspraktiken der Deutschen Bank auf. Es setzt Strafzahlungen in Höhe von 1,4 Mrd. Dollar. 2015 kommt der russische Geldwäsche-Skandal hinzu: Die Bank hatte seit 2011 russisches Schwarzgeld in Höhe von 10 Mrd. Rubel gewaschen. Herbst 2016 wird der Ruf und beinahe der Bestand der Bank schlagartig zerstört, als kolportiert wird, dass die Bank in den USA horrende Strafen, die Rede ist von 14 Mrd. Dollar, würde zahlen müssen. Die von der New Yorker und Londoner Finanzaufsicht 2020 verhängten Strafzahlungen sind letztlich mäßig, dreistellige Millionen-Beträge, aber ein deutlicher Warnschuss an den deutschen Imperialismus, wenn schon nicht seine Energie-Monopole, so doch wenigstens seine Banken an die Kandare zu nehmen.⁹⁵ Das Haupttransaktionsfeld des fiktiven Kapitals liegt schließlich in New York und London. Dauerhafte Sanktionen oder ein Ausschluss vom US-

⁹⁴ Rede von STRATFOR Chef George Friedman am 4. Februar 2015 – ein Jahr nach dem Maidan-Putsch in Kiew, zitiert nach Freidenker Nr. 1-22, April 2022, S. 36f

⁹⁵ Empfehlenswert: Laabs, Dirk (2018), Bad Bank. Aufstieg und Fall der Deutschen Bank, München: DVA

amerikanischen Bankenmarkt wären das Ende des Finanzsektors des deutschen Imperialismus, der jährlich ca. 7 Bio. Euro zur unproduktiven Vermehrung anlegen muss. Nachdem dieser Teil des Monopolkapitals kläglich mit seinen Expansionsbestrebungen in den USA gescheitert und blamiert ist, bleibt er weiter an die transatlantische Orientierung gebunden. *"Die deutschen Banken haben seit 2014 ihr Engagement in Russland stark reduziert"*, beiläufig Christian Sewing, Chef der Deutschen Bank und Vorsitzender des Deutschen Bankenverbands am 1. März 2022 im Bankenbrief zu versichern.

Digitalsektor

2019 startet auf deutsch-französische Initiative Gaia-X, der Versuch eine von den USA und – nach offizieller Erklärung – von China unabhängige Datenstruktur für die EU zu schaffen. Große deutsche und französische Unternehmen sollen die technologischen Voraussetzungen schaffen. Aber die Big Five aus den USA, Microsoft, Apple, Amazon, facebook (= Meta Platforms), Google (=Alphabet), beherrschen den seit mehr als einem Jahrzehnt entstehenden riesigen Datenmarkt zusammen mit Alibaba und Huawei aus China. Um die riesigen Datenmengen zu sammeln, zu analysieren und profitbringend zu nutzen, ist Marktbeherrschung bei digitalem Know-how, Servern, Leitungskapazitäten und Endprodukten nötig. Das erfordert Kapitalmengen, die nur in globalen digitalen Monopolen vorhanden sind. Die europäischen Konzerne sind jedoch mit Technik und Kapitalmengen derart im Rückstand, dass schon im März 2021 alle genannten Datengiganten als Mitglieder und „Sponsoren“ bei Gaia-X zugelassen werden, sogar das CIA-Unternehmen Palantir. Unabhängigkeit, Transparenz und Datensicherheit lösen sich noch vor der Cloud auf.

2019 verhindern amerikanische Interventionen die Beteiligung von Huawei am Aufbau des deutschen G5-Handynetzes. Telekom Deutschland, die mit Übernahme des US-Telekommunikationskonzerns AT&T in die USA expandiert, nimmt Huawei aus der Kooperation.

Energiesektor

Der US-amerikanische Konzern Chevron schließt 1992 einen Vertrag mit Kasachstan über ein Joint Venture zur Ausbeutung der Ölfelder in Tengiz. Aber Chevron hat keinen Erfolg: Die Schätzungen der Ölressourcen müssen in Folge weit nach unten korrigiert werden. Um Russlands Monopol beim Erdgastransit zu brechen, vereinbaren die Türkei, Georgien, Aserbaidshan, Kasachstan und Usbekistan den Bau der Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline, die 2005 eingeweiht und 2009 erweitert und maßgeblich von der britischen BP betrieben wird.

Die Nabucco-Pipeline – benannt nach der Oper, in der die Befreiung aus der Gefangenschaft besungen wird – soll das zentralasiatische Erdgas über die Türkei weiter bis Österreich führen, um als transatlantische Alternative und Konkurrenz zum russischen South-Stream-Projekt (von Gazprom und Wintershall). Wieder unter britischer Federführung sind außerdem der norwegische Statoil Konzern, die österreichische OMV und – aus eher undurchsichtigen Gründen – die deutsche RWE beteiligt. Noch bevor im Dezember 2014 South Stream durch eine EU-Intrige zu Fall gebracht wird, kommt es im Juni 2013 zum plötzlichen Aus für Nabucco. Der EU-Krimi, wer hier an welchen Fäden zieht, ist hier nicht darstellbar. Am Stopp beider Projekte ist jedenfalls der EU-Energie-Kommissar Günther Oettinger beteiligt. Im gleichen Jahr 2013 beginnen die Planungen zur zweiten Ostesse-Pipeline Nord Stream 2. Aus dem Machtkampf innerhalb der EU zwischen Berlin und London (Catherine Ashton) geht die BRD siegreich hervor – vorläufig.

Während seit April 2013 BASF/Wintershall mit Gazprom ihre deutsch-russische Energieinfrastruktur verflechten, setzen die USA nun massiv auf teures und als umweltschädlich stark kritisiertes Öl- und Gas-Fracking. 2011 überholen sie Russland als größten Gasproduzenten, 2018 Saudi-Arabien als Ölproduzenten. Nach Krim-Krise 2014 und mitten im Fracking-Boom um 2015 leistet es sich Deutschland, keinen einzigen LNG-Speicher zu bauen, als einziges Land mit Meereshafen in Europa. Ein unmissverständliches Signal über den Atlantik.

Sanktionen

2016 platzt TTIP, das lange verhandelte Transatlantische Freihandelsbündnis der USA mit der EU, und setzt damit das i-Tüpfelchen auf die Geschichte. Im gleichen Jahr beendet ein neues US-Gesetz, CAATSA, die Absprachen von Sanktionen mit der EU und weitet die Wirkung der Sanktionen, die vormals nur gegen den Iran, Russland und Nord-Korea gerichtet waren, auf europäische Staaten aus. So wird der Bau von Nord Stream 2 verzögert. Bei Baubeginn Mai 2018 bedrohen US-Senatoren die Schweizer Rohrverlegefirma Allseas mit dem Untergang ihres Unternehmens, diese legt daraufhin die Arbeiten nieder. Es fehlen noch 150 km. Noch im Dezember übernimmt die russische Firma Akademik Cherskiy die weitere Verlegung. Um Nord Stream 2 doch noch zu verhindern, bedrohen zwei folgende US-Gesetze, PEESA und PEESCA, neben Personen und Unternehmen auch Versicherungen, Kommunen bis hin zu Cateringfirmen, die das Verlegeschiff versorgen, sowie den Bürgermeister auf Sassnitz, verantwortlich für den Fährhafen Mukran auf Rügen. Außenminister Heiko Maas erklärt noch 2020 seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow: „*Kein Staat hat das Recht, Europas Energiepolitik mit Drohungen zu diktieren, und das wird auch nicht gelingen.*“⁹⁶ Die Mehrheit der EU-Staaten legen förmlichen Protest ein. Kurz vor Fertigstellung beklagt die russische Bauleitung von Nord Stream 2 riskante Manöver der polnischen Marine in der Nähe der Arbeiten. Ende des Jahres 2021 befürworten Kanzler Scholz und der bayerische Ministerpräsident Söder die Inbetriebnahme, die erst am 22. Februar 2022 vorläufig gestoppt wird.

NATO- und EU-Osterweiterung

Die Osterweiterung der NATO, in der die USA den Ton angibt, widerspricht zwar allen Zusagen an Gorbatschow und Jelzin, aber darum schert sich niemand mehr im Westen: Polen, Tschechien, Ungarn 1999, Estland, Lettland, Litauen, Slowakei, Slowenien, Rumänien und Bulgarien 2004, bis 2020 Albanien, Kroatien, Nordmazedonien und Montenegro. Plötzlich und unerwartet für Washington legt Berlin 2008 beim NATO-Gipfeltreffen Veto

⁹⁶ Handelsblatt <https://www.handelsblatt.com/politik/international/streit-um-ostsee-pipeline-eu-kommission-us-sanktionen-gegen-nord-stream-2-verstossen-gegen-voelkerrecht/26084214.html>

gegen die Aufnahme von Georgien und der Ukraine in die NATO ein. Dieser offene Affront gegen die USA ist für die Achse notwendig. Denn Georgien und die Ukraine markieren rote Linien für Russland, was der militärische Eingriff Russlands im Georgienkrieg 2008 unmissverständlich deutlich macht.

Berlin befördert zeitgleich weiter die EU-Erweiterung über Assoziierungs-, Partnerschafts- und Kooperationsabkommen: Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Tunesien, Israel, Marokko, Jordanien, Ägypten, Algerien, Russland, die Ukraine, Belarus, Moldau, Kasachstan, Kirgisistan, Georgien, Armenien und Aserbaidschan. All dies noch mit Zustimmung und Rückendeckung der USA. Aber schon Mitte der 90er Jahre ertönt eine warnende Stimme in den USA: *„Die beherrschende Stellung Deutschlands lässt sich nicht bestreiten, gleichwohl muss jede öffentliche Billigung der deutschen Führungsrolle in Europa wohlwogen sein. Diese Führung mag für einige mitteleuropäische Staaten [...] nützlich und für die Westeuropäer tolerierbar sein, solange sie der Vormachtstellung der USA untergeordnet ist, aber auf lange Sicht kann das europäische Haus nicht darauf errichtet werden. [...] Es ist denkbar, dass eine geeinte und mächtige Europäische Union irgendwann einmal der politische Nebenbuhler der Vereinigten Staaten werden könnte.“*⁹⁷

Mit der sich verfestigenden Achse zwischen Berlin und Moskau tritt die Konkurrenz offen auf. Von 2009 bis 2014 sitzt ein entschiedener Gegner der deutschen Achsenpolitik an einer EU-Schaltstelle, die profilierte britische Transatlantikerin, Catherine Ashton, als Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik – ein gefährlicher Keil zwischen Berlin und Moskau. Der BND lässt sie und den amerikanischen Außenminister John Kerry abhören. Der Kampf um die Vormachtstellung zwischen Berlin und Washington entzündet sich schließlich wie in einem Brennglas in der Ukraine. Die USA brauchen die Ukraine als Kriegsprovokateur gegen Russland, um so die deutsch-russische Achse anzugreifen. Die BRD braucht die Ukraine als Bindeglied zwischen Europa und Eurasien.

⁹⁷ Brzezinski. Weltmacht, S. 103, 98, 5

Militär

Schon im ersten Krieg in Europa nach 1945 weisen die USA den deutschen Imperialismus mit der Bombardierung Serbiens 1999 in seine militärischen Schranken. Mit dem „War against Terror“ ruft die NATO 2001 erstmals den Bündnisfall aus, auch Russland gewährt zeitweise Unterstützung. Die amerikanischen Klagen über das zu geringe militärische Engagement Deutschlands in Afghanistan reißen nicht ab. 2003 führt die Weigerung des Kanzlerkandidaten Schröder, am US-geführten Irak-Krieg teilzunehmen, zur Eiszeit zwischen den USA und Deutschland. Während Frankreich sich Deutschland anschließt, zimmert Großbritannien unter Premierminister Tony Blair eine „Koalition der Willigen“. Die BRD agiert nur im Hintergrund. Die deutsche US-Basis Ramstein dient als logistisches Zentrum im Irak-Krieg, der BND sorgt im Hintergrund für die Ausspähung von Zielen.

Russland wird mit NATO-Vasallen umgeben, von Finnland und den baltischen Staaten im Norden, Polen, Ukraine, Georgien im Westen, Mongolei u. a. im Süden, auf deren Territorien Waffensysteme installiert werden, die die Erst- und Zweitschlagskraft Russlands mit konventionellen Waffen wirksam zerstören können. Die militärische US-Taktik nimmt zwar eine Ausweitung des Kriegs in Kauf, das Ziel aber ist ein anderes: Die Kombination aus russischer Verteidigungsunfähigkeit und pro-westlichen „Bürgerbewegungen“ soll einen Regierungswechsel in Moskau herbeiführen mit einer neuen, gegenüber Washington gefügigeren Regierung.

Der Wechsel in der US-Taktik gegenüber der zuvor verfolgten schrittweisen Annäherung an Russland über den NATO-Russland-Rat wird vollendet: Neben der militärischen Einkreisung Russlands mit modernsten Waffensystemen bereitet der US-Imperialismus seit 2014 den Angriff auf die Achse Berlin-Moskau vor.⁹⁸ Bis dahin funktioniert das doppelte Spiel des deutschen Imperialismus, noch legen sich die Achsenpolitiker nicht offen mit den USA an, verderben es sich nicht mit Russland und machen sich in den

⁹⁸ dazu Kronauer. Aufmarsch. S. 53: „2014 gingen auch die westlichen Mächte daran, ihre militärischen Positionen im Nordosten des Bündnisgebietes auszubauen. Die ersten, die an der NATO-Nordostflanke umgehend nicht nur etwaige Verteidigungsmaßnahmen vorzubereiten, sondern zugleich auch Russland unter Druck zu setzen begannen, waren kurz nach der Aufnahme der Krim in die Russische Föderation die Vereinigten Staaten. Am 3. Juni 2014 gab das Weiße Haus den Start der European Reassurance Initiative (Europäische Rückversicherungsinitiative, ERI) bekannt.“

Kriegen nur ein bisschen die Hände schmutzig. Der deutschen Regierung gelingt es, ohne US-Beteiligung Verhandlungen im „Normandie-Format“ – nach dem Ort der Zusammenkunft – zu einem „Friedensprozess“ im Südosten der Ukraine mit den Regierungen Frankreichs, Russlands und der Ukraine einzurichten. Ein erster Waffenstillstand, Minsk I genannt, wird am 15. September unterzeichnet und endet 13 Tage später im Kampf um den Flughafen von Donezk in einem Desaster. Die ukrainische Seite ist der Meinung, dass der Flughafen der von den Separatisten gehaltenen Stadt Donezk nicht durch das Abkommen geschützt sei und greifen dort an.⁹⁹ Es gelingt Berlin nicht, an den Verhandlungstischen in der Normandie die Führung im ukrainischen Bürgerkrieg zu übernehmen: *„Washington wiederum sichert sich seinen Einfluss indirekt: Mit seiner Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte kann es jederzeit die aggressivsten Kräfte im Land befeuern und etwaige Kompromisse torpedieren.“*¹⁰⁰

Während die Weltöffentlichkeit die militärisch-aggressive Strategie des US-Imperialismus empört zur Kenntnis nimmt, gebärden sich die Deutschen als Vermittler mit Minsk II und Normandie-Format als Verständiger mit den großen östlichen Nachbarn und zudem noch als Klimaschützer Nummer 1, die auf das dreckige Fracking-Gas verzichten. Das Täuschungsmanöver verfängt nicht mehr. Erst die friedliche, erfolgreiche wie folgenreiche deutsche Kooperations- und Verständigungspolitik mit Russland und China lässt den Konflikt der Imperialisten gegeneinander an der Ukraine-Frage aufbrechen. Die friedliche Taktik des einen Imperialisten befördert die nicht friedliche Taktik des imperialistischen Hauptgegners. Die Konfrontation hinter der Kooperation zwischen der deutsch-EU und den USA wird offenbar – für die, die sehen wollen.

Die Ukraine – Kriegsprovokateur der USA gegen Russland

Nach 2014 nimmt die Militarisierung der ukrainischen Gesellschaft rasant Fahrt auf. Bis 1996 werden zwar alle Nuklearwaffen an Russland zurückgegeben, es bleiben Abschussrampen, Raketen, Panzer und anderes

⁹⁹ https://de.wikipedia.org/wiki/Zweite_Schlacht_um_den_Flughafen_Donezk

¹⁰⁰ Kronauer. Meinst du, S. 160

schweres Gerät aus Sowjetzeiten. Die Ukraine gehört schon vor dem Krieg zu den zehn größten Rüstungsexporturen weltweit und beliefert zahlreiche Staaten mit ihrer seit der Sowjetunion mächtigen ukrainischen Rüstungsindustrie. Die Militärausgaben, gemessen als Anteil des Bruttoinlandsproduktes, steigen von 1,9% im Jahr 2010 auf 4,1% im Jahr 2021 oder in absoluten Zahlen von rund 2,2 Mrd. auf rund 6 Mrd. US-Dollar. Im Ranking des Globalen Militarisierungsindex belegt das Land im Jahr 2020 daher Platz 16 von 151 Staaten – 2012 noch den 47. Platz. 2021 gehört die Ukraine zu den am höchsten militarisierten Staaten weltweit.¹⁰¹ Am 7. Februar 2019 nimmt das Kiewer Parlament den NATO-Beitritt des Landes als Ziel in die Verfassung auf, zum 2. August 2019 kündigt Washington den seit 1988 gültigen INF-Vertrag, der die Vernichtung aller boden/landgestützten Flugkörper in der Reichweite von 500-5.500 km vorschreibt.

Der NATO-Ring mit Waffen, die einen so genannten Enthauptungsschlag gegen Russland ermöglichen, schließt sich: Ende 2022 soll das landgestützte US-Raketen-Gefechtssystem Aegis-Ashore in Polen in Betrieb gehen. Es kann mit verschiedenen Arten von Raketen bestückt werden, Boden-Luft Abfangraketen und Boden-Boden Mittelstrecken-Raketen mit einer Reichweite von 1.650 km. Seit 2013 ist eine etwas ältere Version des Systems in Rumänien in der Nähe des Ortes Craiova in Betrieb. Die Entfernung Craiova-Moskau beträgt 2.000 km. Die Entfernung des neuen polnischen Standortes etwas westlich von Gdansk beträgt 1.500 km. Moskau liegt innerhalb der Reichweite dieses Systems, das bis zu 100 Raketenabschüsse gleichzeitig von weit voneinander entfernt liegenden Abschussrampen koordinieren und steuern kann. Seit 2013 protestiert Moskau gegen die Stationierung dieser Anlage in Rumänien und den Bau in Polen und weist immer wieder nach, dass die Behauptung, es seien Defensiv-Waffen, falsch ist. Eine Stationierung der Aegis-Ashore Anlagen in der Ukraine würde die Entfernung zwischen den Raketen und Moskau auf 730 km halbieren. Innerhalb von 10 Minuten wäre Moskau zu zerstören, die politische und militärische Führungsstruktur „enthauptet“, Russland wäre weitgehend verteidigungsunfähig. Am 19. Februar 2022 auf der Münchner

¹⁰¹ https://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/ukraine/2021_Ukraine.pdf

Sicherheitskonferenz fordert der ukrainische Präsident Selenskyj Atomwaffen für sein Land, fünf Tage später erfolgt der russische Angriff.¹⁰²

Risse in den Fundamenten des deutschen Imperialismus

Die Fortschritte der deutsch-russischen Achsenbildung zwingen den US-Imperialismus zum Handeln. Er nutzt die Krim-Rückholung durch Russland 2014 zum Wendepunkt seiner Politik gegenüber Moskau. 2015 wird Russland aus G8 ausgeschlossen. Washington ergreift die Chance, Ukraine und Polen¹⁰³ so gegen Russland in Stellung zu bringen, dass die deutschen Expansionspläne dorthin gestoppt werden. Mit dem "Euro-Maidan" genannten Putsch drängt Washington den deutschen Einfluss in der Ukraine auf ein Minimum zurück. Der Osten der Ukraine, der Donbass, wird durch ukrainisches Militär bombardiert, bis das von der BRD und Frankreich ausgehandelte Minsk 2-Abkommen und das Normandie-Format (Deutschland, Frankreich, Russland) zur Beendigung des Konflikts in Fetzen geschossen und über 14.000 Menschen tot sind. In Deutschland bekommt zwar das Falken-Lager durch die russische Krim-Rückholung im März 2014 enormen Auftrieb in Berlin. 2015 bieten die Syrien-Flüchtlinge einen Anlass für Schäuble, Merkel aus dem Hintergrund anzuschließen wie nie zuvor. Um Flüchtlingspolitik geht es nur für die Öffentlichkeit. Hinter der Bühne tobt der Streit, wie dem Hauptgegner Washington die deutsche West-Ost-Strategie weiterhin erfolgreich verkauft werden soll.

Aber die Achse ist nicht gebrochen. Im Gegenteil, es wird nun unter Hochdruck weitergebaut. Der deutsch-russische Gas-Deal mit Kapitalverflechtung wird 2015 schleunigst und mit Rückwirkung festgeschrieben. Das deutsch-amerikanische Freihandelsabkommen TTIP platzt 2016, während das Ziel einer europäisch-eurasischen Wirtschaftseinheit bei jeder Gelegenheit beschworen wird. Am SPIEF-Forum, dem russischen Gegenstück zu Davos, nehmen regelmäßig hochrangige deutsche Politiker und DAX-Manager teil. 2017 und 2018 sitzen die Deutschen sowie

¹⁰² Harald Projanski, in: junge Welt 19./20 März 2022, S. 13

¹⁰³ Polen ist zwar seit 1999 NATO-Mitglied, zu der Zeit aber noch unter der Hegemonie des deutschen Imperialismus, der 2004 für die Aufnahme in die EU sorgt. Die polnische Strategie, sich zwei miteinander konkurrierenden Imperialisten zu unterwerfen, um mit dem einen ein Gegengewicht gegen den anderen zu installieren, wird ab 2014 deutlich.

Frankreichs Präsident Macron in Petersburg mit Indiens Präsident Modi, Chinas Vizepräsident Wang Qishan, mit Japans Premier Abe an einem Tisch. Am Rande des Forums werden 2017 Geschäfte im Wert von 2 Bio. Dollar abgeschlossen. Trotz aller Sanktionen und Behinderungen beginnt 2018 der Bau von Nord Stream 2 und wird im September 2020 abgeschlossen.

2019 schreibt die Ukraine nicht nur den NATO-, sondern auch den EU-Beitritt in die Verfassung. Unverdrossen beteuert von der Leyen bei ihrem Besuch im April 2022, die EU-Mitgliedschaft solle nun „beschleunigt vorangetrieben“ werden, die Ukraine gehöre zur europäischen Familie. Das beunruhigt jenseits des Atlantiks kaum mehr, es wäre nur ein weiterer US-Getreuer in der EU, im „Hinterhof“ des Gegners. Das ukrainische Eisen – und damit die Menschen in der Ukraine – bleiben im Feuer imperialistischer Expansionen. Massive „Demokratiebewegungen“ ab 2020 in Belarus sollen den treuesten westlichen Verbündeten Russlands destabilisieren. Die Proteste in Kasachstan Anfang 2022 bedrohen nicht nur den pro-russischen Posten in Zentralasien, sondern praktischerweise Deutschlands wichtigsten Wirtschaftspartner in Zentralasien und damit weitere Energieimporte für die BRD-Wirtschaft gleich mit. Ende 2019 erfolgen erste Sanktionen Washingtons gegen den Bau von Nord Stream 2, nachdem 2011 Nord Stream 1 noch unbehelligt in Betrieb gegangen war.

Am „Dreh- und Angelpunkt“ Ukraine entzündet sich die imperialistische Konkurrenz zwischen dem deutschen und dem US-Imperialismus bis zu einem Stellvertreterkrieg. In der Ukraine stehen sich die beiden imperialistischen Hauptgegner BRD und USA erstmals diametral gegenüber. Moskau reagiert nicht, wie es die Kriegsprovokateure erwartet hatten, mit einem Einmarsch im Donbass, sondern greift die ganze Ukraine an. Für Deutschland wird der Stopp von Nord Stream 2 unvermeidlich. Mit Beginn des Krieges sorgen die Sanktionen gegen Russland, das Öl- und Gasembargo in Deutschland, für eine Preisexplosion. Nicht nur auf dem Energiesektor nutzt das deutsche Kapital die erwartete Verknappung der Waren für Extraprofite und riesige Spekulationsgewinne. Wartungsarbeiten an Nord Stream 1 und russische Drohgebärden, den Gashahn abzudrehen, tun das Ihre. Die Energiepreise in der EU gehen seither durch die Decke. Der deutsch-russischen Energiedeal steht im Feuer, und die USA erwarten eine Rückkehr der BRD an ihre Seite. Dass die USA auch ökonomisch daran verdienen,

wenn sie an die Stelle Russlands treten beim Gashandel mit der EU, bedeutet für sie allenfalls ein Zubrot, nicht mehr.

Aber Washington kennt neben dem Rohstoffdeal auch die zweite Schwachstelle des deutschen Imperialismus: Das ganze EU-Gebilde steht auf den tönernen Füßen des Niedrigzinses. Steigen die Staatszinsen der hochverschuldeten südlichen EU-Staaten, wankt das deutsche „Haus Europa“. Allein von Januar bis Juli 2022 erhöhen sich Zinsen auf die italienischen Staatsanleihen auf das 3,28fache und die auf spanische Staatsanleihen auf das 3,5fache. Der italienische Staat bezahlt im August fast den dreifachen Zinssatz im Vergleich zur BRD. Umso größer die Chance für Washington, den Öl- und Gaslieferanten dieses fragilen deutschen Hinterlandes mit einem Krieg zu kompromittieren, die Energiepreise soweit in die Höhe zu treiben, dass die Preissteigerung alle Warenarten erfasst und die Inflation den Niedrigzins schließlich zu Fall bringt. Genau das geschieht aktuell. Im Juli 2022 erhöht die EZB den Leitzins auf 0,5%, eine weitere Erhöhung auf über 1% wird erwartet. Ein neues Anleihen-Kaufprogramm soll Länder, die wie Italien von Schulden erdrückt werden, vor dem Zusammenbruch und damit den Euro-Raum retten. Fraglich, ob der EZB der Befreiungsschlag gelingt.

Wirklich bedrohlich für die deutsch dominierte EU klingt im April 2022 folgende Meldung, die durch eine Indiskretion verrät, was Thema eines geheimen Gesprächs des britische Premier Boris Johnson in Kiew mit Selenskyj ist: die Gründung eines „*European Commonwealth*“ als „*ein neues System politischer, wirtschaftlicher und militärischer Allianzen, eine Alternative zur Europäischen Union*“, in dem das Vereinigte Königreich, die Ukraine, Polen, Lettland, Litauen und Estland sowie „*zu einem späteren Zeitpunkt möglicherweise*“ auch die Türkei zusammenkommen sollten – und zwar aufgrund ihres „*Misstrauens gegenüber Brüssel*“, ihrer Unzufriedenheit mit Deutschlands schleppender Reaktion auf Russlands Angriff auf die Ukraine und ihrer Besorgnis über die demnach von Moskau ausgehende Bedrohung der Sicherheit auf dem Kontinent.¹⁰⁴ Die EU gespalten in einen US-getreuen und einen deutsch dominierten Teil – das wäre doch mediale Aufmerksamkeit wert. Die Meldung erscheint am 26. Mai nur in der italienischen, viel gelesenen Tageszeitung Corriere della Sera und wird tags

¹⁰⁴ https://www.corriere.it/economia/finanza/22_maggio_26/piano-segreto-boris-johnson-dividere-l-ucraina-russia-ue-commonwealthuropeo-02d3b232-dc6b-11ec-b480-f783b433fe60.shtml

darauf in einigen österreichischen Medien aufgegriffen. In Deutschland kommentiert nur das liberale Internet-Portal Telepolis die Meldung.¹⁰⁵ Kein einziges großes deutsches Medium erwähnt die britische Initiative. Als im Juni 2022 die Ständige Vertreterin der USA bei der NATO Julianne Smith in Brüssel gefragt wird „*wie denn die Vereinigten Staaten reagieren würden, wenn es London gelingen würde, diese Idee eines ‚Europäischen Commonwealth‘ zu realisieren.*“ berichtet nur der russische Kanal RT Deutsch darüber: *“Smith antwortete, dass eine solche Allianz tatsächlich zu dem Ziel der NATO beitragen könnte, deren Ostflanke noch weiter zu stärken, was nach dem Ausbruch des Ukraine-Konflikts Ende Februar zu einer Priorität für das US-geführte Militärbündnis geworden ist. Die US-Gesandte sagte: ‚Natürlich unterstützen wir Initiativen, die zum Aufbau von Kapazitäten beitragen. Und wenn sich NATO-Mitglieder zu Partnerschaften oder Gruppen zusammenschließen, um Kapazitäten aufzubauen und gemeinsam das Bündnis zu stärken, dann ist das etwas, was wir unterstützen wollen.’“*¹⁰⁶ Im ZDF-Interview am nächsten Tag mit Julianne Smith fällt kein einziges Wort über die britische Initiative und die US-Haltung dazu. Als deutsche, französische, italienische und rumänische Staats- und Regierungschefs in Kiew über die Aufnahme der Ukraine als Beitrittskandidat der EU verhandeln, taucht Johnson einen Tag nach deren Abreise überraschend bei Selenskyj auf. Die deutsche Presse beharrt darauf, dass es dabei nur um Waffenlieferungen ginge. Den Vogel der Volksverdummung schießt der Bayerische Rundfunk ab, der weismacht, Johnson wolle Kiew als Austragungsort des Eurovision-Song-Contest unterstützen.¹⁰⁷ Am 7. Juli stolpert Johnson über ein weiteres heimisches Skandalchen und tritt zurück.

Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine schlägt in Deutschland wieder die mediale Stunde der transatlantischen Falken. Wäre der Anlass nicht so bitter und blutig für die Arbeiter und Werktätigen in der Ukraine, in Russland und so schmerzhaft für die Arbeiter hier, die Aufrüstung und Preisexplosionen

¹⁰⁵ <https://www.teletrader.com/bericht-johnson-unterbreitete-selenskyj-die-shdee-eines-neue/news/details/57955786>

<https://exxpress.at/boris-johnson-bastelt-heimlich-an-einer-anti-eu-auch-mit-der-ukraine/>
<https://www.heise.de/tp/features/Boris-Johnson-und-die-Anti-EU-Achse-UK-Polen-Baltikum-und-Ukraine-7126088.html>

¹⁰⁶ <https://test.rtde.tech/international/141220-usa-wurden-idee-weiteren-europaischen/>

¹⁰⁷ <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/johnson-spricht-sich-fuer-esc-in-der-ukraine-aus,T9Crukf>

bezahlen, wir könnten unseren Spaß haben am Showbusiness, an den Ohrfeigen im Minutentakt, die den deutschen Großmachtstrategen von den aktuellen Siegern im eigenen Lager und von Seiten der imperialistischen Konkurrenz verpasst werden: Der BND-Präsident, Bruno Kahl, muss mit einer Spezialeinheit auf dem Landweg aus Kiew gerettet werden, weil er vom russischen Angriff überrascht wird. Der US- und britische Geheimdienst und natürlich der Achsenpartner wissen Bescheid, aber keiner verrät es den Deutschen, lassen sie genüsslich in die Falle tappen. Der kriegswütige Selenskyj empfängt gerne die baltischen Präsidenten, den deutschen Steinmeier, lädt er aus. Wenn, dann wünscht er Kanzler und Regierung vor seinem Schreibtisch. Und Melnyk, noch als ukrainischer Botschafter und Bandera-Anhänger in Deutschland, pöbelt, der Kanzler solle keine „*beleidigte Leberwurst*“ spielen. Habeck katzbuckelt in Qatar um Öl, seine olivgrüne Regierungspartei stellt flugs LNG-Tanks auf für möglichst viel teures und dreckiges Frackinggas und Baerbock will ab sofort und ganz entschieden „*Russland ruinieren*“. Die Hetzjagd auf den Energiekontaktmann in Russland, Schröder, kostet diesen Ehrenbürgerwürde in Hannover, Ruhegehalt und Mitarbeiter. Das ganze Kindergartentheater mit blutigem Hintergrund wird beißend seziert in *Russia Today* von Dagmar Henn.¹⁰⁸

Wie heftig die Achsenpolitiker auch geschmäht werden, wie laut Kriegsgeheul und Russenhetze schon wieder laut ertönen, beides erfüllt zunächst das Bedürfnis der Finanzbranche, die US-Führung zu beschwichtigen und ein Deutschland zu präsentieren, das zumindest medial auf der Seite Washingtons steht. Dem Energie- und Produktionssektor kommen Drohgebärden nach Russland auch zu pass. Sie signalisieren dem Achsenpartner, es mit militärischen Interventionen nicht zu übertreiben und die gemeinsame Achse nicht zu gefährden. Gegen allzu starke Verwerfungen hat das deutsche Kapital den Schröder-Joker platziert. Der Ex-Kanzler kann in Moskau das deutsche Doppelspiel erläutern. Geballter ökonomischer Sachverstand wird es nicht gewesen sein, der Schröder in den Vorsitz der Nord Stream Betreibergesellschaft und in den Aufsichtsrat von Rosneft gebracht hat. Für eine solche diplomatische Königsaufgabe kommt subalternes Personal nicht in Frage. Seit dem 22. Februar 2022 ist die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 vorerst unterbunden. Die Homepage von

¹⁰⁸ https://de.rt.com/meinung/136080-seine-demutigung-ware-fur-steinmeier/?utm_source=pocket_mylist.

Wintershall verkündet, vorerst keine weiteren Pläne der Kooperation aufzulegen.¹⁰⁹ Der bisherige Energiedeal besteht weiter. Erst wenn Nord Stream 1 und 2 physisch abgebaut würden, erst wenn die deutsch-russischen Kapitalverflechtungen in der Energieinfrastruktur aufgelöst würden, erst dann wäre dies – zusammen mit den Einbrüchen in der EU – ein ernstzunehmender Rückschlag für die Gesamtstrategie des deutschen Imperialismus.

Wie belastbar ist die Ost-Achse?

Cui Bono

Seit Bismarcks Zeiten dient deutsche Bündnispolitik dem Ziel, Nummer Eins unter den Großmächten und Imperialisten zu werden. Ansonsten findet sie nicht statt. Sowohl die deutsch-russische Kooperation als auch die Sanktionsmaßnahmen der BRD gegen Russland verfolgen dieses Ziel. Die Achse Berlin-Moskau basiert auf einer Voraussetzung: Sie darf die Führungsrolle der BRD innerhalb der EU nicht gefährden und sie darf die Geschäfte in den USA nicht verunmöglichen. Beides wäre auch für Moskau ohne Vorteil, denn eine bedeutungslose BRD hätte als Achsenpartner ausgedient. Der Ukraine-Krieg gefährdet die Ost-Achse, indem er den Achsenpartner kompromittiert. Dieser Umstand bedroht sowohl die deutsche EU-Führung als auch das USA-Geschäft. Auf offene, plakative, teils provokative Ost-Kooperation mit Russland, wie Merkel 2015 in Davos, muss seit Februar 2022 vorläufig verzichtet werden. Sie kann nur verdeckt und verschlüsselt fortgeführt werden.

EU-Sanktionen

Inwieweit agiert die BRD innerhalb des gegen Russland gerichteten, „westlichen“ Lagers immer noch, wenn auch vorsichtig und verdeckt, als Achsenpartner Russlands? Verdeckte Achsenpolitik kann man an mindestens drei Strafmaßnahmen nachweisen.

¹⁰⁹ <https://wintershalldea.ru/en/who-we-are/history>

Erstens: Die Bundesregierung verzögert den Ausschluss russischer Banken aus dem Banken-Nachrichtendienst SWIFT, der internationale Zahlungsabläufe optimiert. Außerdem sorgt sie dafür, dass die Gazprom-Bank nicht auf der EU-Sanktionsliste steht. Ende Juli berichtet die Tagesschau, dass die EU-Sanktionen auf dem Bankensektor der BRD weitgehend ins Leere laufen. Anwaltskanzleien übernehmen als Strohmänner den Handel mit russischen Finanzprodukten.¹¹⁰

Zweitens: Die Sanktionen im Energiesektor gelten als EU-Bazooka gegen die russische Wirtschaft. Berlin sorgt dafür, dass die Sanktionen auf die Lieferung russischer Kohle begrenzt werden und beim Öl auf ein Einfuhrverbot „auf dem Schiffsweg“.¹¹¹ Der Gashandel bleibt auf deutsche Initiative vollständig ausgeklammert. Anfang April setzt Berlin die Bundesnetzagentur als Treuhänderin über die russische Gazprom Germania GmbH GPG ein und gewährt dem Konzern im Juni einen staatlichen KfW-Kredit, dessen Höhe nicht publiziert wird. Der Spiegel berichtet nach einer Indiskretion aus Regierungskreisen von 9 bis 10 Mrd. Euro.¹¹² Um die russische Herkunft der GPG zu verschleiern, wird der Konzern umbenannt in die „Securing Energy for Europe GmbH“ SEFE. Gazprom reduziert seit Juni die Lieferungen in variierenden Größenordnungen. Dadurch kommt Uniper, der deutsch-finnische Energiekonzern, in eine Schieflage, die von der Regierung mit Zahlungen in circa der doppelten Höhe wie bei der GPG ausgeglichen werden. Die staatlich angeordnete Gasumlage wird aber vor allem mit der Rettung von Uniper begründet.

Drittens: Die EU-Sanktionen sehen das Einfrieren der Vermögen von 1200 russischen Einzelpersonen und Einrichtungen vor. Hierfür wird den Besitzern eine Meldepflicht auferlegt. Anfang August wird bekannt, dass die deutschen Behörden keine einzige Meldung erhalten und von keinem der Milliardäre eine solche verlangt haben.¹¹³ Von geschätzten 25 Mrd. Euro werden bis

¹¹⁰ <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/russland-sanktionen-swift-101.html>

¹¹¹ <https://www.diplomatie.gouv.fr/de/aussenpolitik-frankreichs/landerinformationen-erklarungen/europa/ukraine/frankreichs-standpunkt-zum-krieg-in-der-ukraine/article/krieg-in-der-ukraine-diese-sanktionen-wurden-gegen-russland-und-belarus>

¹¹² <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/drohende-insolvenz-deutschland-hilft-gazprom-germania-mit-kfw-darlehen-a-4c3d86ac-1cf1-4186-bf4a-1d6369a8279a>

¹¹³ <https://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krieg-trotz-schaerferer-regel-kein-russischer-oligarch-hat-bislang-sein-vermoegen-offengelegt/28585616.html>

Anfang August 4,3 Mrd. Euro eingefroren, 2,3 Mrd. Euro davon durch Bankmeldungen.

Militärische Maßnahmen der BRD

Was für einen Vorteil es für Russland bedeutet, in den Reihen der feindlichen NATO einen festen Bündnispartner zu haben, wird bei genauer Betrachtung der deutschen Militärpolitik noch deutlicher als bei den EU-Sanktionen. Zu Beginn des Krieges schließt die Bundesregierung Waffenlieferungen generell aus und liefert nur „humanitäre Unterstützung“. Als der Druck aus EU und NATO zu groß wird, schickt Berlin leichte Waffen. Im Juli kommen zwar schwere Waffen über die Grenze, aber keine Panzer. Die drei gelieferten Gepard sind gepanzerte Boden-Luft-Waffensysteme, aber keine Panzer. Panzer, also flexible Boden-Boden-Systeme, haben oberste Priorität, wenn eine fremde Armee aus dem Land vertrieben werden soll. Die Bundeswehr verwehrt der Ukraine sogar die Lieferung der 50 Jahre alten Transportpanzer „Fuchs“, die keine Kanone haben. Die Begründung lautet, „*die Einsatzbereitschaft der Truppe würde gefährdet*“.¹¹⁴ An Slowenien aber kann der „Fuchs“ abgegeben werden.

Polen liefert bis Ende April 240 Panzer an die Ukraine in dem Glauben, durch den mit der BRD vereinbarten Ringtausch diese ersetzen zu können, um nicht selbst verteidigungsunfähig zu werden. Berlin entgegnet, von einem Ersatz durch moderne Leopard-2-Panzer, wie sie Polen fordert, sei nie die Rede gewesen. Und außerdem sei nicht vereinbart worden, wann der Ersatz geliefert werden solle.

Mit Tschechien (17 Stück) und mit der Slowakei (14 Stück) werden die deutschen Gegenlieferungen von Leopard-2-Panzern innerhalb von Ringtauschen Ende August vereinbart. Bis Ende 2022 soll geliefert werden. Es kommen erstmal also die Staaten zum Zug, die sich nicht so sehr wie Polen mit dem US-Imperialismus einlassen. Mit Slowenien und Griechenland sind weitere Verträge in Planung. Mit den Ringtauschen können die Waffenbestände sowjetischer Bauart der ehemaligen Ostblock-Staaten „entsorgt“ und durch kostenlose deutsche Lieferungen ersetzt werden. Aber das Tauschverhältnis moderne gegen alte Waffen ist ca. 1:10. In Zukunft

¹¹⁴ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/ringtausch-101.html>

müssen also moderne Waffen auch aus deutscher Produktion nachgekauft werden. „Dass deutsche Panzer nie wieder auf russische schießen sollten, war eine der Lehren aus der Nazi-Vergangenheit und dem Zweiten Weltkrieg“, so lautet die offizielle Begründung, wenn abhängige Staaten von Deutschland übers Ohr gehauen werden.¹¹⁵ So sieht deutsche Vergangenheitsbewältigung aus.

Im August wird bekannt, dass Spanien 40 eigene Leopard-2-Panzer in die Ukraine liefern will. Berlin interveniert und verhindert es.¹¹⁶

Was liefert denn nun die BRD wirklich? An schweren Waffen nur den Gepard, das erwähnte Boden-Luft-Waffensystem gegen Luftangriffe. Von den zunächst Anfang Mai zugesagten 12 Gepard werden bis Ende Juli wegen Munitionsmangel nur 3 Stück geliefert. Im August kommen dann tatsächlich 12 Stück in der Ukraine an, 15 weitere sind geplant. Bei der modernen Panzerhaubitze 2000, einer tatsächlichen Boden-Boden-Waffe, bleibt es bei 10 Stück.

Täglich aktualisiert die Regierung die Liste deutscher Lieferungen an die Ukraine.¹¹⁷ Spätestens an der Stelle, wo zwei Kühlschränke aufgelistet sind, weiß Putin, was er an Kanzler Scholz hat. Vielleicht ruft Putin in Berlin einmal an: „Olaf, du hast die Schnürsenkel vergessen.“ Während 2 Mrd. Euro Liefersumme für 2022 verbreitet werden, meldet die Liste bis Anfang September Waffenlieferungen in einer Höhe von 725 Mio. Euro.

Die Sabotage von Sanktionen und militärischen Maßnahmen zusammen mit der offiziellen Regierungslinie, die BRD wolle nicht zur Eskalation des Kriegs beitragen und nicht selbst zur Kriegspartei werden, senden deutliche Signale deutscher Bündnistreue an Moskau.

Aus welchen Gründen aber beteiligt sich die BRD seit 2017 aktiv an der militärischen Einkreisung Russlands, die als Kriegsgrund von Moskau ins Feld geführt wird? Bis dahin nimmt die BRD im Rahmen ihrer NATO-Mitgliedschaft an den gemeinsamen Manövern teil wie andere auch. Auch bei der Stationierung des modernen Raketenabschluss-Systems „Aegis-Ashore“,

¹¹⁵ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/ringtausch-101.html>

¹¹⁶ <https://www.stern.de/digital/technik/leopard-2-panzer-fuer-kiew-aus-spanien---darum-scheitert-der-deal-32597368.html>

¹¹⁷ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/krieg-in-der-ukraine/lieferungen-ukraine-2054514>

das von Rumänien und Polen aus Russland massiv bedroht, sind weder die Bundesregierung noch deutsche Konzerne wesentlich beteiligt. Nachdem 2014 die NATO die Mission "Enhanced Forward Presence" EFP ("verstärkte Vorwärtspräsenz") startet, beteiligt sich die BRD an einer von vier dauerhaft stationierten „Battlegroups“ und übernimmt 2017 das Kommando in Litauen mit 1.600 Soldaten, davon zwei Drittel Bundeswehrsoldaten. Die Auswahl der BRD ist sehr aufschlussreich: Litauen grenzt an die russische Enklave Kaliningrad. Dieses Gebiet ist seit den 90er Jahren immer wieder Gegenstand von Verhandlungen mit Moskau. Regelmäßig werden die deutschen Vorstöße nach einer „Internationalisierung“ der Region von der russischen Führung zurückgewiesen. Nun ergibt sich seit 2017 wieder eine günstige Konstellation für die BRD: Einerseits kann man dem Achsenpartner zu verstehen geben, es sei besser, deutsche Truppen stünden in Litauen als US-amerikanische, kanadische oder britische. Andererseits, falls der deutsche Einfluss nicht ausreicht, um eine militärische Eskalation gegen Russland zu verhindern, ist man strategisch in der günstigsten Position bei dessen Aufteilung.

Wie sind die Verteidigungspolitischen Richtlinien (Weißbuch der Bundeswehr) von 2016 einzuordnen? Beinhalten sie nicht eine militärisch aggressive Ausrichtung der deutschen Armee gegen Russland? Auf Seite 31 heißt es: *„Durch seine auf der Krim und im Osten der Ukraine zutage tretene Bereitschaft, die eigenen Interessen auch gewaltsam durchzusetzen und völkerrechtlich garantierte Grenzen einseitig zu verschieben, stellt Russland die europäische Friedensordnung offen in Frage. Dies hat tiefgreifende Folgen für die Sicherheit in Europa und damit auch für die Sicherheit Deutschlands. [...] Ohne eine grundlegende Kursänderung wird Russland somit auf absehbare Zeit eine Herausforderung für die Sicherheit auf unserem Kontinent darstellen.“*¹¹⁸ Gleich auf der nächsten Seite aber steht: *„Zugleich verbindet Europa mit Russland aber nach wie vor ein breites Spektrum gemeinsamer Interessen und Beziehungen. [...] Nachhaltige Sicherheit und Prosperität in und für Europa sind daher auch künftig nicht ohne eine belastbare Kooperation mit Russland zu gewährleisten. Umso wichtiger ist im Umgang mit Russland die richtige Mischung aus kollektiver Verteidigung und dem Aufbau von Resilienz einerseits und Ansätzen*

¹¹⁸ <https://www.bmvg.de/de/themen/dossiers/weissbuch>. Seite 31

*kooperativer Sicherheit und sektoraler Zusammenarbeit andererseits.*¹¹⁹ Auch dies kann man bei selektivem Lesen noch als Kriegserklärung deuten, aber spätestens nach dem Fazit zum Umgang mit Russland muss man davon Abstand nehmen: „*Wesentlich für den gemeinsamen Sicherheitsraum unseres Kontinents ist somit nicht die Konzeption einer neuen Sicherheitsarchitektur, sondern der Respekt und die konsequente Einhaltung der bestehenden und bewährten gemeinsamen Regeln und Prinzipien.*“¹²⁰ Eine deutliche Abgrenzung von der „*neuen Sicherheitsarchitektur*“ der NATO, die eine ständig steigende Aggression und Vorrücken an die russischen Grenzen beschreibt. Was für eine Breitseite gegen die USA!

Mit Beginn des Ukraine-Kriegs ersetzt Berlin die offene Achsenpolitik durch eine verdeckte. Damit behält sie ihre politische Führungsrolle in der EU und bleibt geschäftsfähig gegenüber den USA. Die deutsche Ost-Achse, kombiniert mit Teilannexionen im Westen, liefert die einzig plausible Erklärung, warum die BRD Sanktionen, Waffenlieferungen und NATO-Umzingelung Russlands sowohl mitmacht als auch unterläuft oder sich zurückhält.

Ein völlig anderes Bild vom deutschen Imperialismus ergibt sich, wenn sein Mitmachen erklärt wird aus Angst vor den USA und sein Unterlaufen aus Angst vor Russland. Statt eines Imperialisten erscheint ein von Russland getretener Hofhund der USA. Ein abhängiger Staat, der Energiepreise und Inflation nicht in den Griff bekommt, mit der Aufrüstung übertreibt und leider eine unschöne Vergangenheit hat. Andere erkennen noch den Imperialisten, dessen Vergangenheit nicht beendet ist. Aber sie sehen den eigenen Hauptfeind als Schatten seiner selbst und suchen seine besondere Aggressivität in den Alltagsäußerungen und – handlungen, in der Taktik. Beide Lager erkennen nicht die friedliche Strategie, die zum Weltkrieg treibt.

100 Milliarden „Sondervermögen“ – Frühlingserwachen und Sommertheater

Was für ein Frühling für den Militarismus! Hundert Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr, das Doppelte des „normalen“

¹¹⁹ A.a.O. S. 32

¹²⁰ A.a.O. S. 32

Kriegshaushalts. Verkauft wird es als die deutsche Antwort auf den Ukraine-Krieg. „*Das mit dem Wort Zeitenwende bedachte Hochrüstungsprogramm, das am 27. Februar verkündet wurde, also längst in den Schubladen lag*“¹²¹, sorgt für einen Schock im Lager der Antimilitaristen und Teilen der Bevölkerung. Dem Frühlingserwachen des Militarismus folgt das antirussische Sommertheater der Politik, und beide bewirken, dass niemand mehr nachfragt, seit wann genau das Programm in den Schubladen liegt und wozu genau es dient.

Mitte 2017 vereinbaren die BRD und Frankreich ein erstes gemeinsames Projekt zur kompletten Neuausstattung beider Armeen in Heer, Luftwaffe und Marine mit modernster Technologie. Mitte 2018 wird es bekräftigt und seit Mitte 2019 konkret geplant. Ende 2018 stellt die „Informationsstelle Militarisierung“ IMI auf einem Kongress sämtliche Großprojekte vor. Das Handelsblatt moniert am 26. November 2018: „*Statt ihre Planungen breit in die Öffentlichkeit zu tragen, entschied sich von der Leyen für den diskreten Weg. Versteckt auf den Internetseiten findet sich seit vergangener Woche eine kurze Mitteilung, wie sich von der Leyen und Parly (bis vor Kurzem französische Kriegsministerin, d. V.) den Bau eines gemeinsamen Kampfpanzers und Kampffliegers vorstellen.*“ Der Handelsblatt-Artikel informiert erstmals darüber, dass es nicht um bloße Kampfpanzer und Kampfflieger als Nachfolgeprojekte für den Leopard 2 und den Eurofighter geht. „*Es soll ein Verbund werden aus schweren und leichten, bemannten und unbemannten untereinander vernetzten Panzern und Fahrzeugen.*“¹²² Dieses „Main Ground Combat System“ MGCS soll ab Mitte 30er Jahre für „*Umsätze von rund 100 Mrd. Euro sorgen*“.¹²³ Das fünffache, nämlich 500 Milliarden an Umsätzen, verspricht das Luftwaffenprogramm „Future Combat Air System“ FCAS, dessen Flugzeuge mit Satellitenkommunikation, Begleitdrohenschwärmen und eigenen Tankflugzeugen ausgestattet sind.

Vier Jahre später wird das deutsch-französische Langzeitprojekt in einer Riesenshow mit Zeitenwende und Grundgesetzänderung gehypt. Ein Programm zur Realisierung der verteidigungspolitischen Richtlinien von 2016, das bislang nahezu geheim gehalten wurde, wird nun, dank des

¹²¹ Arnold Schölzel im Rotfuchs 9/22

¹²² Handelsblatt, 26.11.2022

¹²³ A.a.O.

Ukraine-Kriegs, zu einer deutschen Antwort auf „die russische Aggression“ umgemünzt.

Jetzt zeigt sich: Bei den Neuanschaffungen der Bundeswehr stimmen die Zahlen von 2018 und die von 2022 aus der Begründung des „Sondervermögens“, exakt überein. Kalkuliert werden

Panzer:	2018 für 15 Mrd. Euro – 2022 für 16,6 Mrd. Euro
Flugzeuge:	2018 für 33,3 Mrd. Euro – 2022 für 33,4 Mrd. Euro
Schiffe:	2018 für 10 Mrd. Euro – 2022 für 8,8 Mrd. Euro
Zusammen:	2018 insges. 58,3 Mrd. Euro
	2022 insges. 58,8 Mrd. Euro. ¹²⁴

Bislang fehlen aber noch die Entwicklungskosten. Kriegsministerin Lamprecht sagt am 1. Juni 22 vor dem Bundestag: Auch für „*die Entwicklung des europäischen Flugzeugprojekts Future Combat Air System (FCAS) [... und] für die Entwicklung des neuen Kampfpanzers Main Ground Combat System (MGCS) soll das Sondervermögen genutzt werden.*“¹²⁵ Die Entwicklungskosten der neuen Luft- und Bodenwaffen belaufen sich auf 81,5 Mrd. Euro¹²⁶. Die BRD und Frankreich teilen sie sich mit je 40,8 Mrd. Euro. 58,8 Mrd. Euro Anschaffung plus 40,8 Mrd. Euro Entwicklung machen zusammen 99,6 Mrd. Euro. Das gesamte Aufrüstungsprogramm ist also bereits Ende 2018 samt 100 Mrd. „Sondervermögen“ fertig verplant.

Wozu der ganze antirussische Theaterdonner seit März 2022 mit „Zeitenwende“ und Grundgesetzänderung? Zum einen gaukelt der Theaterdonner der eigenen Öffentlichkeit und den Bündnispartnern eine unerwartete deutsche Blitzreaktion auf den Ukraine-Krieg vor, die ganz bewusst alles Bisherige an militärischer Aufrüstung in den Schatten stellt. Zum Zweiten wird die Finanzierung des Gesamtprojekts, die bislang beim

¹²⁴ Die Zahlen für 2018 aus dem Handelsblatt 26.11.2021, die Zahlen für 2022 aus:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/sondervermoegen-bundeswehr-2047518>

¹²⁵ <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/ministerin-wir-sorgen-fuer-voll-einsatzbereite-bundeswehr-5438596>. Natürlich erwähnt sie die beiden Großprojekte erst am Schluss ihrer Anschaffungsliste unter ferner liefen. Am Anfang ihrer Rede steht: „Mit 1,9 Milliarden Euro können in Zukunft beispielsweise auf NATO-Standart Helmfunk oder Nachtsichtgeräte gekauft werden.“

¹²⁶ Handelsblatt, 26.11.2022

Europäischen Verteidigungsfonds EVF mit 7,5 Mrd. Euro geparkt und unterfinanziert ist, in eine bilaterale deutsch-französische Sache zurückgeholt. Man kann Unternehmen aus anderen EU-Ländern zwar beteiligen, aber ohne Mitspracherecht der Staaten. *„Die Vereinigten Staaten von Europa [sind] unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär“* (Lenin). Auch im Bündnis der beiden Imperialisten BRD und Frankreich wird der Krieg zum Vater aller Dinge. Der Schwerpunkt verlagert sich auf die Erneuerung der militärischen Grundausstattung bei Heer, Luftwaffe und Marine mit modernster Technologie, auf die Zusammenführung der beiden Armeen.¹²⁷ Der Krieg in der Ukraine gibt dem Ganzen nur einen neuen Schub. Und drittens bleibt durch den Sondervermögenscoup die „Schwarze Null“, das Henkerbeil der Teilannexionen gegen die anderen EU-Partner, erhalten. Zwei Grundgesetzartikel werden flugs geändert, und schon ist die Finanzierung außerhalb des regulären Haushalts in einem vorgeblich kriegsbedingten Sonderhaushalt möglich.

Die Geheimhaltung von 2018 wird von lautem Säbelrasseln 2022 abgelöst, ein Frühlingserwachen mit Sommertheater, das sogar die Protestwelle gegen die „100 Milliarden für den Tod“ als nützliche Rolle in die Gesamtregie integriert.

Russland wendet sich nach Osten

In China findet Russland einen Bündnispartner, der über eine stärkere Machtbasis verfügt als der Achsenpartner im Westen. Einen Bündnispartner, der die gleichen Vorteile zu bieten hat wie die BRD, Technologie gegen Rohstoffe, aber in weit höherem Ausmaß. Die immensen technischen und finanziellen Potenzen der neuen Großmacht China können zunehmend ersetzen, was Russland im Westen vielleicht verloren geht.¹²⁸ Wie Russland wird auch China vom US-Imperialismus ökonomisch angegriffen und militärisch bedroht, das schweißt zusammen.

Neben diesem Motiv zeichnet sich noch ein weiteres ökonomisches ab: *„Hintergrund ist der Klimawandel, der die polaren Eiskappen abschmelzen*

¹²⁷ Der Krieg behält seine Vaterrolle auch in der Frage der Überwindung der Schwierigkeiten bei der neuen europäischen „Reichseinigung“, die in dem Rüstungsprojekt zwischen Berlin und Paris erheblich sind.

¹²⁸ mehr zur Kooperation Russland-China, Harald Projanski, in: Junge Welt 8. April 2022, S. 12f

lässt. [...] Für die Arktis ergibt sich vor allem zweierlei: Zum einen wird der Zugriff auf neue Rohstofflagerstätten frei; der U.S. Geological Survey [eine wissenschaftliche Behörde im Geschäftsbereich des US-Innenministeriums, d.V.] schätzt beispielsweise, dass 13% aller noch nicht erkundeten Erdölvorräte und 30% des noch nicht erkundeten Erdgases nördlich des Polarkreises zu finden sind. [...] Schätzungen gehen davon aus, dass unter Russlands nördlichem Festlandsockel 17,3 Mrd. Tonnen Erdöl und 85,1 Billionen Kubikmeter Erdgas lagern. [...] Die zweite weitreichende Konsequenz des Klimawandels für die Arktis selbst besteht darin, dass er neue Seewege freigesetzt. Wohl bekanntestes Beispiel ist die sog. Nordostpassage: der Seeweg entlang der russischen Nordküste, der das Europäische Nordmeer mit dem Nordpazifik verbindet; [...] Ob das gelingt, steht freilich in den Sternen. Die Hürden sind enorm; so setzt die regelmäßige Nutzung der Nordostpassage als Seehandelsweg den Aufbau einer gewissen Infrastruktur voraus, der gewaltige Mengen an Geld verschlingt.“¹²⁹

Die Hinwendung zum östlichen Nachbarn erfolgt keineswegs nur bilateral. Aktuell formiert sich eine politische Solidarität um die Allianz der fünf BRICS-Staat, Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Bei der Abstimmung über die UN-Resolution zur Verurteilung des Ukraine-Krieges stimmen fünf Länder dagegen, immerhin 35 enthalten sich.¹³⁰ Weitere mächtige Staaten wie Argentinien, Iran, Algerien, Ägypten, Saudi-Arabien begehren oder erwägen die Aufnahme in BRICS+. Die Ströme aus Gas und Öl und andere Warenströme werden umgelenkt, die Verbindung von Technologie, Rohstoffen, Arbeitskraft und Absatzmarkt hätte in dem neuen „Ostblock“ das Zeug zu einem „anti-westlichen Bündnis, so mächtig wie noch nie“.¹³¹

¹²⁹ Kronauer. 2022. S. 78f.

¹³⁰ dagegen: Belarus, Eritrea, Nordkorea, Russland, Syrien, enthalten: Algerien, Angola, Armenien, Bangladesch, Bolivien, Burundi, China, Kongo, Kuba, El Salvador, Äquatorialguinea, Indien, Iran, Irak, Kasachstan, Kirgisistan, Laos, Madagaskar, Mali, Mongolei, Mosambik, Namibia, Nicaragua, Pakistan, Senegal, Südafrika, Südsudan, Sri Lanka, Sudan, Tadschikistan, Tansania, Uganda, Vietnam, Simbabwe, Zentralafrikanische Republik

¹³¹ Fürchtet sich die konservative Presse <https://www.welt.de/politik/ausland/plus239572955/BRICS-Gipfel-Ein-antiwestlicher-Block-entsteht-so-maechtig-wie-noch-nie.html>

Weiter nach Osten, nach Peking

Seit die deutsche Strategie zur Entmachtung der USA zur Konfrontation beider Imperialisten führt, arbeitet Berlin verstärkt an der Kooperation mit Peking. Freilich gibt es auch hier eine Vorgeschichte.

Mitte der 70er Jahre beteuert der bayerische Großstratege Franz Josef Strauß nach seinem Besuch in Peking noch: *»Es gibt keine Achse Strauß-Mao mit antisowjetischer Stoßrichtung«*, dennoch: Die neue Ostpolitik darf nicht in Moskau enden. Schon damals ist die BRD der größte Außenhandelspartner Chinas.¹³² Heute reicht selbst der aufgeblähte und bis in die letzte Hütte erschlossene EU-Binnenmarkt nicht, um deutsche Überproduktion und Kapitalexport aufzunehmen.

Warenhandel

Deutschland wird der mit Abstand wichtigste Handelspartner Chinas in Europa, China wird in Asien wirtschaftliches Partnerland Nummer eins für Deutschland. 2016 meldet das Statistische Bundesamt, dass China die USA als wichtigsten Handelspartner Deutschlands abgelöst hat.¹³³ Beim Vergleich der deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu China mit denen zu den USA ergibt sich folgendes Bild:

Export der BRD nach China 2021: 103,7 Mrd. Euro – in die USA: 122 Mrd. Euro Die BRD exportiert nach China ebenso wie in die USA vorwiegend Maschinen, Automobile und -teile, Elektrotechnik und Chemie.

Import der BRD aus China 2021: 142 Mrd. Euro – aus den USA: 72 Mrd. Euro. Die meisten importierten Waren in Deutschland kommen aus dem „Reich der Mitte“.¹³⁴

¹³² <https://www.welt.de/politik/article136090954/Wie-Mao-einst-Franz-Josef-Strauss-entfuhrte.html>
<https://www.deutschlandfunk.de/vor-30-jahren-wird-franz-josef-strauss-von-mao-ze-dong-100.html>

¹³³ https://www.zeit.de/wirtschaft/2017-02/china-deutschland-handel-exporte-import-statistisches-bundesamt?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.startpage.com%2F

¹³⁴ https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/rangfolge-handelspartner.pdf;jsessionid=998CEFC8F743E1E764C5DD02FB4CF9F8.live712?__blob=publicationFile

Handelsvolumen der BRD - China 2021: 246 Mrd. Euro – BRD - USA: 194 Mrd. Euro.

Kapitalexporte

Deutsche Kapitalexporte nach China verdreifachen sich von 1990 bis 2020 auf 89,5 Mrd. Euro. Zum Vergleich: 2020 fließen 352,5 Mrd. deutsche Direktinvestitionen in die USA. Weit aussagekräftiger als absolute Zahlen sind auch hier Dynamik und Tendenz. 2020 ist die bedrohte Rolle der USA als weltweite Wirtschaftsmacht in aller Munde: Im Coronajahr fallen die weltweiten Investitionen in die USA um 49%, die nach China steigen um 4%.¹³⁵ Den US-Handelskrieg gegen China sieht die deutsche Industrie- und Handelskammer deshalb mit Besorgnis: *„Deutsche Betriebe beschäftigen mehr als 850.000 Menschen in den USA, in China sind es über eine Million Beschäftigte. Die Volkswirtschaften sind eng miteinander verbunden, Lieferketten und Produktionsstätten sind verstrickt und lassen sich nur schwer auseinanderhalten.“*¹³⁶

2015 beschließt die Volksrepublik die „Made in China 2025“-Strategie. Im Plan stark vertreten ist die Zusammenarbeit mit deutschen Unternehmen. Es geht um Luft- und Raumfahrt, Hochgeschwindigkeitszüge, Elektromobilität und Ausbau der Stromnetze.¹³⁷ Der Anteil chinesischer Übernahmen und Beteiligungen (M&A) von und an Unternehmen in Deutschland steigt von fast Null in den Jahren 2009/10 auf 19 M&A im Jahr 2011 und erreicht ihren Höhepunkt 2016 mit 47 Unternehmen. Das Who is Who des deutschen Mittelstands ist vertreten: Kuka 2016, der Kunststoffmaschinenbauer KraussMaffei durch ChemChina 2017, der Osram-Ableger Ledvance 2017, die Abteilung Locomotive der Vossloh AG durch den weltgrößten Schienenfahrzeughersteller, die chinesische CRRC, 2019. Damit übersteigen chinesische Übernahmen erstmals die deutschen, was 2018 regulatorische Gegenmaßnahmen auf deutscher wie auf europäischer Seite nach sich zieht – gegen den Widerstand der deutschen Industrie, die kräftig vom chinesischen

¹³⁵ <https://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/auslaendische-direktinvestitionen-china-verdraengt-usa-von-platz-eins-a-ac847562-f9dd-4b0b-b4b4-ffd85dbecf99>

¹³⁶ <https://news.ihk.digital/newsletter/ihk-bayreuth/Aussenwirtschaftaktuell/September2018/Auswirkungen-des-Handelskonflikts-USA-China.pdf>

¹³⁷ <https://china.diplo.de/cn-de/themen/wirtschaft/wirtschaft-bilateral>

Kapitalzufluss profitiert. Die chinesische Übernahme des Stromnetzbetreibers 50Hertz verhindert 2018 die staatliche KfW durch Kauf eines 20% Anteils. Heute stehen die chinesischen Direktinvestitionen wieder auf dem Niveau von 2011.

Die derzeitige Zurückhaltung chinesischen Kapitals in Deutschland liegt sicher nicht nur an den staatlichen Erschwernissen. Schließlich können und sollen Kapitalexporte, vor allem Direktinvestitionen, nicht kontinuierlich wie Exporte steigen. Der Rückgang der chinesischen Auslandsinvestitionen entspricht vielmehr dem 14. Fünfjahresplan der Volksrepublik, der 2021 beschlossen wird und als nächsten Entwicklungsschritt stärker auf den riesigen Binnenmarkt setzt, sowie dem kapitalintensiven Belt & Road-Projekt, das eine Welt ohne Nord-Amerika und Australien umspannen soll.

Wissenstransfer in Forschung und Entwicklung

Bayern geht wieder voran: 2007 richtet das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst mit der bayerischen Rektorenkonferenz das Hochschulzentrum BayCHINA ein, um akademische Beziehungen zwischen China und Bayern zu stärken.¹³⁸

2018, gerade als der deutsche Staat chinesischem Kapital den Weg nach Deutschland erschwert, verabschieden Berlin und Peking das Deutsch-Chinesische Kooperationsnetzwerk Industrie 4.0 und Smart Services. Ziel ist Informationsaustausch und Technologietransfer zu intelligenten Fertigungstechnologien sowie deutsch-chinesische Forschungsk Kooperation. Beteiligt ist alles, was in der deutschen Forschung Rang und Namen hat: die Max-Planck-Gesellschaft, die Fraunhofer Gesellschaft und die Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren.¹³⁹

Nach Osten und gegen die USA

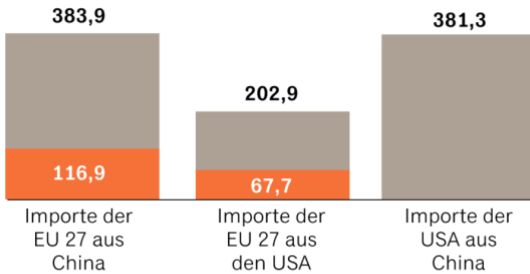
¹³⁸ <https://www.baychina.net/>

¹³⁹ <https://www.zukunft-der-wertschoepfung.de/de/I4GC.html>

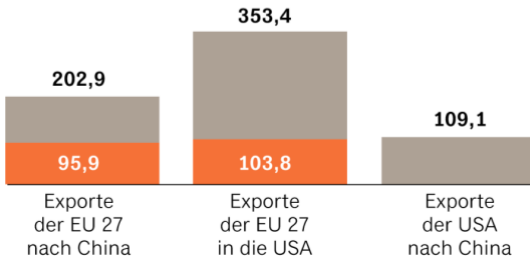
Weltwirtschaft

Mächtige Wirtschaftsblöcke

Importe 2020* in Mrd. Euro ■ Anteil Deutschland



Exporte 2020* in Mrd. Euro



*Warenhandel

Nach langen Verhandlungen schließt Ende 2020 die EU mit China ein Investitionsabkommen als „ersten Schritt“, als Voraussetzung für die Aufnahme von Gesprächen über ein Freihandelsabkommen. Die amerikanische Kritik, nicht in die Verhandlungen miteinbezogen worden zu sein, hält die EU für „verständlich, aber ungerechtfertigt“.¹⁴⁰ Während die USA seit 2016 einen verlustreichen Handelskrieg mit China führen, kündigt die ehemalige deutsche Kriegsministerin und aktuelle Chefin der EU-Kommission, von der Leyen, Ende 2021 großartig das Infrastrukturprojekt „Global

Gateway“ als europäische Kampfansage an die chinesische Seidenstraße an. Sie gibt auf ihrer „Rede zur Lage Europas“ zu bedenken, es mache für Europa keinen Sinn, eine Straße „zwischen einem Kupferbergwerk in chinesischem Eigentum und einem Hafen zu verlegen, der ebenfalls in chinesischem Eigentum ist“. Das klingt für eine Kampfansage recht verhalten. Tatsächlich: Das erste Projekt der europäischen Alternative ist ausgerechnet eine Machbarkeitsstudie neuer Eisenbahnverbindungen zwischen der EU und China! Die Studie bezahlen die EU und China zu gleichen Teilen. Damit nicht genug: „Sowohl die EU als auch China verpflichten sich zu einer umfassenden strategischen Partnerschaft“, heißt es in einem internen Papier

¹⁴⁰ <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/eu-und-china-schliessen-historisches-investitionsabkommen-a-86d994dd-989f-4fb8-a78f-d60170643f0c>

der EU-Kommission. Das Handelsblatt kommentiert: „Die politische Brisanz ist kaum zu überschätzen. [...] Einerseits Global Gateway verkünden, andererseits eine Infrastrukturpartnerschaft mit Peking vertiefen. Dieses Hin und Her ist symptomatisch für Europas strategischen Wankelmut.“ Die Amerikaner sind genervt und brüskieren die EU mit dem AUKUS-Pakt mit Australiern und Briten, der Frankreich den U-Boot-Deal des Jahrhunderts kostet. Und jetzt ist in Europa die Empörung groß, „dass die USA im Geheimen ein Bündnis schmieden, das die Sicherheitsarchitektur in Asien verändert“.¹⁴¹

Übersetzen wir die Worte der bürgerlichen Presse: Der deutsche Imperialismus nutzt seine Dominanz in der EU, um zu versuchen, den Hauptgegner USA mit kleinen Aktivitäten, die der Expansion auch nicht schaden und deren Kosten die europäischen Länder mittragen, zu beschwichtigen. Hinter den Kulissen baut er an der Ost-Achse und an ihrer Verlängerung in einer Kooperation mit China, um stark genug zu werden für den Kampf um die Vorherrschaft in der Welt.¹⁴²

Was tun, wenn das Geheimnis gelüftet ist?

Aus all dem, was wir heute wissen, können wir Lenins Zitat über imperialistische Bündnisse so formulieren: „Friedliche Strategien bereiten Kriege vor und wachsen ihrerseits aus Kriegen hervor, bedingen sich gegenseitig, erzeugen einen Wechsel der Formen friedlichen und nicht friedlichen Kampfes auf ein und demselben Boden imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik.“¹⁴³ Kriege und kriegerische Expansionen des einen Imperialisten unabhängig von den friedlichen Expansionen des anderen zu betrachten,

¹⁴¹ Alle Zitate aus Handelsblatt, 05.10.2021, Print-Version, S. 8f, und der erweiterten Online-Version <https://www.handelsblatt.com/politik/international/belt-and-road-trotz-kritik-an-der-seidenstrasse-eu-treibt-infrastrukturpartnerschaft-mit-china-voran/27674282.html>

¹⁴² <https://www.handelsblatt.com/politik/international/belt-and-road-trotz-kritik-an-der-seidenstrasse-eu-treibt-infrastrukturpartnerschaft-mit-china-voran/27674282.html>

¹⁴³ Lenin. Imperialismus, S. 301

„trennt ein Glied der einheitlichen Kette von dem anderen“, präsentiert „statt des lebendigen Zusammenhangs [...] den Arbeitern eine tote Abstraktion“.¹⁴⁴ Ist dieser Zusammenhang einmal bekannt, ist es leichter, diesmal vor dem Krieg die Kriegstreiber zu bezwingen.

Natürlich müssen wir heute ungeschmälert durchsetzen:

Einstellung aller Waffenlieferungen und Rückzug aller deutschen Soldaten und im Ausland stationierten Waffen hinter die deutsche Grenze

Streichung sämtlicher Sonderausgaben für die deutsche Armee

Völlige staatliche Neutralität gegenüber den Kriegsparteien Ukraine und Russland, Aufhebung der Sanktionen gegen Russland

Zu einer Bewegung geworden, die die Völker aller anderen westlichen Staaten gegen ihren jeweiligen Imperialisten vereint, würden diese Forderungen das russische Proletariat und die russischen Völker stärken in ihrem Kampf um die Beendigung des Kriegs und gegen ihre Regierung und ihre Bourgeoisie.

Unterhalb dieser Forderungen gibt es keinen Antikriegskampf. Das ist proletarischer Internationalismus.

Aber hierzulande gilt: Setzen wir nur diese drei Neutralitätsforderungen durch, ermöglichen wir lediglich unserem Hauptfeind, seine Achsenpolitik wieder zu verfolgen und seinen Angriff gegen den US-Imperialismus fortzusetzen.

Der imperialistische Machtkampf, der das eine kriegerische Störfeuer gegen die deutsch-russische Achse auslöste, tobt weiter und löst das nächste aus.

Kampf gegen den Krieg heißt, einen Zustand erkämpfen, der Deutschland aus der imperialistischen Neuaufteilung der Welt herausnimmt. Die Hebel für die Angriffe auf die Basis des Imperialismus, das kapitalistische Eigentum, liegen auf der Straße. Seit fast 30 Jahren macht die Bevölkerung die Erfahrung, dass das Privateigentum an gesellschaftlicher Infrastruktur ihren grundlegenden Bedürfnissen zuwiderläuft, dass nichts mehr – wo man auch hinsieht – funktioniert. Initiativen zur Enteignung und Wiederverstaatlichung der

¹⁴⁴ A.a.O.

Reichtümer, die vom Volk aufgebaut und bezahlt wurden, mehren sich. Die entschädigungslose vollständige Enteignung und Verstaatlichung der Wirtschaftssektoren Gesundheit, Bildung, öffentlicher Verkehr, Wohnen, Telekommunikation usw. können die Lebensverhältnisse der breiten Massen vorläufig bessern.

Hinzu kommt nun die notwendige Enteignung aller Energieversorger, um Preissteigerungen einzudämmen, die in erster Linie durch den Zufluss von Unmengen Spekulationskapital an den Energiebörsen ausgelöst werden. In diesen Kämpfen sammelt sich eine breite Volksfront und schafft sich ihre Organe der Vergesellschaftung. Dann rückt entschädigungslose vollständige Enteignung des gesamten kapitalistischen Eigentums ins Blickfeld und in den Bereich des gesellschaftlich Möglichen.

In Anbetracht der Geschichte unseres Imperialisten und der Geschichte des gesamten imperialistischen Systems sind es naheliegende und notwendige Forderungen. Wie können wir erreichen, dass die Enteignung eine Selbstverständlichkeit im gesellschaftlichen Klassenkampf wird?

Werfen wir einen Blick auf unseren Gegner, den Imperialisten. Bei ihm bestimmt die Neuaufteilung der Welt all seine Handlungen und die seines politischen Personals. Studieren wir unseren Gegner und lernen wir von ihm. So hartnäckig er an seinem Ziel der Weltherrschaft festhält und so unnachgiebig und flexibel er seine Strategie der Expansion betreibt, so hartnäckig, unnachgiebig und flexibel müssen auch wir unser Ziel und unsere Strategie verfolgen.

Das Ziel, der Besitz der Produktivkräfte und die Eroberung der Staatsmacht, muss all unsere Tageskämpfe bestimmen.

Und wenn unser Gegner ganze Völker für sein Ziel unterwirft und vereint, so sammeln und vereinen wir alle Kräfte im Volk, die ebenso wie die Arbeiter unter den Zuständen der Privatwirtschaft nicht mehr leben können und wollen, für unser Ziel: die revolutionäre Beendigung der Klassengesellschaft und ihrer Kriege durch die kommunistische Gesellschaft.

Anhang: Chronologie der ökonomischen Beziehungen Deutschland-Russland

Die Anordnung der empirischen Fakten in ihrer zeitlichen Abfolge mit kurzen Kommentaren soll der schnellen Orientierung dienen. Die meisten Fakten dieser Chronologie sind den Büchern von Jörg Kronauer entnommen: „Meinst du die Russen wollen Krieg?“, 2018, und „Der Aufmarsch. Vorgeschichte zum Krieg“, 2022. Bezüglich der dort entnommenen Fakten wird auf Quellenangaben verzichtet, längere Passagen im Wortlaut sind als Zitate gekennzeichnet, die Quelle in Fußnoten angegeben.

Vorgeschichte 1890: Mannesmann liefert Erdöl-Leitung an eine russische Fabrik. Besonderheit: nahtlose Stahlrohre. Die Technik des Konzerns ermöglicht Bohrungen bis zu 2.000 Meter Tiefe.

1900: Mannesmann baut Erdöl-Pipeline von Baku nach Batumi (Verladehafen), mit 850 km die weltweit längste.

1958: Lange nahtlose Stahlrohre für Erdgasröhren werden von der CoCom-Embargoliste gegen die Sowjetunion, die auf diese Röhren angewiesen ist, gestrichen.

1962: Der NATO-Rat erklärt auf Druck der USA den Verkauf von Erdgasröhren an die UdSSR für unerwünscht. Die BRD-Regierung verbietet Mannesmann den Röhrenexport.

1968: Österreich (Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke, VOEST) übernimmt als neutrales Land – Erdgas aus Russland gegen den Export von Erdgasröhren in die UdSSR. Die VOEST beauftragt mit dem Bau Mannesmann und Thyssen.

1970: Erstes Erdgasröhren-Geschäft der Sowjetunion mit der BRD. Den Vertrag unterzeichnen die beiden Wirtschaftsminister (Schiller, Patolitschew): Lieferung von 3 Mrd. m³ russisches Erdgas jährlich (bis 1973) durch Sojuzgas an Ruhrgas, 1,2 Mio. Tonnen Stahlrohre von den Mannesmann-Röhrenwerken (Mannesmann und Thyssen) für den Bau einer Erdgaspipeline von Sibirien bis nach Deutschland. Aus dem über Jahrzehnte bis zum Jahr

2000 fixierten Erlös tilgt die sowjetische Seite den Kredit bei der Deutschen Bank. Das Geschäft macht die Ruhrgas AG zum größten Pipeline- und Handelsmonopol für Erdgas der BRD.¹⁴⁵

1972: Ausweitung des jährlichen Gas-Liefervolumens aus der UdSSR auf 7 Mrd. m³

1979: Ausweitung auf 9,5 Mrd. m³ jährlich

1981: Ausweitung auf 20 Mrd. m³.

Die US-Regierung Reagan erlässt ein Exportverbot für Kompressoren und andere für Rohstofflieferungen benötigte Maschinen. Bonn, Paris und London widersetzen sich dem Verbot. Im November 1982 muss die US-Regierung die Sanktionen einstellen.

1985: Die BRD importiert 24% des jährlichen Gas-Verbrauchs aus der UdSSR. (Bei Erdöl liegt der Anteil bei 11%.)

Entwicklung des deutschen Exports in die UdSSR: von 0,8 Mrd. DM im Jahr 1960 auf 11,2 Mrd. DM im Jahr 1983, 2,6% des westdeutschen Gesamtexports. Die UdSSR steigt auf Platz 9 der Exportländer.

1988: Deutsche Bank Vorstand Christians schlägt dem sowjetischen Ministerpräsidenten Ryschkow und Außenminister Schewardnadse vor, das Gebiet um Kaliningrad zu einer „Sonderwirtschaftszone“ mit freier Industrieansiedlung und einer Freihandelszone zu machen. Und statt der Auswanderung in die BRD sollen die Russlanddeutschen dort angesiedelt werden. Kaliningrad wird zu einer Sonderwirtschaftszone, jedoch ohne Ansiedelung der Russlanddeutschen.

1989:

13. Juni: Die Außenminister der BRD und der RSFSR unterzeichnen einen Vertrag „über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen“

¹⁴⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/E.ON_Ruhrgas#Bis_2002

1990:

9. *November:* Vertrag „über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“.

1990 – 1993:

Die BRD gewährt der Russischen Föderation 40 Mrd. US-Dollar „Transformationshilfen“ (USA: 11,8 Mrd., Japan 4,6 Mrd., Großbritannien 1 Mrd.)

Die russischen Schulden bei internationalen Gläubigern (Pariser Club) steigen in den 90er Jahren von 68 Mrd. US-Dollar auf 100 Mrd. US-Dollar. Die BRD ist mit einem Anteil von 40-45% größter Gläubiger. Das russische BIP liegt Ende der 90er Jahre bei 64% des BIP von 1990.

1991:

Die BRD bezieht 15,8% des importierten Erdöls und 43,6% des Erdgases von der Russischen SFSR.

2. *Februar:* Das Bundesland Niedersachsen, Ministerpräsident Gerhard Schröder, unterzeichnet eine Gemeinsame Erklärung über die Aufnahme partnerschaftlicher Beziehungen zur RSFSR. Ein gutes Jahr später unterzeichnet der niedersächsische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Jürgen Trittin, eine erneute „Gemeinsame Erklärung ...“, allerdings mit der Oblast Tjumen. Diese Oblast ist zusammen mit ihren zwei Autonomen Kreisen, die sie verwaltet, ca. viermal so groß wie die BRD und wird als „Russlands Saudi-Arabien“ bezeichnet, weil in ihr zwei Drittel der russischen Erdöl- und neun Zehntel der russischen Erdgasvorräte liegen.

März: Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft eröffnet in Leningrad eine Repräsentanz und erhält hierfür das ehemalige DDR-Generalkonsulat am Bolshoi Prospekt. Vermittler ist der für den Außenhandel zuständige Stadt-Referent Wladimir Putin (1985-1990 für den KGB in Dresden).

28. *Juni:* Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) löst sich auf

1. *Juli:* Die Warschauer Vertragsorganisation löst sich ebenfalls auf. Das Verteidigungsbündnis hatte sich 1955 aus acht Staaten gebildet: Sowjetunion,

Polen, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Tschechoslowakei, die DDR und Albanien (1968 ausgetreten).

28. *August*: Aufnahme diplomatischer Beziehungen der BRD mit den von der RSFSR losgetrennten Republiken Litauen, Lettland, Estland.

8. *Dezember*: Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten GUS aus den 12 Ländern Russland, Belarus, Ukraine, Kasachstan, Georgien, Armenien, Aserbaidshan, Kirgisistan, Moldau, Tadschikistan, Usbekistan (Turkmenistan seit 2005 beigeordnet). 2009 tritt Georgien aus, 2018 Ukraine. Jedes Land hat eine eigene Währung. Bevölkerung der GUS-Staaten: 222,29 Mio. (Sowjetunion: 290 Mio.)

20. *Dezember*: Gründung des Nordatlantischen Kooperationsrats, NACC, zusammen mit den einst sozialistischen Staaten Ost- und Südosteuropas als Dialogforum. Mitten beim Gründungstreffen teilt der sowjetische Vertreter mit, sein Land löse sich gerade auf, er vertrete nur noch die „Russische Föderation“. Über ein Jahr lang verfolgt Moskau den Beitritt Russlands zur NATO.

26. *Dez.*: Auflösung der Sowjetunion, die sich in zwölf Einzelstaaten zersplittert. Die Russische Föderation verliert die Kontrolle über ein Viertel des sowjetischen Territoriums und rund die Hälfte der sowjetischen Bevölkerung. Bis 1993 treten außer den baltischen Staaten alle Teile der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) bei.

Anerkennung der Ukraine als selbständiger Staat durch die BRD. Eröffnung der deutschen Botschaft am 17. Januar 1992 als einer der ersten westlichen Staaten. Führende separatistische Politiker baltischer und anderer Sowjetstaaten wurden zuvor regelmäßig in Berlin empfangen und beraten.

1992: Gemeinsame Erklärung der BRD und Russlands. Hauptpunkt: „die Notwendigkeit einer weiteren Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit im Bereich Öl und Gas“

Gründung von Joint Ventures. Ausdrücklich genannt: Wolgodeminoil, an dem BASF/Wintershall und Lukoil je 50% halten sollen.

Russland verfügt über die siebtgrößten Erdölreserven weltweit (13,4 Mrd. t) und über die drittgrößten Erdölressourcen (35,5 Mrd. t); Reserven sind nach

aktuellem Stand der Technik gewinnbringend abbaubar, bei Ressourcen erst in Zukunft. Beim Erdgas ist das Verhältnis: die weltweit größten Erdgas-Reserven (47,8 Bio. m³) und ebenfalls die weltweit größten Erdgas-Ressourcen (152 Bio. m³). Das Verhältnis Reserven zu Ressourcen von ca. jeweils 1:3 begründet nicht nur eine Abhängigkeit der BRD von Russland, sondern auch umgekehrt eine Abhängigkeit Russlands von der BRD wegen des nötigen Ausbaus der Förderinfrastruktur.

März: Anerkennung Georgiens, Armeniens, Aserbaidschans durch die BRD

6. April: Vertrag zwischen dem US-amerikanischen Konzern Chevron mit Kasachstan über ein Joint Venture zur Ausbeutung der Kaspischen Erdölfelder in Tengiz. Chevron ist der erste westliche Erdölkonzern mit Zugriff auf die Kaspischen Ressourcen. Ab 2002 müssen die anfänglichen Schätzung der dort liegenden Ölmengen weit nach unten korrigiert werden.

BASF/Wintershall gründet zusammen mit Gazprom das Joint Venture „Wingas“. 1998 folgt eine Vereinbarung für eine Joint Venture zur Gasförderung in Sibirien. Wintershall nähert sich dem direkten Zugriff auf den Rohstoff.

Die Dresdner Bank erhält als erste westliche Bank eine Vollbanklizenz in Russland. 1996 koordiniert sie den ersten internationalen Verkauf von Gazprom-Anteilen. Und vermittelt dem Konzern einen 2,5 Mrd.-Dollar-Kredit für den Bau einer Pipeline nach Frankfurt an der Oder. Vorstandsvorsitzende der Bank Warnig wird später in die Aufsichtsräte des Erdöl-Konzerns Rosneft, der Bank Rossija und des weltgrößten Aluminiumherstellers Rusal berufen. Er ist von 2006-2016 Geschäftsführer der Nord Stream AG.

1993:

Der Europäische Rat gibt grünes Licht für die Osterweiterung der EU.

Mitte 90er: Der Bundesnachrichtendienst, BND, baut Beziehungen zu tschetschenischen Separatisten auf und unterstützt sie aktiv.

1994: Städtepartnerschaft zwischen Tjumen und Celle.

Januar: Gründung der „Partnerschaft für den Frieden“, der nach und nach auch die formal neutralen Staaten Finnland, Schweden, Irland, Österreich und Malta beitreten. Faktisch ermöglicht es diese militärische Kooperationen

einschließende Partnerschaft, Streitkräfte fremder Staaten langsam in die NATO einzubinden und an die russischen Grenzen heranzuführen.

Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU: regelmäßige Zusammenkünfte russischer Regierungsstellen mit der EU-Troika (Kooperation von EZB, IWF und Europäischer Kommission) sowie Treffen auf Minister- und Beamtenebene.

November: Erster Tschetschenien-Krieg von Ende 1994-1996. Tschetschenien ist mit 1,5 Mio. Einwohnern eine autonome Republik innerhalb der Russischen Föderation. Ende 1994 marschieren russische Truppen in Tschetschenien ein, um eine bewaffnete Sezession zu verhindern. Der Krieg fordert 80.000 Todesopfer und endet im Friedensvertrag vom 12. Mai 1997 mit einer de-facto-Unabhängigkeit Tschetscheniens.

1995: Moskau stellt russische Truppen für die NATO-geführte Intervention in Bosnien, einem gegen seine eigenen Interessen gerichteten Einsatz. Die von russischer Seite erhoffte Schadenbegrenzung in Jugoslawien findet nicht statt.

1996: Kurz vor der Präsidentenwahl (Jelzin) trifft ein weiterer deutscher Kredit in Höhe von 4 Mrd. DM in Moskau ein. Jelzin (35,8%) schlägt Sjuganow (32,5%) bei der Stichwahl.

1997: Partnerschaft zwischen dem niedersächsischen Landtag und der Duma der Oblast Tjumen, die 10 Jahre später in einer „Partnerschaft“ der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland mit den 26.000 in Tjumen verbliebenen deutschsprachigen Bürgern Russlands gipfelt. Natürlich organisiert vom deutschen Innenministerium.

8./9. *Juli:* Beim NATO-Gipfeltreffen wird Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn die Aufnahme in die NATO angeboten. Um Moskau zu beschwichtigen, wurde zuvor am 17. Mai eine „Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit“ zwischen der NATO und der Russischen Föderation unterzeichnet. Im Kern nichts weiter als ein „wässriger Nichtangriffsvertrag“ (Kronauer), der garantiert, dass die NATO keine zusätzlichen Kampftruppen dauerhaft in Osteuropa stationieren werde. Eine Bestimmung, die aktuell unterlaufen wird durch regelmäßigen Austausch der Truppen, was für einen militärisch weit effektiveren Durchlauf sorgt.

Aufnahme Russlands in den G7-Gesprächskreis (Frankreich, Großbritannien, Italien, Deutschland, Japan, USA, Kanada), ein informeller Zusammenschluss ohne institutionalisierte Strukturen, der 1977 aus „Kamingesprächen“ zur Erörterung von Finanz- und Währungsfragen entstand. Bis 2014, dem Jahr des Ausschlusses Russlands, firmiert er als G8-Treffen.

1998: Die Ruhrgas AG (9.100 Beschäftigte), Konkurrent von BASF/Wintershall, kauft zunächst 2,5% der Anteile an Gazprom und erhöht diese bis 2003 auf 6,4%. Ruhrgas-Vorstand Bergmann wird als einziger Nicht-Russe Mitglied im Gazprom-Aufsichtsrat. 2010 verkauft die E.ON Ruhrgas (seit 2003) sämtliche Anteile.

Anders als der deutsche Imperialismus verfolgt der US-amerikanische die weitere Entmachtung Russlands durch den Bruch des russischen Erdöl-Transit-Monopols. Unter Führung der USA unterzeichnen die Türkei, Georgien, Aserbaidshan, Kasachstan und Usbekistan eine Erklärung über den Bau einer „Baku-Tblisi-Ceyhan-Pipeline“ (BTC). Am 18. November 1999 folgt die Unterzeichnung einer Regierungsvereinbarung darüber in Anwesenheit des US-Präsidenten Bill Clinton. Am 18. September 2002 ist Baubeginn, am 25. Mai 2005 die Einweihung der Röhre. 2009 wird sie erweitert. Das Betreiberkonsortium wird angeführt von der britischen BP.

Finanzkrise in Russland. Das BIP sinkt auf 55% des Volumens von 1990.

1999: BMW beginnt mit der Automontage bei Avtotor in Kaliningrad.

12. März: Polen, Tschechien und Ungarn werden Mitglieder in der NATO.

24. März: Ein bis zum 10. Juni dauernder NATO-Krieg gegen Jugoslawien, der 5.000 Todesopfer fordert, dokumentiert den Verfall des russischen Einflusses auf internationaler Ebene. Moskau kann den Krieg gegen Jugoslawien trotz Veto im UN-Sicherheitsrat nicht verhindern. Die Beteiligung russischer Truppen an der NATO-Okkupation des Kosovo endet, nachdem 200 russische Fallschirmjäger den militärischen Teil des Flughafens Priština ohne Absprache mit den NATO-Truppen besetzen, in einem Fiasko für Moskau. Putin befiehlt am 1. August 2003 den Rückzug.

26. August: Zweiter Tschetschenienkrieg von 1999-2009. Am 7. August greifen islamische paramilitärische Einheiten die russische Republik Dagestan von Tschetschenien aus an. Daraufhin marschieren 100.000 russische

Soldaten in Tschetschenien ein und unterstützen die Regierung Maschadow gegen die Rebellen, die den Krieg mit Terroranschlägen und Geiselnahmen auf russisches Territorium ausweiten. Der 10 Jahre dauernde Krieg fordert über 100.000 Todesopfer und endet mit einem erweiterten Autonomiestatus der Republik, die die Entwicklung zu einem islamischen Staatswesen nimmt.

Oktober: In einem Strategiepapier begrüßt die russische Regierung die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU, weil sie „die Vereinigten Staaten und die NATO und ihre Dominanz auf dem Kontinent“ einschränken könne. Zur „NATO-Zentriertheit in Europa“ schaffe sie ein „Gegengewicht“.¹⁴⁶

2000:

26. März: Wladimir Putin wird Präsident der Russischen Föderation. Bereits am 13. März treffen Vertreter der deutschen Wirtschaft mit ihm zusammen: der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Otto Wolff von Amerongen, Daimler-Manager Klaus Mangold, Ferrostahl Vorstand Klaus von Menges, Allianz-Chef Henning Schulte-Noelle, Wintershall-Chef Herbert Detharding, Ruhrgas-Vorstand Burckhard Bergmann und der Siemens Manager Volker Jung.

Juni: Präsident Putin zum Antrittsbesuch in Berlin bei Kanzler Gerhard Schröder. Aus Sicht der Wirtschaft ein voller Erfolg. Eine „Arbeitsgruppe Wirtschaft und Finanzen“ wird gegründet, die sofort am 26. Juli ihre Arbeit aufnimmt.

2000-2010: Konsolidierung der russischen Wirtschaft. BIP versechsfacht sich in zehn Jahren von 0,28 Bio. US-Dollar auf 1,64 Bio. US-Dollar. Die Staatsausgaben im Bereich Gesundheit steigen im selben Zeitraum um das Siebeneinhalbfache von 96,2 US-Dollar pro Kopf auf 727,4 US-Dollar. Die Säuglingssterblichkeit halbiert sich. Die Armut sinkt um mehr als die Hälfte.

Ergebnisse der deutsch-russischen Kooperation: Der deutsche Export steigt von 10,3 Mrd. Euro in 2001 auf über 38 Mrd. Euro im Jahr 2012, fast vervierfacht. Russland liegt auf Platz 11 der deutschen Exportrangliste. Kapitalexport: 1995 noch 0,13 Mrd. Euro, 2013 22 Mrd. Euro. 6.000 deutsche

¹⁴⁶ zitiert nach: Kronauer. Meinst du, S. 128

Unternehmen lassen in Russland produzieren, darunter Siemens, Linde, Bayer, die Mittelständler Claas (Landmaschinen). VW gründet 2006 die Volkswagen Group Rus und gründet ein neues Werk in Kaluga, südwestlich von Moskau. Fraport gehört ein Drittel der Anteile des St. Petersburger Flughafens Pulkovo, Metro errichtet 70 Cash&Carry-Märkte und 50 Media-Markt Filialen (9% des Konzernumsatzes), Baustoffkonzern Knauf macht mit 6000 Beschäftigten 20% seines Geschäfts.

Der Export in die Ukraine steigt von 1,4 Mrd. Euro (2000) auf 5,75 Mrd. Euro (2012), ebenfalls vervierfacht. Kapitalexport: von 0,24 Mrd. US-Dollar im selben Zeitraum auf 6,3 Mrd. US-Dollar.

Die EU ist wichtigster Handelspartner Russlands. 88% der Erdöl- und 79% der Erdgasexporte gehen in die EU und ergeben 40% der gesamten russischen Staatsausgaben.

2001: Russland darf eine ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel einrichten.

April: Gründung des Petersburger Dialogs. Ein jährliches Treffen, abwechselnd in Russland und in der BRD, um „*die Verständigung sowie einen offenen Dialog zwischen allen Bereichen der Zivilgesellschaften beider Länder*“ zu fördern. Interessant, wie das jährliche Treffen nach der Krim-Rückholung Russlands im Jahr 2014 für ein Jahr ausgesetzt wurde, um ein Jahr später wieder ungestört weiter zu laufen.

Mai: Der EU-Russland-Gipfel in Moskau installiert eine „privilegierte Wirtschaftspartnerschaft“. Beim nächsten Gipfel im Jahr 2003 wird der Bereich Wirtschaft um drei weitere „gemeinsame Räume“, Justiz, Inneres und „äußere Sicherheit“ ergänzt. 2005 folgt noch der Bereich Forschung und Bildung. Bereits die Gipfeltreffen 2008 und 2013 enden ergebnislos. Bereits die Zeitabstände deuten auf ein Auslaufen dieses Formats ab Mitte der 2000er Jahre. Ungeklärt, ob dies von der BRD gewünscht oder von anderer Seite in der EU durchgesetzt wurde.

Juni: Russland, China und die vier zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Usbekistan, Kirgisistan und Tadschikistan gründen das außen- und militärpolitische Bündnis Shanghai Cooperation Organization (SCO), das sich offiziell gegen Separatismus, Terrorismus und jihadistische Aktivitäten

richtet. Die Kooperation der Geheimdienste und Militärs steht aktuell im Vordergrund, optional aber eine Umwandlung in ein geopolitisches Gegengewicht gegen die NATO. 2017 treten Indien und Pakistan bei.

9. September: 9/11-Terrorangriff auf symbolträchtige Machtzentren der USA, USA rufen den ersten Bündnisfall in der Geschichte der NATO aus

25. September: Zweiter Besuch des russischen Präsidenten in Berlin. Putin spricht als erster russischer Staatschef vor dem deutschen Bundestag. Er spricht in deutscher Sprache: *„Niemand bezweifelt den großen Wert der Beziehungen Europas zu den Vereinigten Staaten. Aber ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbständiger Mittelpunkt der Weltpolitik langfristig nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotentialen Russlands verbinden wird.“* Vier Tage später schreibt der deutsche Kriegsminister Scharping in der SZ über eine *„multipolar und kooperativ“* strukturierte *„neue Weltordnung“* jenseits der einseitigen Bindung an die USA.¹⁴⁷

September: Washington erlangt von Usbekistan vor dem Afghanistan-Krieg die Genehmigung, zwei Luftwaffenstützpunkte in Usbekistan und in Kirgisistan zu leasen. Der Versuch, sich militärisch in Zentralasien festzusetzen scheitert. Die US-Truppen müssen 2005 Usbekistan und 2015 Kirgisistan verlassen. Die Haltung Usbekistans war eine Reaktion auf die von Washington gesteuerten „Farbrevolutionen“, Umsturzversuche in mehreren ehemals sowjetischen Ländern, für die die Entmachtung des jugoslawischen Präsidenten Milosevic das Vorbild war.

2002:

Mai: Der NATO-Russland-Rat wird geschaffen, ebenfalls nur ein weiterer Dialograhmen.

September: Um das russische Monopol beim Gas-Transit zu durchbrechen, wird unter britischer Federführung der Bau einer „Nabucco-Pipeline“ geplant, in Anspielung auf die Verdi-Oper, in der das jüdische Volk versucht, sich aus der babylonischen Herrschaft zu befreien. Beteiligt sind Konzerne aus der

¹⁴⁷ Kronauer. Meinst du, S. 131

Türkei, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Österreich. Im Juni 2013 kommt zum es plötzlichen Aus für Nabucco. BASF/Wintershall und Gazprom haben andere Pläne.

2003: BASF/Wintershall gründet in Kooperation mit Gazprom das Joint Venture Achimgaz, das die Förderanlagen um das Gasfeld Urengoi in Sibirien ausbaut (Gas-Förderung seit 1978). Neue Schichten in 4.000 Meter Tiefe werden erschlossen. Beide Teile besitzen je 50% Anteil am Unternehmen.

Oktober: Moskau erteilt der BRD die Erlaubnis, den Nachschub für den Afghanistan-Krieg per Bahntransport über russisches Territorium abzuwickeln.

Die Kooperation mit der NATO beim Afghanistan-Krieg beginnt bereits zwei Jahre zuvor: Nutzung zentralasiatischer Militärbasen, 2004/05 Kooperation in der Drogen- und Terrorismus-Bekämpfung, 2008 Transport nicht-tödlicher Ausrüstung über russisches Gebiet, 2010 Genehmigung zum Waffentransport der NATO, 2012 Nutzung des russischen Luftraums, inkl. des Flughafens Uljanowsk, was zu Protesten in der Bevölkerung führte. 2015 wurde die Kooperation nach der Zuspitzung des Ukraine-Konflikts eingestellt.

23. November: In Jugoslawien ausgebildete Schergen einer Organisation namens „Otpor“ treten in Georgien wieder auf in einer Organisation namens „Kmara“, finanziert von US-Organisationen wie dem Open Society Institut von George Soros, sie organisieren Unruhen, die am 23. November zum Rücktritt der Regierung Schewardnadse führen.

2004

Januar: Der Vertreter der tschetschenischen Separatisten Achmed Sakajew trifft in Berlin mit Vertretern der CDU/CSU, der SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen zusammen.

29. März: Die NATO wird um sieben weitere Staaten erweitert: Estland, Lettland, Litauen, Slowakei, Slowenien, Rumänien, Bulgarien.

12. Mai: Die EU verkündet eine neue „Europäische Nachbarschaftspolitik“.

14. Juni: Aufnahme Georgiens, Armeniens und Aserbaidshans in den EU-Nachbarschaftsstatus. Zusammen mit Ukraine, Belarus und Moldau begeben

sechs neue Staaten der ehemaligen Sowjetunion unter den deutschen Einflussbereich.

Ende des Jahres folgt auf die georgische „Rosenrevolution“ (2003) die „Orange Revolution“ in der Ukraine und die „Tulpenrevolution“ in Kirgisistan (2005). Alle nach dem erfolgreichen georgischen Modell geformt, das seinerzeit zuvor in Jugoslawien erprobt wurde. Einen vergeblichen Versuch gibt es in Belarus. Die Regierung Usbekistans reagiert 2005 mit einem Massaker an den Demonstranten, bei dem mehrere Hundert ums Leben kommen. Und sie entzieht Washington den Luftwaffenstützpunkt. Weiter US-Niederlagen in dem Gebiet folgen. Das Blatt wendet sich erst mit einem erneuten Umsturz in der Ukraine 10 Jahre später.

Russland tritt dem von den ASEAN-Staaten geschlossenen Vertrag über Freundschaft und Kooperation in Südostasien bei. Das ASEAN-Bündnis besteht aus 10 kleineren asiatischen Staaten (ohne China, Japan, Indien) und umfasst 611 Mio. Einwohner, 1997 erweitert als ASIA+3 unter Einbeziehung von China, Japan, Südkorea, seit 2009 ASEAN als Wirtschaftsunion nach dem Vorbild der EU. 2005 findet in Kuala Lumpur der erste Ostasiengipfel statt, an dem neben den ASEAN+3-Staaten auch Indien, Australien und Neuseeland teilnehmen. Eine Weiterentwicklung zu einer Ostasien-Gemeinschaft ist in Planung. Die erste Freihandelszone der ASEAN-Staaten mit der Volksrepublik China tritt am 1. Januar 2010 in Kraft.

Juli: Vollzug der EU-Osterweiterung durch die Länder Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien. Damit sind sechs Staaten der einstigen Warschauer Vertragsorganisation und drei Staaten, die früher Teil der Sowjetunion waren, in das deutsche Hegemonialgebiet vorerst integriert.

24. *Juli:* BASF/Wintershall vereinbart mit Gazprom den Bau einer Pipeline durch die Ostsee, Nord Stream 1.

2005:

11. *April:* Vereinbarung zu Nord Stream 1 von Kanzler Schröder und Präsident Putin auf höchster Ebene bestätigt. Festgelegt wird der Verlauf durch die Ostsee unter Umgehung des bisherigen Transits durch Ukraine und Polen. E.ON Ruhrgas ist anfangs gegen die Route durch die Ostsee. Der Konzern favorisiert eine weitere Pipeline über Belarus und Polen und die

Erweiterung der Transitmöglichkeiten der Ukraine. Nach einem Jahr Verhandlungen stimmt Ruhrgas dem Nord Stream-Projekt zu, wird daran zum gleichen Anteil wie Wintershall beteiligt und erhält einen Zugang zu Projekten in der russischen Ölförderung. Am 8. September unterzeichnen Wintershall und Gazprom die Grundsatzserklärung in Anwesenheit von Schröder und Putin. Beschlossen wird, eine Betreibergesellschaft in der Schweiz zu gründen. Gazprom soll zu 51% beteiligt werden und die zwei deutschen Unternehmen (Wintershall und E.ON Ruhrgas) sollen ihre Anteile von jeweils 24,5% reduzieren, um einen vierten Projektpartner zu beteiligen. Später werden die Niederlande Gasunie und die französische Engie (ehemals GDF Suez) einsteigen. Auch wird die Anlage eines zweiten Leitungsstrangs, Nord Stream 2, festgelegt. Die EU hatte im Jahr 2000 die Röhre in ihre Richtlinie für Transeuropäische Energienetze (TEN-E) aufgenommen. Beteiligt sind nun Gazprom mit 51%, Wintershall und E.ON zu je 15,5%.

Der Gegensatz zwischen Ruhrgas und Wintershall bezüglich des Verlaufs der Route reicht bis in den Bundestagswahlkampf,¹⁴⁸ wo sich die Linien der Falken- und der Achsenpolitik gegenüberstehen. Nach seiner Wahlniederlage im September übernimmt Schröder den Vorsitz der Nord-Stream-Betreiber-Gesellschaft.

Juli: Deutsch-russische Spezialkräfte-Verbände halten parallele Manöver ab auf Truppenübungsplätzen in Zweibrücken und in Pskow, was polnische Militär-Spezialisten aufgebracht zur Kenntnis nehmen Deutschland sei „*das einzige westliche Land [...] das mit Russland bilaterale Militärmanöver durchführt*“.¹⁴⁹

2007:

Wintershall steigt mit einem 35%-Anteil in die Förderung aus dem Gasfeld Juschno Russkoje ein, das wie Urengoi im Autonomen Kreis Jamal-Nenzen der Verwaltung von Tjumen unterliegt, jenem „Russischen Saudi-Arabien“, mit dem 10 Jahre zuvor der Landtag Niedersachsens unter Gerhard Schröder eine Partnerschaft gründet.

¹⁴⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Nord_Stream#Planung

¹⁴⁹ Zentrum für Oststudien, zitiert nach Kronauer. Meinst du, S. 77

Das Joint Venture unter dem Namen „Severneftegazprom“ gehört zu 40% Gazprom, 25% gingen im Frühjahr 2017 von der deutschen E.ON Tochter Uniper an die österreichische OMV, die seit 2015 von Ex-Wintershall-Chef Rainer Seele geführt wird, dem Präsidenten der deutsch-russischen Außenhandelskammer.

Februar: Präsident Putin spricht auf der Münchner Sicherheitskonferenz: „Das Format der Konferenz bietet mir die Möglichkeit, auf ein übermäßiges Höflichkeitsgetue zu verzichten.“ Sein Thema ist die monopolare Welt. „Wie dieser Begriff auch immer ausgeschmückt werden mag – im Endeffekt bedeutet er in der Praxis nur eines:“ Ein „Zentrum der Macht, ein Zentrum der Kraft und ein Zentrum der Beschlussfassung.“ Das monopolare Modell sei für die heutige Welt deshalb „unannehmbar“.¹⁵⁰

März: Erste Verhandlungen der EU-Kommission über ein „erweitertes Abkommen“ mit der Ukraine, die am 9. September 2008 zu dem Beschluss führen, das Land an die EU zu „assoziiieren“. Es gibt keinerlei Einwände dagegen von Seiten Russlands.

6. Oktober: Russland gründet eine Zollunion mit Belarus und Kasachstan. Es ist ein erster Schritt in Richtung einer eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (siehe 27. Nov. 2019)

2008:

17. Februar: Kosovo proklamiert seine Lostrennung von Serbien. Moskau stellt sich vehement gegen diesen von Berlin und Washington initiierten Schritt. „Jetzt wollen diejenigen, die sich als Sieger im Kalten Krieg fühlen, auch nach eigenem Gusto die Welt aufteilen.“¹⁵¹

2. April: Beim NATO-Gipfeltreffen eskaliert an der Frage der Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die NATO der Streit zwischen der US-Regierung und der deutschen Regierung. Berlin verhindert die Aufnahme der beiden Länder in die NATO per Veto, um seinerseits deren EU-Assoziierung zu befördern.

¹⁵⁰ zitiert nach Kronauer. Meinst du, S. 146

¹⁵¹ A.a.O., S.137

Der Streit zwischen der BRD und Russland um die Ukraine ist anderer Art als der Streit zwischen den USA und Russland um die Ukraine. Die BRD kann seit diesem 2. April ihre Ukraine-Pläne gegenüber Russland darstellen als die für Russland akzeptablere Variante von zwei unvermeidlichen. Damit hat sie zeitweise Erfolg in Moskau. Die Gegnerschaft Moskaus gegen die EU-Assoziierung im Jahr 2013/14 basiert weniger auf der Ablehnung der militärischen EU-Einbindung der Ukraine, dem militärischen Teil im Assoziierungsabkommen, sondern darauf, dass siegen Monate später, am 6. Oktober 2007 Moskau mit einer Zollunion mit Belarus und Kasachstan die Realisierung einer Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft wieder aufgreift (2000). Den umfassenden Plan einer „Eurasischen Wirtschaftsunion“ nach europäischem Vorbild, die ohne Ukraine nicht denkbar ist, formuliert Putin erstmals am 3. Oktober 2011 in einem Artikel für die Tageszeitung *Iswestija*, drei Jahre nach dem EU-Ukraine-Sondergipfel am 9. September. 2008 (siehe 9. September 2008 und 7. Mai 2009).

7. *August*: Der Russland-Georgien-Krieg ist die Antwort Moskaus auf das Überschreiten der roten Linie durch die geplante Aufnahme Georgiens und der Ukraine in die NATO. Als georgische Truppen am 7. August in die autonome Provinz Südossetien einmarschieren, wo seit Juli bewaffnete Milizen um die Unabhängigkeit von Georgien kämpfen, überschreiten russische Soldaten die Grenze zu Georgien, nehmen in fünf Tagen Südossetien ein und bewegen sich weiter auf georgisches Territorium.

In den autonomen georgischen Gebieten Südossetien und Abchasien gären seit 1989 Unabhängigkeitsbestrebungen. Seit 1992 befinden sich beide Provinzen in einer von Russland protegierten de-facto-Unabhängigkeit. Der Fünftagekrieg im August 2008 endet mit einer Niederlage Georgiens und dem Rückzug der russischen Truppen. Am 26. August erkennt Moskau Südossetien (51.500 Einwohner) und Abchasien (243.000 Einwohner) als selbständige Republiken an. Als Schutzmacht Abchasiens gewinnt Moskau einen Küstenstreifen am Schwarzen Meer, der die eigene dortige Küste um 50% vergrößert.

9. *September*: Sondergipfel zwischen der EU und der Ukraine mit dem Beschluss, die Ukraine an die EU zu „assoziiieren“ (siehe 7. Mai 2009).

2009:

12. April: Aufnahme Albaniens und Kroatiens in die NATO.

7. Mai: Die E.ON Ruhrgas steigt mit einem 25% minus 1 Aktie über die Betreiberfirma OAO Severneftegazprom (SNGP) am Erdgasfeld Juschno-Russkoje. Weitere Aktionäre sind die Gazprom (50% plus 2 Aktien) sowie die Wintershall (25% minus 1 Aktie). Damit hat E.ON Ruhrgas Zugriff auf eines der größten Erdgasfelder der Welt mit Reserven von über 600 Millionen Kubikmetern Erdgas (E.ON Ruhrgas wird 2015 in die Uniper SE überführt, aktuell 11.751 Beschäftigte).¹⁵²

Bei ihrem Gipfel in Prag gründet die EU die „Östlichen Partnerschaften“ mit den Ländern Georgien, Armenien, Aserbaidschans, Ukraine, Belarus und Moldau zur Beschleunigung der politischen Assoziierung und wirtschaftlichen Integration. Die darin vorgesehenen „Assoziierungsabkommen“ sind EU-Verträge neuen Typs, die sich von früheren Erweiterungsabkommen der EU unterscheiden und auf die Osterweiterung abzielen. Beschlossen wurde dieser Plan schon ein halbes Jahr zuvor, im Dezember 2008 beim Europäischen Rat. Außenminister Sergei Lawrow kommentiert am 25. November 2009 den Vertrag so, dass auch Russland sich vorstellen könne, der Östlichen Partnerschaft beizutreten. Moskau interveniert zu diesem Zeitpunkt nicht gegen die Aufnahme der Ukraine, sondern protestiert offiziell bei der EU gegen die Aufnahme von Belarus.¹⁵³ Nach einem kurzen Handelskrieg zwischen Russland und Belarus wird der Streit beigelegt, die Kooperationspartner BRD und Russland teilen sich ihre Einflussgebiete auf: Russland erhält Belarus für die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU), die BRD/EU die Ukraine für die EU-Assoziierung. Offen bleibt damals, inwieweit Berlin sich auf das von Moskau favorisierte Experiment einlässt, die Ukraine als Doppelmitglied und Bindeglied zwischen Eurasischer und Europäischer Union einzusetzen. Kiew betreibt daher bis 2013 sowohl die EU-Assoziierung als auch den Beobachterstatus für die Eurasische Union (siehe August, November 2013). Bis zuletzt verlangt Janukowytsch von Berlin die Verhandlungen mit Moskau über diese Frage.

¹⁵² https://de.wikipedia.org/wiki/E.ON_Ruhrgas#Bis_2002

¹⁵³ https://de.wikipedia.org/wiki/Russisch-Belarussische_Union#2006_bis_2011

Anders als bei der NATO-Osterweiterung wurde die Ukraine in puncto EU-Erweiterung von Moskau bis 2013 nie zur roten Linie erklärt, was wiederum wichtig für die Frage, inwieweit sich deutsch-russische Kooperation und US-amerikanische Eskalation mittels NATO-Erweiterung unterscheiden. Ein Fehler läge darin, beides in einen Topf zu werfen. Die aggressive NATO-Osterweiterung ist auch eine Reaktion auf die deutsch-russische Kooperation. Was aussieht wie ein Wettlauf der beiden Imperialisten USA und BRD um die Dominanz in den russischen Nachbarstaaten, ist in der vollen Dimension des Widerspruchs zwischen beiden Großmächten die strategische Ausrichtung eines kompletten Kontinents gegen einen anderen. Und von der anderen Seite (USA) die entsprechende Reaktion darauf.

27. November: Russland, Belarus und Kasachstan erweitern ihre Zollunion zu einem Zollkodex, der allerdings erst nach und nach umgesetzt wird. Die Zollgrenzen zwischen den drei Staaten werden im Juli 2011 abgebaut.

2010:

Russland wird Mitglied im Asia-Europe-Meeting, einem Zusammenschluss von 51 Staaten (Europa 31, Asien 20, EU-Kommission), das 1996 auf Initiative des Premierministers von Singapur Goh Chok Tong und seines französischen Amtskollegen Édouard Balladur gegründet wurde, um die Beziehungen zwischen Europa und Asien zu vertiefen. Das Format umfasst jährliche Gipfeltreffen der Regierungschefs, ad-hoc-Treffen der jeweiligen Minister für Äußeres, Wirtschaft und Finanzen sowie Kultur, Bildung, Soziales.

2011:

Auftrag an Rheinmetall zur Errichtung eines Hightech-Gefechtsübungszentrums in Mulino, westlich von Nischni Nowgorod. Es entsteht „die weltweit modernste Trainingsbasis mit simulationsgestützter Ausbildung, in der pro Jahr 30.000 Soldaten ausgebildet werden können.“¹⁵⁴

3. Oktober: In einem Artikel für die Tageszeitung *Iswestija*, formuliert Putin den umfassenden Plan einer „Eurasischen Wirtschaftsunion“, die nach europäischem Vorbild von den Staaten Belarus, Ukraine, Russland und

¹⁵⁴ Das Profil. Zeitung des Rheinmetall-Konzernes. 3/22, S. 1

Kasachstan gegründet werden und sich später erweitern soll. Erst ab diesem Zeitpunkt ist Moskau dagegen, dass sich die Ukraine ausschließlich der EU anschließt. Erst die Weigerung Berlins, über eine Bindeglied-Position der Ukraine zwischen EU und EAWU zu verhandeln, führt ab ca. 2013 zur Gegnerschaft Moskaus gegen die EU-Assoziierung der Ukraine.

18. Oktober: Freihandelsabkommen von acht GUS-Staaten. Russland, Ukraine, Weißrussland, Kasachstan, Armenien, Kirgisistan, Moldau und Tadschikistan einigen sich darin, ab 2012 auf Ein- und Ausfuhrzölle für ganze Gütergruppen zu verzichten.

8. November: Nord Stream 1 geht in Betrieb. Kanzlerin Merkel und Ministerpräsident Medwedew weihen die Anlage ein. Die Fördermenge wird bis 2015 auf 59,2 Mrd. m³ pro Jahr gesteigert. Verdoppelt sich die Menge durch die geplante Nord Stream 2, gehen bei einem BRD-Verbrauch von 95 Mrd. m³ knapp 50% der Nord Stream 2-Lieferung in den Verkauf an andere EU-Staaten.

2012:

30. März: Die EU paraphiert das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine. Vor dem Ratifizierungsverfahren durch die EU-Staaten solle jedoch die ukrainische Justiz das Verfahren gegen Julija Timoschenko und andere oppositionelle Politiker einstellen, weswegen kein einziger Regierungsvertreter zur Paraphierung (= öffentliche Zustimmung zu einem Vertragstext) erscheint. Diese Duplicierung der Ukraine scheint eher ein Ergebnis des Machtkampfs von Merkel gegen das eigene Falkenlager. Immerhin zieht sich die Assoziierung seit genau fünf Jahren (März 2007) in die Länge. Eine gegen Russland rücksichtslose EU-Osterweiterung sieht anders aus.

22. August: Russland wird der 156. Mitgliedsstaat der 1994 gegründeten Welthandelsorganisation WTO (heute 164 Mitgliedsstaaten). Handlungsgrundlage der Mitglieder bildet das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT), das auf vier Grundideen beruht: 1) das Verbot staatlicher Handelsbeschränkungen 2) die Festschreibung und kontinuierliche Senkung von Zollsätzen 3) die Meistbegünstigung 4) die Inländerbehandlung. Ziel sind gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen den Staaten und zwischen inländischen und ausländischen Produkten. Eine Hauptaufgabe der

WTO besteht in der Streitschlichtung, wozu drei Schiedsrichter eingesetzt sind. Am 11. Dez. 2019 endet die Amtszeit von zwei Schiedsrichtern. Seither verhindern die USA die Neubesetzung der Posten, wodurch der Streitschlichtungsmechanismus der WTO außer Kraft gesetzt ist und die ganze Institution bedroht ist.

Russland musste 18 Jahre lang um die Aufnahme in die WTO kämpfen. Zuletzt wurde ihm der Georgien-Krieg als Hinderungsgrund angelastet, während der Jugoslawienkrieg 1999 natürlich kein Grund war, die USA, die BRD und andere aus der WTO auszuschließen.

20. Oktober: Rosneft, einer der drei größten russischen Ölproduzenten, übernimmt die Ölfirma TNK-BP für rund 55 Mrd. US-Dollar. TNK-BP gehört je zur Hälfte der britischen BP und vier russischen Milliardenären. Rosneft erwirbt den 50%igen Anteil von BP für rund 28 Mrd. US-Dollar. BP erhält 17 Mrd. US-Dollar und erhöht seine Beteiligung an Rosneft auf knapp 20%. Die Firma AAR der russischen Besitzer erhält wie BP für ihren 50%igen Anteil ebenfalls rund 28 Mrd. US-Dollar.¹⁵⁵

November: Zwei Drittel der usbekischen Bevölkerung sprechen sich für einen Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion aus. Die politische Führung ist gespalten. Sieben Jahre später, im Dezember 2020, ist der Streit beigelegt. Das Land erhält (zusammen mit Kuba) den Beobachterstatus in der EAWU. Peru bekundet Interesse. Der Beobachterstatus umfasst die Angleichung der Industrienormen, synchronisiert das Zoll- und Steuerregime, befördert die Handelsbeziehungen und bereitet die Vollmitgliedschaft vor. Es folgen Freihandelsabkommen mit Vietnam (2015) und Serbien (2019).

2013:

Wintershall/Gazprom beginnen mit der Planung der Pipeline Nord Stream 2.

Juni: Die Ukraine verhandelt über ein Freihandelsabkommen mit der EU. Moskau setzt daraufhin Grenz-Schikanen für LKW in Gang, die den Waren-Transport aus der Ukraine nach Russland um Tage verzögern und droht mit Zöllen auf ukrainische Waren. Sofort setzt die EU das Freihandelsabkommen mit der Ukraine bis Ende 2015 aus. Und sogar im bereits paraphierten

¹⁵⁵ <https://de.wikipedia.org/wiki/Rosneft#Unternehmen>

Assoziierungsabkommen (30. März 2012) bleibt der Punkt Freihandel ausgespart. Berlin beharrt auf der Position, die EU-Ukraine-Pläne seien vor sechs Jahren (März 2007) entwickelt und von Moskau – anders als bei Belarus – nie zum Gegenstand gemacht worden. Also brauche man eine diesbezügliche Haltungänderung Moskaus auch nicht zu akzeptieren

Juni: Die Ukraine beantragt den Beobachterstatus in der Eurasischen Wirtschaftsunion.

21. November: In Kiew verweigert Präsident Janukowytsch die Unterzeichnung des mit der EU ausgehandelten Assoziierungsabkommen und fordert Nachverhandlungen gemeinsam mit Russland.

Eine von der BRD wie von den USA befeuerte Bürgerbewegung fordert den sofortigen EU-Beitritt. Es kommt zu Unruhen und Straßenkämpfen nach dem bekannten Vorbild der Farbrevolutionen in Georgien (2003), Ukraine (2004) und Kirgisistan (2005). Es kommt zu ersten Todesopfern. Teile der Polizei laufen in der Folge auf die Seite der Demonstranten über. Unübersichtlich, wer auf wen schießt.

28. November: In dieser Situation erklärt im deutschen Bundestag Kanzlerin Merkel – für viele erstaunlich – ihr Verständnis für das Aussetzen der Unterzeichnung und kommt Moskau damit entgegen. Das Einlenken Berlins kommt zu spät. Acht Jahre später kostet die Tatsache, dass sich in dieser Frage die Falken durchsetzen, den deutschen Imperialismus vieles von dem, was er in 30 Jahren an Expansion erreicht hat. Aber die Kiewer Anschluss-Bewegung ist im Gang und ukrainische Faschisten bestimmen zunehmend die Aktionsformen.

2014:

4. Februar: Die Aufzeichnung eines abgehörten Telefonats der Abteilungsleiterin im US-Außenministerium, Victoria Nuland, mit dem US-Botschafter in Kiew, Jeffrey Payette, dringt an die Öffentlichkeit. Das Gespräch enthüllt die Kontroverse der US- mit der EU-Administration („Fuck the EU“) und zeigt anschaulich, wie Bürgerbewegungen gesteuert, Politiker als Marionetten installiert und ganze Region in Kriege verwickelt werden. Wir drucken es deshalb im ganzen Wortlaut ab:

Victoria Nuland (Unterabteilungsleiter im US-Außenministerium): Was denkst du?

Jeffrey Payette (US-Botschafter in Kiew): Ich denke, wir sind im Spiel. Die Frage bezüglich Klitschko ist hier offensichtlich das komplizierte Elektron. Besonders die Tatsache, dass Janokowytsch ihm die Stelle des Vize-Premierministers angeboten hat. Du hast ja meine Notizen über die Probleme dieser Partnerschaft. Also werden wir jetzt versuchen, schnell mehr darüber herauszufinden, wie er dazu steht. Aber ich denke, dein Argument für ihn, dass du ihm klar machen solltest, ich denke, das ist der nächste Anruf, den wir machen sollten, ist genau das gleiche, was du auch Jazenjuk gesagt hast. Ich bin froh, dass du ihn so positioniert hast, dass er in dieses Szenario passt. Ich bin froh, dass er in dieser Position sagt, was er sagt.

Nuland: Gut. Ich denke, Klitschko sollte nicht in der Regierung sein. Ich denke nicht, dass es notwendig ist. Ich denke nicht, dass es eine gute Idee ist.

Payette: Ja, ich meine, ich schätze (Verlegenheit, Denkpause), in dem Fall, dass er nicht in die Regierung geht, lass ihn einfach draußen bleiben und seine politischen Hausaufgaben machen. Ich denke einfach, wenn es darum geht, diesen Prozess voranzutreiben, sollten wir die gemäßigten Demokraten zusammenhalten. Das Problem sind Tjahnybok (Vorsitzender der faschistischen Swoboda, d.V.) und seine Leute. Und ich bin mir sicher, darauf spekuliert Janokowytsch in dieser Situation auch.

Nuland: Ich denke, Jazenjuk ist unser Mann. Er hat die wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Erfahrungen. Was er braucht, sind Klitschko und Tjahnybok außerhalb der Regierung. Er muss viermal die Woche mit ihnen reden. Ich denke einfach, wenn Klitschko mit reinkommt, und auf dieser Ebene mit Jazenjuk arbeitet, wird es nicht funktionieren.

Payette: Ja, ich denke, das ist richtig. Gut. Möchtest du, dass wir als nächsten Schritt ein Telefonat mit ihm vereinbaren?

Nuland: Ich habe das so verstanden, dass es bei dem Anruf, von dem du mir erzählt hast, darum ging, dass die großen Drei (Klitschko, Jazenjuk, Tjahnybok, d.V.) ihr eigenes Treffen veranstalten wollen. Und dass Jazenjuk in diesem Kontext ein Treffen Drei plus Eins oder Drei plus Zwei mit dir zusammen vorgeschlagen hat. Hast du das anders verstanden?

Payette: Nein, ich denke, das ist, was er vorgeschlagen hat. Aber der Vorschlag hat keine Dynamik. Klitschko ist der Anführer. Er wird noch für eine Weile alle Veranstaltungen unterstützen. Er spricht vermutlich gerade mit seinen Leuten darüber. Also, ich denke, wenn du direkt mit ihm sprichst, hilft das beim Personalmanagement dieser Drei. Und es gibt dir außerdem die Chance, schnell zu handeln, und uns hinter dem Ganzen zu positionieren. Bevor sie sich alle hinsetzen und er erklärt, warum er das nicht möchte.

Nuland: OK, gut, das freut mich. Würdest du mit ihm reden und ihn fragen, wann er darüber sprechen möchte, davor oder danach?

Payette: OK, mach ich, danke.

Nuland: Oh, noch eine Sache, Jeff (Jeff: Ja?) Ich kann mich nicht erinnern, ob ich dir das schon erzählt habe oder ob ich es nur Washington gesagt habe. Als ich heute Morgen mit Jeff Feltman (?) gesprochen habe, hat er eine neue Kennung für den UN-Typen: Robert Serry (niederländischer Diplomat, der 2014 im Auftrag der UN in die Ukraine reiste. 2015 wurde er auf der Krim von russischen Kräften festgesetzt, d.V.). Hab ich dir das heute Morgen geschrieben? (Jeff: Ja) OK, er hat jetzt beide, Serry und Ban Ki Moon (Generalsekretär der Vereinten Nationen, d.V.) überredet, dass Serry schon Montag oder Dienstag kommt. (Jeff: OK) Ich denke, das wäre großartig, um das Ganze zusammen zu schweißen und der UN dabei zu helfen, und, du weißt schon: Fuck the EU.

Payette: Exakt. Ich denke, wir müssen etwas unternehmen, um alles zusammen zu halten. Denn du kannst dir sicher sein, dass, wenn das Ganze nicht bald an Höhe gewinnt, werden die Russen hinter den Kulissen versuchen, das Ganze zu torpedieren. Und nochmal, die Tatsache, dass das jetzt im Raum steht, ich versuche so sehr zu verstehen, warum Janokowytsch das gemacht hat. Aber in der Zwischenzeit findet ein „Partei der Regionen“-Treffen (amtierende Regierungspartei, d.V.) statt, und ich bin mir sicher, es gibt dort eine lebhaftige Diskussion zu diesem Thema. Jedenfalls, wir könnten einen Erfolg erzielen, wenn wir uns beeilen. Lass mich Klitschko bearbeiten. Und könntest du einfach ... wir sollten versuchen, jemanden mit einer internationalen Persönlichkeit zu bekommen, der hier rauskommt, und uns hier hilft. Die andere Frage ist, wie wir Janokowytsch übertreffen können.

Vielleicht sollten wir uns darüber morgen nochmal beraten, wenn klar ist, wie sich die Dinge entwickeln.

*Nuland: Nun, zu diesem Thema, Jeff, als ich darübergeschrieben habe, antwortete mir Sullivan: Du brauchst Biden. Ich antwortete Sullivan: Vielleicht morgen, um die Details zu klären. Biden ist einverstanden.*¹⁵⁶

20. Februar: Auf dem Kiewer Maidan-Platz rennen Janokowytsch-Gegner in Hundertschaften organisiert gegen die ukrainische Sondereinheit Berkut an, die sich in Teilen mit den Provokateuren verbündet. Was genau passiert, wird nie aufgeklärt. Über 100 Demonstranten und 20 Polizisten werden getötet. Die neue Regierung setzt die Berkut-Leute sofort im Anschluss im Donbass ein, was ihrer Rückbeorderung zum Zweck der Aufklärung der Vorgänge auf dem Maidan im Wege stünde.

21. Februar: Der ukrainische Präsident Janokowytsch flieht zuerst nach Charkow, dann nach Moskau. Ein Umsturz-Regime unter Oleksandr Turtschynow von der Timoschenko-Partei Allukrainische Vereinigung „Vaterland“ und unter Beteiligung der faschistischen Swoboda erklärt die Regierung für abgesetzt.

18. März: Russland sichert mit einer militärischen Aktion die Halbinsel Krim, die 1954 in einem innersowjetischen Verwaltungsakt an die Ukraine übergeben worden war. Es folgt der Ausschluss der Russischen Föderation aus dem G8-Treffen.

Die USA nehmen die Krim-Aktion zum Anlass, die Ukraine zu einem Kriegstreiber gegen Russland auszubilden. Jede ukrainische Regierung seit 2014 erfüllt diesen Auftrag mit Beteiligung der Swoboda- und Asow-Faschisten mit so hoher Bereitwilligkeit, dass man davon ausgehen darf: Keine Aktion der offiziellen Vertreter der Ukraine, sei es im Donbass oder auf internationaler Bühne, erfolgt ohne Instruktion oder zumindest Billigung durch Washington.

21. März: Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und der Ukraine unterzeichnen beim EU-Gipfel in Brüssel den politischen Teil des

¹⁵⁶ <https://youtu.be/xvAXNqITVY8>. Eigene Übersetzung des englischen, gesprochenen Wortlauts

EU-Assoziierungsabkommens, den Teil mit den außenpolitischen und militärischen Festlegungen.

29. März: Vitali Klitschko lässt als Parteichef der UDAR („Ukrainische demokratische Allianz für Reformen“, die Abkürzung UDAR bedeutet in Ukr./Russ. „Schlag“) den Milliardär Petro Poroschenko als Präsidentschaftskandidaten nominieren. Klitschko ist der Vertreter der Deutschen. Mit den Geldern der Konrad-Adenauer-Stiftung ausgestattet, soll er den Einfluss Washingtons in Kiew zurückdrängen (siehe Nuland-Telefonat). Am 25. Mai wird er zum Bürgermeister von Kiew gewählt und zieht nach der Parlamentswahl am 26. Oktober auf Listenplatz 1 des „Block Petro Poroschenko“ als Abgeordneter in das ukrainische Parlament ein. Im Lauf seiner Karriere hat er sich zeitweise mit „der antisemitisch und nationalistisch verorteten Swoboda-Partei verbündet.“¹⁵⁷

7. April: Abspaltung der Donbass-Regionen Donezk und Lugansk von der Ukraine.

14. April: Einmarsch der ukrainischen Armee in die Oblast Donezk. Im Krieg gegen die abtrünnigen Provinzen Donezk und Lugansk werden im Laufe eines Jahres 1.400 Einwohner getötet.

2. Mai: In Odessa zünden ukrainische Faschisten nach Straßenschlachten mit prorussischen Demonstranten das Gewerkschaftshaus an. 32 Menschen verbrennen, 10 sterben bei Sprüngen aus den Fenstern oder werden auf dem Pflaster vom Mob erschlagen. Die Regierung sabotiert jegliche Aufklärung. Auch die EU macht die Aufarbeitung nicht zur Bedingung für die Assoziierung.

25. Mai: Petro Poroschenko gewinnt mit Unterstützung Klitschkos die ukrainischen Präsidentschaftswahlen mit 54% der Stimmen. Seine Partei nennt sich zuerst „Europäische Solidarität“ und ab 27. August 2014 „Block Petro Poroschenko“ (BPP).

29. Mai: Russland, Belarus und Kasachstan unterzeichnen den Vertrag zur Gründung einer „Eurasischen Wirtschaftsunion“, die am 1. Januar 2015 ihre Arbeit aufnimmt. Am 2. Januar 2015 tritt Armenien ihr bei, am 12. August

¹⁵⁷ <https://www.mdr.de/brisant/vitali-wladimir-klitschko-104.html>

Kirgisistan. Ziel ist die Gründung einer „Eurasischen Union“ nach europäischem Vorbild.

6. *Juni:* Friedensverhandlungen im „Normandie-Format“ ohne US-Beteiligung.

27. *Juni:* Poroschenko unterzeichnet den Rest des EU-Assoziierungsabkommens, den wirtschaftlichen Teil mit den Regelungen des bis Ende 2015 ausgesetzten Freihandelsabkommens. Zugleich genießt die Ukraine weiterhin als Nicht-Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft über verschiedene Freihandelsabkommen einen zollfreien Zugang zum Markt dieser Zollunion von Russland, Belarus und Kasachstan.

1. *August:* Nach Einreise- und Kontensperrungen der EU gegen Amtsträger in Russland und auf der Krim treten nun die ersten Wirtschaftssanktionen gegen Russland in Kraft. Noch werden diese im transatlantischen Rahmen von den USA abgesprochen.

Der deutsche Export nach Russland bricht von 2013-2016 zwar um 41% ein. Aber ein genauerer Blick auf die Sanktionen zeigt: Die deutschen Exportbranchen erhöhen ihre Exporte in die USA zwischen 2013 und 2016 um 18,7 Mrd. US-Dollar, was den Verlust im Russland-Geschäft in Höhe von 14,5 Mrd. US-Dollar mehr als ausgleicht. Während es den mittelständischen Maschinenbau hart trifft, bleibt die deutsche Erdgasbranche komplett ausgespart. Dagegen werden Schritte zur Erdölförderung im russischen Polarmeer untersagt, was den US-Konzern ExxonMobil bis Ende 2015 mit 1 Mrd. US-Dollar an Verlusten trifft.

Kurz darauf verhängt Russland Gegensanktionen in Bereichen, die die deutsche Industrie verschonen. Das Einfuhrverbot für Nahrungsmittel trifft die deutsche Landwirtschaft, für die Russland (1,6 Mrd. Euro pro Jahr) neben der Schweiz und den USA zu den drei wichtigsten Exportländern gehört. Jedoch verdoppelt sich von 2012-2018 die Ausfuhr von Agrarprodukten nach China. Und Konzerne mit Tochterfirmen in Russland, wie die Ekosem-Agrar, profitieren von den Sanktionen gegen das eigene Land. Soweit zum Sanktionsregime der Weststaaten von 2014-2016, was sich 2017 grundsätzlich ändert.

Die russische Wirtschaft bricht durch die Sanktionen, verstärkt durch den Absturz des Rubel, bis 2016 stark ein und erholt sich erst 2019 wieder.

2015:

23. Januar: Drei Wochen nach in Kraft treten der Eurasischen Wirtschaftsunion spricht in Davos Kanzlerin Merkel vor den Vertretern aller versammelten Imperialisten und deren Monopole von einer „*Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok*“:¹⁵⁸ Washington kann das nur nehmen als das, was es ist: eine deutsche Kampfansage, die Vormachtstellung der USA über eine Achse Berlin-Moskau auszuhebeln.

12. Februar: Mit dem Minsk II-Abkommen gelingt den Unterhändlern der vier „Normandie-Staaten“ ein weiterer Vertrag über „Friedensmaßnahmen“ für die beiden Donbass-Republiken. Russland bringt den Vertrag von Minsk II am 13. Februar in den Weltsicherheitsrat der UNO ein und hat Erfolg. Am 17. Februar wird der Antrag einstimmig als Resolution 2202 (2015) verabschiedet.¹⁵⁹

Barack Obama behält sich vor, die Ukraine weiter mit Waffen zu beliefern. Unmöglich können die USA den beiden synchron agierenden Achsenmächten BRD und Russland einen Erfolg eines gelungenen „Friedensprozesses“ zulassen: Minsk II und der ausgetüftelte Plan zur Beendigung des Bürgerkriegs im Donbass scheitern langsam und qualvoll.

4. September: Der Gas-Deal von BASF/Wintershall und Gazprom: Beide Konzerne vereinbaren einen Asset-Tausch (Tausch von preisgleichen Vermögensgegenständen) zum 30. September mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. April 2013! Die deutsche Abhängigkeit von russischem Gas wird dadurch zu 50% zu einer Abhängigkeit von BASF/Wintershall. Hier die Veröffentlichung von BASF/Wintershall im Wortlaut:

„BASF-Tochter Wintershall konzentriert sich auf Öl- und Gasförderung und trennt sich vom Gashandelsgeschäft – Vollzug der Transaktion bis Ende 2015 erwartet

¹⁵⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Eurasische_Wirtschaftsunion#Diskrepanzen

¹⁵⁹ https://de.wikipedia.org/wiki/Minsk_II#Europäische_Union

BASF und Gazprom sind übereingekommen, den im Dezember 2013 vereinbarten Tausch von wertgleichen Vermögensgegenständen zu vollziehen, der ursprünglich Ende 2014 durchgeführt werden sollte. Durch den Tausch wird BASF ihre Öl- und Gasförderung weiter ausbauen und sich vom Gashandels- und Speichergeschäft trennen. Der Vollzug des Tauschs wird bis zum Jahresende 2015 erwartet und soll, wie bereits im Dezember 2013 vereinbart, mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. April 2013 erfolgen. Die Europäische Kommission hat der Transaktion bereits Anfang Dezember 2013 zugestimmt.

Wintershall, eine 100 %ige Gruppengesellschaft der BASF mit weltweit 2.500 Mitarbeitern, erhält den wirtschaftlichen Gegenwert von 25 % plus einen Anteil an den Blöcken IV und V der Achimov-Formation des Urengoi-Erdgas- und Kondensatfelds in Westsibirien. Die zwei Blöcke werden gemeinsam von Gazprom und Wintershall erschlossen. Die Blöcke IV und V verfügen nach dem von der russischen Bergbehörde bestätigten Entwicklungsplan insgesamt über Kohlenwasserstoffvorkommen in Höhe von 274 Milliarden Kubikmeter Erdgas und 74 Millionen Tonnen Kondensat. Dies entspricht insgesamt 2,4 Milliarden Barrel Öläquivalent (boe). Im Plateau sollen aus den beiden Blöcken mindestens 8 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr gefördert werden. Der Start der Produktion ist für das Jahr 2018 vorgesehen.

Im Gegenzug wird Wintershall ihre Beteiligung an dem bislang gemeinsam betriebenen Erdgashandels- und Speichergeschäft an den langjährigen Partner Gazprom übertragen. Hierzu zählen die 50 %-Anteile an den Erdgashandelsgesellschaften WINGAS, WIEH (Wintershall Erdgashandelshaus Berlin) und WIEE (Wintershall Erdgashandelshaus Zug) einschließlich der Anteile an der Speichergesellschaft astora, die die Erdgasspeicher in Rehden und Jemgum/Deutschland betreibt, sowie des Anteils an dem Erdgasspeicher in Haidach/Österreich. Gazprom wird sich zudem mit 50 % an der Wintershall Noordzee B.V. beteiligen, die in der Erdöl- und Erdgassuche sowie -förderung in der südlichen Nordsee (Niederlande, UK und Dänemark) tätig ist. Insgesamt trugen diese Aktivitäten im Jahr 2014 rund 12,2 Milliarden " zum Umsatz und rund 260 Millionen" zum Ergebnis der Betriebstätigkeit vor Abschreibungen (EBITDA) der BASF-Gruppe bei, im 1. Halbjahr 2015 trugen sie mit rund 7,2 Milliarden "zum

Umsatz und rund 240 Millionen" zum EBITDA der BASF-Gruppe bei. Die Zusammenarbeit im Erdgastransportgeschäft wird fortgesetzt.

„Wir setzen unsere Strategie bei Oil & Gas fort und konzentrieren uns darauf, in unseren öl- und gasreichen Schwerpunktregionen an der Quelle profitabel zu wachsen,“ sagte Dr. Kurt Bock, Vorstandsvorsitzender der BASF SE. „Wir freuen uns, die gemeinsame Förderung von Erdgas und Kondensat mit unserem Partner Gazprom in Westsibirien weiter auszubauen.

„In diesem Jahr begehen wir das 25jährige Jubiläum unserer erfolgreichen Zusammenarbeit. Die heutige Unterzeichnung stellt darin einen weiteren Meilenstein dar und wird unseren Unternehmen neue Möglichkeiten zur Umsetzung von wichtigen Projekten eröffnen“, so Alexei Miller, Vorstandsvorsitzender der Gazprom.“¹⁶⁰

2016:

Das Freihandelsabkommen zwischen EU und USA, TTIP scheitert in der 15. Verhandlungsrunde. Der Plan dafür wurde auf einer Pressekonferenz der G8-Staaten am 17. Juni 2013 bekannt gegeben. Vierzehn Tage später enthüllt Edward Snowden die Abhörpraktiken der NSA/USA gegen ihre Verhandlungspartner in der EU – und lebt seither im Moskauer Exil. Angesichts der Zuspitzung des Konflikts zwischen USA und BRD wird einsichtig, weshalb Washington „seine Freunde“ ausspioniert.¹⁶¹ Die TTIP-Verhandlungen werden trotzdem aufgenommen. Im Februar 2015 beenden 120 Unterhändler die 8. Verhandlungsrunde noch optimistisch. Vor der 9. Runde April 2015 veröffentlicht der deutsche Think-Tank Bertelsmann-Stiftung ein „Focus-Paper“ mit Angela Merkels Losung von Davos als Titel: *„Eine Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok – Ein Mittel für Frieden und Wohlstand: Die Effekte einer Freihandelszone zwischen der EU und Eurasischen Region“*.¹⁶² Kurz vor der 15. Runde, am 28. August 2016, verlautbart der deutsche Wirtschaftsminister und Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD): *„Die Verhandlungen mit den USA sind de facto gescheitert, weil wir uns den amerikanischen Forderungen natürlich als Europäer nicht*

¹⁶⁰ <https://www.basf.com/global/de/media/news-releases/2015/09/p-15-330.html>

¹⁶¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Transatlantisches_Freihandelsabkommen

¹⁶² https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/NW_Focus_Paper_EU_Eurasien.pdf

unterwerfen dürfen [...] Da bewegt sich nix. “ Das Scheitern von TTIP ist eine logische Konsequenz – nicht der deutschen Proteste gegen US-amerikanische Chlorhühnchen, sondern – der deutschen Kooperation mit Russland und China.

Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und China seit 2016 bis zu einem der weltweit größten Handelskriege ab 2018

2017:

Das 1997 gegründete St. Petersburg International Economic Forum (SPIEF), das russische Gegenstück zum World Economic Forum (WEF) in Davos, ist seither zu einer Veranstaltung von Weltruf aufgestiegen. Es verzeichnet 14.000 Teilnehmer aus 143 Ländern (in Davos, 1971 gegründet, sind es im Jahr 2017 3.000 Teilnehmer aus 100 Ländern mit 40 Staats- und Regierungschefs und 1.000 Mitgliedsunternehmen). Am Rand des SPIEF werden 2017 Geschäfte im Wert von 2 Bio. US-Dollar abgeschlossen. Prominente Gäste sind 2017 Narendra Modi, 2018 Chinas Vizepräsident Wang Qishan, Japans Premierminister Shinzo Abe und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. Jährlicher Teilnehmer von deutscher Seite ist der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und deutsche Politiker und Manager von DAX-Unternehmen.¹⁶³

18. Mai: Rosneft Deutschland eröffnet seine Hauptniederlassung in Berlin. Der Konzern liefert über 25% des deutschen Rohölbedarfs und besitzt 12% der deutschen Verarbeitungskapazitäten und kündigt an, die Investitionen im Land auf 600 Mio. Euro zu verdoppeln. Am 27. September des Jahres wird Gerhard Schröder zum Aufsichtsratsvorsitzenden ernannt.

2. August: Ein neues US-Sanktionsgesetz (CAATSA) beendet die Politik der Absprachen von Sanktionen mit der EU und weitert die bisherigen extraterritorialen Wirtschaftssanktionen gegen Iran, Russland und Nordkorea auf europäische Staaten aus. Zu den sanktionierten Personen gehören alle führenden Mitglieder der russischen Regierung und Besitzer großer russischer Unternehmen. Das sanktionierte Unternehmen Ole Deripaska ist Mehrheitseigentümer von Rusal, dem zweitgrößten Aluminiumkonzern der Welt, das ca. 30% des deutschen Rohaluminiums und den Hauptteil an

¹⁶³ https://en.wikipedia.org/wiki/St._Petersburg_International_Economic_Forum

Aluminiumoxid liefert. Von der Liste gestrichen wird der Konzern, nachdem Deripaska die Kontrolle über den Konzern aufgibt. Interessant sind bei diesem Gesetz die Mehrheitsverhältnisse im US-amerikanischen Senat: 98: 2, und im Repräsentantenhaus: 419: 3.

Außenminister Gabriel und der österreichische Bundeskanzler sprechen von Bruch des Völkerrechts.

2018:

Mai: Baubeginn von Nord Stream 2 mit zwei neuen Rohrleitungen von je 1.250 km Länge und 1,2 m Durchmesser. Geplante Bauzeit bis Ende 2019. Anteilsinhaber sind neben Gazprom inzwischen Wintershall, Uniper (Ex-E.ON Ruhrgas), OMV, Shell und Engie. Formaler Alleineigentümer ist Gazprom, nachdem das polnische Kartellamt das Joint Venture verhinderte. Alle übrigen Beteiligten können daher nur noch als Finanzinvestoren auftreten. Der Kampf gegen Nord Stream 2 spitzt sich international zu.

2019:

Der Anteil der Einkünfte aus Öl und Gas am Staatshaushalt Russlands sinkt von 51% im Jahr 2014 auf 39% im Jahr 2019, insgesamt aber erholt sich die russische Wirtschaft.

7. Februar: Das ukrainische Parlament nimmt sowohl EU-Beitritt und der NATO-Betritt in die Verfassung auf.

Mai: Wolodymyr Selenskyj wird Präsident der Ukraine.

Dezember: Ein zweites US-Gesetz, PEESA (Protecting Europe's Energy Security Act), tritt in Kraft, zur „Sicherung der europäischen Energieversorgung“, tatsächlich gegen den Bau von Nord Stream 2 und TurkStream. TurkStream ist eine internationale Gaspipeline, etwas kürzer als Nord Stream, von der südrussischen Küste durch das Schwarze Meer bis in die Türkei. Die Hälfte der Kapazität ist für den türkischen Markt bestimmt, die andere Hälfte für den Balkan. TurkStream wurde vollständig von Gazprom finanziert. Der kommerzielle Betrieb beginnt am 1. Januar 2020. An der Eröffnungsfeier am 8. Januar 2020 nehmen die Präsidenten der beiden beteiligten Länder, Recep Erdoğan und Wladimir Putin, teil.

Unter Bezugnahme auf CAATSA wird der Bau von Nord Stream 2 verzögert. Die US-Senatoren Tes Cruz und Ron Johnson bedrohen das Schweizer Unternehmen AllSeas wegen der Verlegung der Rohre für Nord Stream 2 in einem Brief mit dem Untergang ihres Unternehmens.

9. Dezember: Die „Normandie-Treffen“ zur Rettung des Minsk II-Abkommens zur Beendigung des Bürgerkriegs im Südosten der Ukraine sind inzwischen beim 6. Gipfeltreffen angekommen, ohne nennenswerte Fortschritte.

2020:

19. Januar: In Berlin startet die Libyen-Konferenz zur Beendigung des seit fast 10 Jahren dort tobenden Bürgerkriegs.

Als Konfliktvermittler ist Russland in der Vergangenheit erfolgreich: Während des Bürgerkriegs in Syrien 2013 gelingt es Moskau, die dortige Regierung zur Offenlegung und Vernichtung von Chemiewaffen zu bewegen, organisiert 2017 Gesprächen der beteiligten Kriegsparteien Türkei und Iran, was Kampfhandlungen eindämmt. Als am 27. September 2020 Aserbaidschan mit Unterstützung der Türkei einen Krieg gegen Armenien lostritt um das Autonome Gebiet Bergkarabach, gelingt es Moskau, die Türkei in die Vermittlung einzubinden und nach Stationierung russischer „Friedenstruppen“ einen Waffenstillstand durchzusetzen. Etwa zur selben Zeit setzt sich Moskau in der Zentralafrikanischen Republik und in Mali mit Beratern und Waffenlieferungen fest, was bislang als französische Domäne gilt.

So muss Kanzlerin Merkel vor der Libyen-Konferenz nach Moskau reisen, um mangels hinlänglichen eigenen Einflusses in Libyen die Hilfe der russischen Regierung zu suchen. Und dies zu einer Zeit, als der deutsche Imperialismus sein „Normandie-Format“ im Ukraine-Konflikt als gescheitert ansehen muss.

Juni: Das 3. US-amerikanische Sanktionsgesetz PEESCA gegen Nord Stream 2 tritt rückwirkend zum 19. Dezember 2019 in Kraft, um das PEESA-Gesetz zu ergänzen. Sanktioniert werden neben Personen und Unternehmen, die den Pipelinebau begünstigen nun auch Versicherungen, Kommunen (Hafen Sassnitz-Mukran) bis hin zu Cateringfirmen, die das Verlegeschiff versorgen. Es ist nicht mehr zu übersehen, dass nicht das ökonomische Interesse am US-

Flüssiggas-Export und auch nicht die Schwächung russischen Ökonomie vorrangige Ziele sind. Hier geht es um den direkten Angriff auf die materielle Basis der deutsch-russischen Achse, den Gas-Deal der beiden Konzerne Wintershall und Gazprom.

Juli: Ein weiteres Drohschreiben von drei US-Senatoren erhält der Fährhafen Mukran auf Rügen. Was bisher russischen Milliardären vorbehalten war, die persönliche Sanktion, trifft nun den Bürgermeister von der deutschen Ostsee-Gemeinde Sassnitz.

11. Auguste: Außenminister Heiko Maas sagt bei einem Treffen mit dem russischen Außenminister Lawrow in Moskau: *“Kein Staat hat das Recht, Europas Energiepolitik mit Drohungen zu diktieren, und das wird auch nicht gelingen“*. Er habe dies auch sehr deutlich gegenüber seinem US-Amtskollegen Pompeo zum Ausdruck gebracht.¹⁶⁴

12. August: Gegen die US-Sanktionen legen 24 von 27 EU-Mitgliedstaaten förmlich Protest ein.

Dezember: Die USA verhängen Sanktionen gegen den NATO-Bündnispartner Türkei, die das russische Raketenabwehrsystem S-400 Triumph beschaffte.¹⁶⁵ Mit gleicher Begründung wird Druck auf Neu-Delhi und auf Indonesien ausgeübt. Indonesien stoppt den Kauf des russischen Kampfjets Suchoi Su-35.

7. Dezember: Die EU zieht nach und erlässt ebenfalls extraterritoriale Sanktionsmaßnahmen. Ihr *„Global Human Rights Sanctions Mechanismus“* ermöglicht es nach amerikanischem Vorbild, Personen die Einreise zu verweigern und Vermögen in der EU einzufrieren. Die EU geht noch weiter: Beschuldigungen wegen Folter, Mord, Genozid, schwerem Menschenhandel und sexualisierter Gewalt können ohne Gerichtsurteile Sanktionen in Gang setzen. Imperialistische Repression hebt ganz offen Völkerrecht und innerstaatliches Recht auf.

2021:

¹⁶⁴ <https://www.udo-leuschner.de/energie-chronik/200801.htm>

¹⁶⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Countering_America's_Adversaries_Through_Sanctions_Act

Von 2014 bis 2021 rüsteten die USA die Ukraine mit über 2,5 Mrd. US-Dollar militärisch auf und bilden ukrainisches Militär aus. In die Waffenlieferungen sind London, Paris, Prag und Warschau involviert.

Raketen Abwehr- und Abschuss-Systeme sind in Rumänien und in Polen stationiert.

Variable und feststehende Kampftruppen aus allen NATO-Staaten sind halbkreisförmig um Russland stationiert und in immer neuen Serien von Manövern ständig im Einsatz.

April: Die russische Bauleitung von Nord Stream 2 beklagt riskante Manöver der polnischen Marine nahe der Bauarbeiten. Im Juni 2021 ist der Bau des ersten Stranges von Nord Stream 2 abgeschlossen.¹⁶⁶

20. April: Seit Anfang 2017 ist die Bundeswehr in Litauen im Rahmen multinationaler Bataillone mit drei anderen NATO-Befehlszentren (USA in Polen, England in Estland, Kanada in Lettland) fest stationiert und baut eine eigene Kaserne. Zum „Führergeburtstag“ singen dort deutsche Soldaten der Bundeswehr ein „Geburtstagsständchen“.¹⁶⁷

August: Der neue US-Präsident Joe Biden verzichtet auf die Umsetzung der Sanktionen gegen Nord Stream 2, wenn die Bundesregierung versichert, harte Sanktionen gegen Russland zu ergreifen, sollte Moskau "Energie als Waffe" einsetzen.

10. September: Der Bau von Nord Stream 2 ist abgeschlossen. Bis zum 29. Dezember sind beide Stränge befüllt.

16. November: Die Bundesnetzagentur setzt die Zertifizierung der Nord Stream 2 AG als unabhängiger Transportnetzbetreiber vorläufig aus. Die Nord Stream 2 AG beschließt, eine Tochtergesellschaft nach deutschem Recht nur für den deutschen Teil der Leitung zu gründen. Die Tochtergesellschaft trägt den Namen *Gas for Europe GmbH* und hat ihren Sitz in Schwerin. Ihr werden die Verwaltung der 54 km Leitung auf deutschem Gebiet und der Anlandestation in Lubmin übertragen.

¹⁶⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Nord_Stream#Planung

¹⁶⁷ Kronauer. Aufmarsch, S. 57

Noch im Dezember spricht sich Kanzler Scholz gegen den Stopp von Nord Stream aus, im Januar 2022 befürwortet auch der bayerische Ministerpräsident Söder die Inbetriebnahme.

17. November: Das russische Außenministerium veröffentlicht „Teile seines auf die Ukraine bezogenen Briefwechsels mit Berlin und mit Paris auf seiner Website. Das war ein diplomatischer Tabubruch erster Güte.“¹⁶⁸ Der genaue Inhalt des Briefwechsels ist nicht bekannt. Die Düpierung der Partner ist ein Warnschuss Moskaus.

30. November: Präsident Putin wiederholt vor ausländischen Diplomaten in Moskau seine Warnung vom April dieses Jahres „eine rote Linie werde überschritten, sollte die NATO auf den Gedanken kommen, Raketensysteme wie in Rumänien und Polen auch in der Ukraine aufzustellen. Die erwähnten Abwehrsysteme – Aegis Ashore – können ohne weiteres auch mit Angriffssystemen bestückt werden. Von der Ukraine aus sei Moskau dann in bis zu zehn Minuten erreichbar, hielt Putin fest – womöglich zu wenig, um noch verteidigungsfähig zu sein.“¹⁶⁹

17. Dezember: In Moskau finden Gespräche statt zwischen der Europabeauftragten des US-Außenministeriums, Karen Donfried, zu Verhandlungen über den Ukraine-Konflikt. Die russische Regierung legt zwei Vertragsentwürfe vor, „einer für ein Abkommen zwischen Russland und den USA, der andere für eines zwischen Russland und der NATO. Die NATO sollte sich „verpflichten, auf die Aufnahme neuer Mitglieder – insbesondere der Ukraine – zu verzichten. In denjenigen Staaten, die dem Bündnis seit 1999 beigetreten waren, sollte die Präsenz anderer NATO-Staaten auf den Stand vom Mai 1997 zurückgefahren werden; das war der Zeitpunkt, zu dem die NATO-Russland-Grundakte ins Kraft getreten war. Zudem forderte Moskau ein Ende der militärischen Aktivitäten der NATO in Osteuropa – etwa in der Ukraine – im Kaukasus und in Zentralasien. Weitere Forderungen zur Rüstungskontrolle kamen dazu.“¹⁷⁰ Dass Russland diese Forderungen ultimativ Ende 2021 stellen muss, zeigt, dass Moskau die geringste Verantwortung trägt am Ausbruch des Kriegs am 24. Februar 2022.

¹⁶⁸ Kronauer, Aufmarsch, S. 23

¹⁶⁹ A.a.O., S. 45

¹⁷⁰ A.a.O., S. 46f.

2022:

10. Januar: In Genf verhandeln die stellvertretende US-Außenministerin Wendy Sherman und ihr russische Amtskollege Sergej Rjabkow. Das Treffen findet ohne Beteiligung der EU statt. Frankreich und die BRD, die sieben Jahre lang im Normandie-Format verhandelten, sind ausgebootet. Olaf Scholz' Initiative in einem Telefonat mit Putin vom 21. Dezember, das Normandie-Format wieder zu beleben, enden mit Verhandlungen auf Beratererebene. Bei ihrem Antrittsbesuch in den USA fordert am 5. Januar die neue Außenministerin Annalena Baerbock es dürfe „keine Entscheidung über die Sicherheit in Europa ohne Europa geben“.¹⁷¹

7. Februar: Der französische Präsident Macron trifft in Russland zu Gesprächen ein.

14. Februar: Bundeskanzler Scholz trifft in Kiew ein. Er erreicht die Zusage Selenskyjs, drei der im gescheiterten Minsk II-Abkommen vom 12. Februar 2015 festgelegten Gesetze jetzt zu verabschieden. Das ist nicht nur das Eingeständnis, dass Kiew das Minsk II-Abkommen von Anfang an sabotiert hat, und niemand zweifelt daran, dass es auch diese Zusage niemals einhalten wird. Mit diesem demütigenden Ergebnis will Scholz in Moskau – was für ein Treppenwitz der Geschichte – die Normandie-Gespräche wieder in Gang bringen.

19. Februar: Auf der Münchner Sicherheitskonferenz fordert der ukrainische Präsident Selenskyj Atomwaffen für sein Land, womöglich der letzte Ausschlag für den russischen Angriff, der fünf Tage später beginnt.¹⁷²

21. Februar: Russland erkennt die Teil-Republiken Donezk und Lugansk als selbstständige Staaten an.

22. Februar: Bundeskanzler Scholz stoppt wegen der Anerkennung der Teilrepubliken Donezk und Lugansk durch Russland das Zertifizierungsverfahren für Nord Stream 2. Die Inbetriebnahme ist vorerst unterbunden.

¹⁷¹ A.a.O. S. 49

¹⁷² Projanski, in junge Welt 19./20 März 2022, S. 13

Der russische UN-Botschafter weist in einer Rede vor der UNO darauf hin, dass Zehntausende aus den Regionen Luhansk und Donezk nach Russland geflohen seien – 96 000 davon alleine am Mittwoch, den 16. Februar. Das mache deutlich, wie schlecht die Kiewer Regierung mit den Leuten dort umgehe.¹⁷³

Die OSZE meldet mehr als 1.000 Detonationen von schweren Geschützen binnen 24 Stunden in Donezk und Luhansk. Sowohl Kiew als auch Donezk und Luhansk melden Tote und Verwundete in dem Gebiet.³⁰

Die Regierung in Kiew ruft einen 30tägigen Ausnahmezustand aus. Das Parlament billigt in erster Lesung einen Gesetzentwurf, der den Ukrainern das Tragen von Schusswaffen und das Handeln zur Selbstverteidigung erlaubt. Zuvor ordnet Präsident Selenskyj die Mobilmachung von rund 250.000 Reservisten an – zusätzlich zu den 200.000 regulären Soldaten.¹⁷⁴

US-Präsident Joe Biden schließt aus, dass US-Truppen in der Ukraine kämpfen werden. Zugleich mobilisiert er die 82. Luftlandedivision und verlegt sie an die Westgrenze der Ukraine.¹⁷⁵

Neue EU-Sanktionen gegen Russland setzen 351 Abgeordnete des russischen Parlaments auf die Sanktionsliste, die für die Anerkennung von Luhansk und Donezk gestimmt haben. Hinzu kommen Strafen gegen 27 weitere Personen und Organisationen. Darüber hinaus sollen der Zugang des russischen Staates zu den EU-Finanzmärkten beschnitten und der Handel der EU mit den abtrünnigen Regionen beschränkt werden. Die Sanktionen treten sofort in Kraft.¹⁷⁶

24. Februar: Die russische Armee greift die Ukraine an. Die Regierung in Kiew ruft den Kriegszustand aus.

1. März: Im Bankenbrief, dem Organ des Deutschen Bankenverbands, beiligt sich dessen Vorsitzender, Christian Sewing, der zugleich der Deutschen Bank

¹⁷³ <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/ereignisse-im-russland-ukraine-krieg-im-rueckblick,SxWdozS>

¹⁷⁴ <https://www.jungewelt.de/artikel/421357.ukraine-konflikt-donbass-unter-beschuss.html>

¹⁷⁵ <https://www.sueddeutsche.de/meinung/usa-joe-biden-praesident-krieg-ukraine-sanktionen-1.5535728>

¹⁷⁶ <https://www.dw.com/de/sanktionen-des-westens-gegen-russland-treten-in-kraft/a-60881205>

vorsteht, zu betonen: *“Die deutschen Banken haben seit 2014 ihr Engagement in Russland stark reduziert.“*¹⁷⁷

9. April: Der Britische Premierminister Boris Johnson trifft in Kiew ein. Im öffentlichen Gespräch mit Selenskyj macht er Zusagen über die Lieferung moderner Waffen im Wert von 120 Mio. Euro. Der geheime Teil der Unterredung betrifft die Gründung eines Anti-EU Bündnisses und wird erst im Mai durch eine Indiskretion bekannt:

Mai: Die italienische Tageszeitung Corriere della Sera berichtet, dass Johnson die Gründung eines „Europäischen Commonwealth“ vorschlägt. Während die Meldung in einigen österreichischen Meldungen aufgegriffen wird, kein einziges Wort in den großen deutschen Medien, einzig das Internetportal Telepolis berichtet und kommentiert das britische Interesse *„eine Achse UK-Polen-Ukraine aufzubauen [...] um die EU zu schwächen, was auch im Interesse der USA sein dürfte“*.¹⁷⁸

14. Juni: In deutschen Medien fällt auch komplett unter den Tisch, was die Ständige Vertreterin der USA bei der NATO Julianne Smith bei einem Termin in Brüssel auf die Frage, *„wie denn die Vereinigten Staaten reagieren würden, wenn es London gelingen würde, diese Idee eines ‚Europäischen Commonwealth‘ zu realisieren.“* Sie antwortet: *„Natürlich unterstützen wir Initiativen, die zum Aufbau von Kapazitäten beitragen. Und wenn sich NATO-Mitglieder zu Partnerschaften oder Gruppen zusammenschließen, um Kapazitäten aufzubauen und gemeinsam das Bündnis zu stärken, dann ist das etwas, was wir unterstützen wollen.“*¹⁷⁹

17. Juni: Boris Johnson taucht überraschend in Kiew auf, wo Staats- und Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Italien und Rumänien den EU-Beitritt der Ukraine befürworten. Deutsche Medien liefern verharmlosende Vermutung, was es mit dem Überraschungsbesuch auf sich haben könnte,

¹⁷⁷ <https://bankenverband.de/content-paket/bankenbrief-ausgabe-2022-40/>

¹⁷⁸ https://www.corriere.it/economia/finanza/22_maggio_26/piano-segreto-boris-johnson-dividere-l-ucraina-russia-ue-commonwealth/europeo-02d3b232-dc6b-11ec-b480-f783b433fe60.shtml
<https://www.teletrader.com/bericht-johnson-unterbreitete-selenskyj-die-shdee-eines-neue/news/details/57955786>

<https://express.at/boris-johnson-bastelt-heimlich-an-einer-anti-eu-auch-mit-der-ukraine/>
<https://www.heise.de/tp/features/Boris-Johnson-und-die-Anti-EU-Achse-UK-Polen-Baltikum-und-4-Ukraine-7126088.html>

¹⁷⁹ <https://test.rtd.e.tech/international/141220-usa-wurden-idee-weiteren-europaischen/>

womöglich Differenzen um Umfang der Waffenlieferungen. Allein der Zeitung „Die Welt“ schwant, es könne mit dem Besuch von Scholz zu tun haben.¹⁸⁰

Ende 2022: Das landgestützte US-Raketen-Gefechtssystem Aegis-Ashore soll in Polen in Betrieb gehen. Es kann mit allen Arten von Raketen bestückt werden, Boden-Luft Abfangraketen und Boden-Boden Mittelstrecken-Raketen mit einer Reichweite von 1.650 km. Seit 2013 ist eine etwas ältere Version des Systems in Rumänien in der Nähe des Ortes Craiova in Betrieb. Die Entfernung Craiova-Moskau beträgt 2.000 km. Die Entfernung des neuen polnischen Standortes etwas westlich von Gdansk beträgt 1.500 km. Moskau liegt innerhalb der Reichweite dieses Systems.

Seit 2013 protestiert Moskau gegen die Stationierung dieser Anlage in Rumänien und den Bau in Polen und weist nach, dass die Behauptung falsch ist, es seien Defensiv-Waffen. Moskau erkennt natürlich den Zusammenhang, wenn am 7. Februar 2019 das Kiewer Parlament den NATO-Beitritt des Landes in die Verfassung aufnimmt und am 2. August 2019 Washington den seit 1988 gültigen INF-Vertrag aufkündigt, der die Vernichtung aller boden/landgestützter Flugkörper in der Reichweite von 500-5.500 km vorschreibt. Eine Stationierung der Aegis-Ashore Anlagen in der Ukraine würde die Entfernung zwischen den Raketen und Moskau gegenüber dem polnischen Standort auf 730 km halbieren. Innerhalb von 10 Minuten wäre Moskau zu zerstören, Russland wäre weitgehend verteidigungsunfähig.

Verzeichnis der verwendeten Literatur und Quellen

o.V. (2014). Heute Europa, Morgen die Welt. Deutsche Großmachtpolitik in fünf Etappen. Berlin: Verlag Das Neue Berlin

Baud, Jacque: Interview mit Jacque Baud „Die Politik der USA war es immer, zu verhindern, dass Deutschland und Russland enger zusammenarbeiten“, Fokus 15.3.2022, zitiert nach Freidenker Nr. 1-22, April 2022, S. 41-52

¹⁸⁰ <https://www.welt.de/politik/ausland/plus23944000>

Brecht, Bertolt (1967). Gesammelte Werke Band 8. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag

Brecht, Bertolt (1967). Gesammelte Werke Band 20. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag

Brzezinski, Zbigniew (2015). Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Rottenburg: Kopp Verlag

CDU-/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages (1994). Überlegungen zur europäischen Politik. Bonn

Dokumentensammlung Beziehungen DDR-UdSSR 1949 bis 1955. (1975). Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik

Eggerdinger, Stefan (1989). Heute gehört uns Deutschland, und morgen ... Über die Expansion des deutschen Imperialismus in der EWG. Frankfurt a. M.: Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD Ortsgruppe Frankfurt

Eggerdinger, Stefan (1991). Von Anschluss an die Centralmacht. In: Streitbarer Materialismus Nr. 14. München: Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Weltanschauung, S. 5-13

Eggerdinger, Stefan (1994). Großdeutschland und der furchtbare Balkan, der Europa heißt. In: Streitbarer Materialismus Nr. 18. München: Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Weltanschauung, S. 111-132

Eggerdinger, Stefan (1997). Maastricht II und die Europastrategien des deutschen Kapitals. Streitbarer Materialismus Nr. 21. München: Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Weltanschauung, S. 7-62

Eggerdinger, Stefan (2001). Ergebnisse von Frieden und Krieg. In: Streitbarer Materialismus Nr. 24. München: Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Weltanschauung, S. 39-89

Eggerdinger, Stefan (2007). Wie das Krokodil an die Grenze kam. Streitbarer Materialismus Nr. 28. München: Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Weltanschauung, S. 15-35

Eichner, Klaus, Rehbaum, Karl (Hrsg.) (2013), Deckname Topas. Der Spion Rainer Rupp in Selbstzeugnissen, Berlin edition ost im Verlag Das Neue Berlin

- Engels, Friedrich. Einleitung zu Sigismund Borkheims Broschüre „Zur Erinnerung für die Mordspatrioten. 1806-1807“ in: Marx Engels Werke. Band 21. (1962). Berlin: Dietz Verlag
- Flegel, Frank. in: offen-siv 6-2009, Juli-August 2020. Bodenfelde-Wahmbeck
- Friedman, George (2022). Für Russland ist der Status der Ukraine eine existenzielle Bedrohung, Freidenker Nr. 1-22, April 2022, S. 35-37
- Galkin, Aleksandr, Tschernjajew, Anatolij (Hrsg.) (2011). Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991, München: Oldenbourg Verlag
- Goldendach, Walter von, Minow, Hans-Rüdiger (1994). „Deutschtum erwache!“ Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus. Berlin: Dietz Verlag
- Goldendach, Walter von, Minow, Hans-Rüdiger, Rudig, Martin (1996). Von Krieg zu Krieg. Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas. Berlin: Verlag 8. Mai
- Gossweiler, Kurt (2013). Großbanken, Industriemonopole und der Staat. Ökonomie und Politik 1914 bis 1932. Köln: PapyRossa Verlag
- Hass, Gerhart, Schumann, Wolfgang (Hrsg.) (1972). Anatomie der Aggression. Berlin: VEB Verlag
- Kronauer, Jörg (2018). Meinst du, die Russen wollen Krieg? Köln: PapyRossa Verlag
- Kronauer, Jörg (2022). Der Aufmarsch. Vorgeschichte zum Krieg. Russland, China und der Westen. Köln: PapyRossa Verlag
- Krüger, Stephan (2015). Entwicklung des deutschen Kapitalismus 1950-2013. Hamburg: VSA Verlag
- Laabs, Dirk (2018). Bad Bank. Aufstieg und Fall der Deutschen Bank. München: DVA
- Lenin, W.I. Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa. Lenin Werke Bd. 21. (1977). Berlin: Dietz Verlag, S. 342-346

- Lenin, W.I. Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß. Lenin Werke Bd. 22. (1977). Berlin: Dietz Verlag, S. 189-309
- Lenin, W.I. Bemerkungen zu den Aufgaben unserer Delegation im Haag, 1922, Lenin Werke Bd. 33. (1977). Berlin: Dietz Verlag, S. 433-437
- Mottek, Hans (1972). Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Band II. Berlin. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften
- Niemeyer, Eva (o.J.). Der BRD-Imperialismus nach 1989. Von territorialer zu hegemonialer Expansion. Hannover: offen-siv. Zeitschrift für Sozialismus und Frieden 8-09
- Opitz, Reinhard (Hrsg.). (1994). Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945. Bonn: Pahl-Rugenstein
- Pätzold, Kurt (1991). Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Leipzig: Reclam Verlag
- Plato, Alexander von (2003). Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 381
- Projanski, Harald. in Junge Welt 8. April 2022, S. 12f
- Rotstein, F. A. (1952). Aus der Geschichte des Preußisch-Deutschen Reiches. Berlin: Verlag Volk und Wissen
- Streisand, Joachim (1970). Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften
- Varga, Eugen (1946). Die historischen Wurzeln der Besonderheiten des deutschen Imperialismus. Berlin: SWA-Verlag
- Villain, Jean (1971). Die großen 72 Tage. Ein Report über die Pariser Kommunarden. Berlin: Verlag Volk und Welt

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2Hxxx, Kennwort: Offensiv

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt

